Nr. 35. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die englische Thronrede.

London, 7. Februar. (Eig. Ber.)

Der Thronrede, die Georg V. gestern von seinen Ministern in den Mund gelegt wurde, hatte man allgemein mit mehr Spannung als gewöhnlich entgegengesehen. Ihr Inhalt hat aber wohl die meisten enttäuscht. Denn ihr wichtigster Teil — der Teil, der von der künftigen Gesetzgebung spricht — ist so allgemein und philosophisch unbestimmt gehalten, daß man sich wohl vieles dabei denken kann, aber nur wenig Aufschlüsse erhält.

Sicher ist vorderhand nur, daß die Parlamentsbill wieder eingebracht werden wird. Auch kann man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß die angekündigte Vorlage, die den Gemeindearmen dauernd die Alterspension sichern soll, eingebracht und erledigt werden soll. Ob aber das Versprechen, eine Kranken- und Invalidenversicherung für die Arbeiterschaft und eine Arbeitslosenversicherung für gewisse Arbeiterkategorien einzuführen, zu mehr als resultatlosen Verhandlungen führen wird, ist in Anbetracht der Vergangenheit der liberalen Regierung sehr ungewiß. In den letzten paar Jahren hat man mehr als einmal beobachten können, wie die Regierung ein gegebenes Versprechen damit einzulösen glaubte, daß sie eine Vorlage einbrachte, nur um am Ende zu erklären, daß es an Zeit mangele und daß man die Angelegenheit in einer künftigen Session behandeln müsse. Die englischen Liberalen sind Lebenskünstler, die von ihrem kleinen sozialpolitischen Kapital erstaunlich lange ihr Dasein fristen können. Man mache sich daher keine allzu großen Hoffnungen in bezug auf eine große sozialpolitische Ausbeute in der nächsten Zukunft. Ueber die näheren Pläne der Regierung bezüglich der versprochenen Sozialversicherung ist auch in der Adreßdebatte nichts Neues bekannt geworden. Prinzipiell stimmt die Arbeiterpartei in dieser Frage der Regierung bei. Unter den Gewerkschaftern fehlt es jedoch nicht an Stimmen, die eine Beeinträchtigung der Gewerkschaften durch die liberale Sozialversicherung prophezeien. Als Organe der Arbeitslosenversicherung sind ja die Arbeitsnachweise vorgeschlagen worden, deren jetzige Organisation und Praxis von allen Arbeiterkongressen scharf kritisiert worden sind.

Der letzte Absatz der Thronrede lautet: „Vorlagen über andere Maßregeln von Wichtigkeit werden eingebracht und beraten werden, wie es die Zeit und Gelegenheit erlaubt." Was diese anderen Maßregeln sind, darüber gab bezeichnenderweise nur der Vorführer der Regierung im Oberhause, der Earl of Crewe, Aufschluß. Nach ihm trägt sich die Regierung mit dem Gedanken, in dieser Session auch ihre Versprechungen, Vorlagen über die Besoldung der Parlamentsmitglieder und die Revision des Osborne-Urteils einzubringen, einzulösen. Ueber den letzten Punkt äußerte er sich nun wie folgt: „Und es ist unsere Absicht, die durch das Osborne-Urteil geschaffene Lage in dem Maße zu behandeln, wie es der Premierminister erklärt hat." Das ist ein schlechter Trost für die Arbeiterpartei, die von der von Asquith versprochenen Revision rein gar nichts profitieren würde. Der neue parlamentarische Führer der Arbeiterpartei Mac Donald äußerte sich über das Osborneurteil in der Adreßdebatte in sehr bestimmter Weise. Er führte aus, daß es keine Frage sei, die man aufschieben könne. Sie bedürfe der Komiteeberatung. Die zweite Lesung einer Vorlage über diesen Gegenstand müßte noch vor Ostern stattfinden, damit die Materie in den Komiteesitzungen gründlich beraten werden könnte. Für die Gewerkschaften müsse eine scharf abgesteckte rechtliche Grundlage geschaffen werden. Bei der letzten Wahl hätten über 40 Parlamentsmitglieder entgegen dem Osborneurteil von den Gewerkschaften finanzielle Hilfe erhalten. Vor einigen Tagen habe in Leicester eine Konferenz von 460 Arbeitervertretern getagt, von denen fast ein jeder entgegen der Entscheidung der Richter im Osbornefall anwesend gewesen sei.

Die orakelhafte Abfassung der Thronrede findet ihre Erklärung wohl in dem Umstande, daß die Regierung selbst noch nicht weiß, was nach der Parlamentsbill kommen soll. In der Einleitung dieser Vorlage findet sich bekanntlich die Erklärung, daß der Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Häusern der Legislatur eine Umgestaltung der Zweiten Kammer auf „populärer" anstatt erblicher Grundlage folgen soll. Diesen Passus möchten die Linksliberalen und Arbeiterparteiler gern beseitigt wissen. Ob sich die Regierung aber auf diese Beseitigung einlassen wird, ist sehr zweifelhaft. Nach ihrer Ansicht haben sich die Wähler letzten Dezember ausdrücklich für die Parlamentsbill und gegen die Reformvorschläge der Lords erklärt. Die Einleitung bildet aber einen wesentlichen Bestandteil der Vorlage und würde dieser Teil fallen gelassen, so schwände damit auch das Mandat, das die Wählerschaft der liberalen Partei gegeben hat, und eine dritte allgemeine Parlamentswahl wäre kaum vermeidlich. Dies ist nicht etwa nur eine von den Konservativen ausgeheckte konstitutionelle Finte; man kann als sicher annehmen, daß die bürgerlichen liberalen Wähler der Parlamentsbill nur zugestimmt haben, weil sie in der Einleitung die Bürgschaft für eine „verläßliche" Zweite Kammer sahen. Auch kann die Regierung die Einleitung schwerlich als leere Worte behandeln und damit ein Interregnum herbeiführen, während dem sie mit Hilfe ihrer Verbündeten die bisher von den Lords obstruierten Gesetzentwürfe durchdrücken könnte. Mit den Iren ist nicht gut Kirschen essen: das hat das letzte Parlament bewiesen. Ein solches Interregnum könnte ein gar jähes Ende nehmen. Und dann stünden die Liberalen vor der Gefahr, daß die nächste konservative Regierung die Zweite Kammer in einer Weise reformieren würde, die der liberalen Partei recht unangenehm wäre. Die Einleitung zur Parlamentsbill wird der Regierung noch viel Kopfschmerzen verursachen, wenn sie nicht gar das hoffnungsvolle Leben dieses Parlaments um ein Beträchtliches verkürzen wird.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungs-Ordnung.

Die dem Reichstage zugegangene Vorlage, das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung, übertrifft mit ihren reaktionären Bestimmungen über die Verwaltung der Ortskrankenkassen die allerschlimmsten Befürchtungen. Was im eigentlichen Gesetz nur in großen Umrissen angedeutet ist, wird hier im einzelnen festgelegt. Nach dem Artikel 30 des genannten Einführungsgesetzes sollen der zu erlassenden Dienstordnung alle vorhandenen Kassenangestellten (soweit es sich nicht um Staats- oder Gemeindebeamten handelt) unterstehen, ausgenommen sind nur diejenigen Kassenangestellten, welche den Dienstvertrag kündigen. Tut dies ein Angestellter, so endigt das Dienstverhältnis mit Ablauf von sechs Monaten oder, wenn er nach dem Vertrage zu einem früheren Tage kündigen kann, mit diesem.

Die hier verlangte brutale Aufhebung aller mit den Kassenbeamten geschlossenen Verträge wird mit der Behauptung zu begründen versucht, daß das im Interesse der Kassen dringend erforderlich sei. Es heißt hierüber in der beigegebenen Begründung:

> „Diese Paragraphen der Reichsversicherungsordnung .... müssen alsbald im vollen Umfang durchgeführt und deshalb auch auf alle diejenigen Angestellten angewandt werden, die beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung und der Dienstordnung bereits im Kassendienste stehen.... Eine gesetzliche Klarstellung in dieser Hinsicht ist um so mehr geboten, als manche Kassen in den letzten Jahren ganz eigentümliche Verträge mit ihren Angestellten geschlossen haben, die einseitig nur zugunsten dieser Angestellten abgefaßt sind."

Als Beweis für die letztere Behauptung wird der bekannte Vertragsentwurf mitgeteilt, den die Regierung auf Veranlassung der Konservativen und Nationalliberalen im vergangenen Sommer der Kommission für die Reichsversicherung unterbreitet hat. Also, obwohl es sich hier nur um einen Entwurf handelt, so unterstellt die Regierung doch ohne weiteres, daß nach diesem Formular zahlreiche Verträge abgeschlossen worden sind. Dann wäre es doch aber richtig, wenn durch das Einführungsgesetz nicht alle Verträge, sondern nur diejenigen, welche gegen die zu erlassenden Bestimmungen verstoßen, für ungültig erklärt würden. Doch man will die Möglichkeit schaffen, alle verdächtigen Kassenbeamten entlassen zu können.

Nach dem Artikel 31 kann auch den im Dienst verbleibenden Beamten das Gehalt verkürzt werden, wenn die Bezüge eines Angestellten die Sätze der Besoldungsordnung übersteigen. Macht der Kassenvorstand von seinem Rechte, dem Beamten zu kündigen, keinen Gebrauch, so hat dieser darauf Anspruch, daß ihm das alte Gehalt noch zwei Jahre weiter gezahlt wird. Mit Genehmigung des Versicherungsamtes kann ihm das höhere Gehalt jedoch belassen werden.

Die Begründung hierzu ist gerade so brutal wie zu dem vorausgegangenen Artikel. Es heißt darin:

> „Wenn die Reichsversicherungsordnung die Aufstellung eines festen Besoldungsplans fordert, so will sie damit bei den Krankenkassen gegenüber der dort zurzeit oft recht willkürlichen Regelung der Bezüge einen gleichmäßigen Zustand herbeiführen, der den wirklichen Leistungen und Fähigkeiten der Angestellten sowie den Verhältnissen bei anderen Körperschaften ähnlicher Art entspricht... Deshalb müssen die Bezüge auch der bereits vorhandenen Angestellten entsprechend dem Besoldungsplane neu geordnet werden. Soweit sie hinter dessen Sätzen zurückbleiben, sind sie ohne weiteres auf diese zu erhöhen. Schwieriger stellt sich der umgekehrte Fall dar, d. h. wenn die Bezüge höher sind, als der Besoldungsplan zuläßt.... Es steht jedoch zu erwarten, daß die weitaus meisten Kassenvorstände die ihnen selbst daraus erwachsenen Aufgaben erfüllen werden. Immerhin muß mit dem möglichen Widerstand oder der Nachlässigkeit einzelner dieser Vorstände gerechnet werden. Deshalb gibt der Entwurf dem Oberversicherungsamte die nötige Handhabe, die Art der Bekanntgabe der Dienstordnung seinerseits zu bestimmen oder auch, z. B. im Wege öffentlicher Bekanntmachung oder unmittelbarer Zustellung an die einzelnen Angestellten, die Bekanntgabe selbst durchzusetzen."

Wenn also Vorstände sich weigern, gewissen Beamten die Gehälter herunterzusetzen, so kann das Oberversicherungsamt ohne weiteres eingreifen und die Herunterfetzung des Gehalts durchführen. Damit aber ja kein „Würdiger" (etwa ein Gelber) von der Gehaltsherabsetzung betroffen wird, so kann auch mit Genehmigung des Versicherungsamtes in solchen Fällen das alte Gehalt weiter gezahlt werden. Da die Entlassung zahlreicher sozialdemokratischer Kassenbeamten natürlich schon aus reinen betriebstechnischen Gründen nicht auf einmal erfolgen kann, so soll nach Artikel 32 die Entlassung sukzessive erfolgen. Der Artikel lautet:

> „Das Oberversicherungsamt kann binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten der Dienstordnung auf Antrag des Kassenvorstandes oder des Versicherungsamts anordnen, daß einem Angestellten, dessen Fähigkeiten für die ihm übertragene Stelle nicht ausreichen, im Dienste der Kasse eine andere Stelle zugewiesen wird, die seinen Fähigkeiten entspricht. Die Anordnung ist endgültig; sie ist auch dem Angestellten zuzustellen.
>
> Der Angestellte hat binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung der Anordnung dem Vorstand zu erklären, ob er bereit ist, die Stelle zu übernehmen. Erklärt er sich nicht bereit, so endigt sein Dienstverhältnis mit Ablauf der Frist. Doch behält der Angestellte nach seinem Ausscheiden den Anspruch auf die vollen Bezüge bis zum Ablauf von sechs Monaten oder, wenn nach dem Vertrag oder der Dienstordnung zu einem früheren Tage gekündigt werden kann, bis zu diesem."

Also wem die Oberverwaltungsbehörde gerne los sein will, für wem sie vielleicht einen Ersatzmann in Aussicht genommen hat, der wird für unfähig erklärt und im Dienstgrad und somit in seinem Einkommen heruntergesetzt, so daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als von selber zu gehen.

Ein solches Verfahren ist nach der Begründung nicht unbillig, weil der Beamte während der sechsmonatlichen Kündigungszeit Zeit hat, sich eine andere Stelle zu suchen; auch wenn er alt ist und seine besten Kräfte der Kasse geopfert hat.

Mit dieser Argumentation läßt sich jede Maßregelung läßt sich jede Maßregelung von alten Arbeitern von jedem Unternehmer begründen, wenn er so klug ist und dem betreffenden Arbeiter seine Entlassung ein halbes Jahr vorher bekanntgibt.

Die Mitschuld des Klerikalismus an dem Essener Zuchthausurteil.

Die Genossen Liebknecht, Heine und Stadthagen haben im Landtag bezw. im Reichstag mit Recht das ungeheuerliche Verhalten der Justizbeamten im Essener Meineidsprozeß 1895 gegeißelt. Man würde aber eine Ungerechtigkeit begehen, wenn man nicht auch als Milderungsgrund für das Auftreten der Staatsanwaltschaft und der gelehrten Richter die Bearbeitung der öffentlichen Meinung durch die klerikale Presse und die klerikalen Agitatoren berücksichtigen wollte. Unsere richterlichen Bureaukraten haben von dem Wesen der modernen Arbeiterbewegung nur vage Vorstellungen. Vor 15 Jahren gab es natürlich noch weit mehr Justizbeamte als heute, die in der sozialistischen Bewegung lediglich das Erzeugnis unsittlicher Geister erblickten. Und diese Anschauung wurde von der obskuren Kaplanspresse nach Kräften gestärkt. Sie vermittelte dem Publikum ein abscheuliches Bild von dem Sozialismus, denunzierte seine Bekenner als Menschen, die zu jeder Schandtat fähig seien. Da sich unter den damaligen Geschworenen mehrere Zentrumsanhänger befanden und der Staatsanwalt durch seine Wiederholung der klerikalen Anschuldigungen gegen die Sozialdemokraten eine oft berührte Saite anschlug, so darf man ruhig sagen, daß die klerikale Saat im Gerichtssaal aufgegangen ist. Wohl kein einziger der amtierenden Justizbeamten und der Geschworenen hatte ein grundlegendes Buch über den Sozialismus gelesen. Sie erhielten ihren parteipolitischen Unterricht lediglich aus der sozialistenfeindlichen Literatur. Daher konnte der Hinweis auf das anarchistelnde Blatt des Herrn Jeup als eines angeblichen Sprachrohrs der Sozialdemokratie den unheilvollen Eindruck machen.

Natürlich haben auch Zentrumsblätter die Identifizierung der Sozialdemokraten mit einer meineidsüchtigen Gesellschaft abgelehnt, z. B. damals die „Kölnische Volkszeitung". Aber auch „große" Zentrumsblätter standen nicht an, die Sozialdemokratie einer laxen Auffassung des Zeugeneides zu verdächtigen. Es war die „Germania" vom 21. August 1895, welche schrieb:

> „Die Politik hier hineinzuzerren, sollte gerade der „Vorwärts" vermeiden; ohne den speziellen Essener Spruch als unanfechtbar hinzustellen, kann man doch den Sozialdemokraten entgegenhalten, daß in ihren Prozeßorganen der Meineid aus politischen Gründen wiederholt entschuldigt worden ist."

Die obskure Kaplanspresse trug entsprechend gröber auf. Für sie schien es wenigstens ausgemacht, daß „ein Mensch, der keine Religion" hat, vor dem Meineid nicht zurückschrecke. Daß auch Personen geistlichen Standes, die doch sehr viel „Religion" besitzen, wegen Meineids verurteilt worden sind, störte die Verdächtiger nicht. Wenn damals einer der Geschworenen schon am zweiten Tage der Gerichtsverhandlung privatim seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben hat: „Die Kerle müssen verknurrt werden!", wen kann das wundern angesichts der fortgesetzten öffentlichen und geheimen Verleumdungen der sozialistischen Bestrebungen!

Es kommt auch in Betracht, daß der Ausgangspunkt des Essener Justizdramas das Verhalten des Zentrumsagitators Brust war. Brust requirierte den Münter, um Schröder nicht Rede zu stehen brauchen wegen der erneuten klerikalen Zersplitterung der Bergarbeiter! Auch deshalb betrachteten die Klerikalen den Fall Schröder durch die Parteibrille. Die Behauptung der Klerikalen, ihrerseits sei das Essener Zuchthausurteil stets als ein Justizirrtum bezeichnet worden, ist generell unwahr. Heute möchte man es allerdings so erscheinen lassen, um sich von der Mitschuld an dem Zuchthausurteil zu entlasten.

Tatsächlich hat aber der jetzige Zentrumsabgeordnete Brust 1898 in einer Versammlung zu Altenessen sehr eindeutig ausgerufen: „Für mich brauchen keine Meineide geschworen zu werden!" Unter der Redaktion desselben Mannes schrieb der „Bergknappe" vom 13. Juli 1901:

> „Uebrigens dürfte doch auch nicht unbekannt sein, daß von sozialdemokratischer Seite es früher schon protegiert wurde, falls es das Parteiinteresse erheische, einen Meineid leisten zu dürfen. Es ist übrigens schon recht viel verlangt von einem Menschen, unter Anrufung des Namens Gottes, der nicht daran glaubt, die volle Wahrheit zu

sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzusetzen."

Diese Ausführungen wurden gemacht unter Hinweis auf den Prozeß Schröder und Genossen. Im „Bergknappen" vom 20. Juli 1901 heißt es:

„Auch wir können nichts anderes als — bitte nichts für ungut, ihr Herren Genossen — das gerichtsnotorische Urteil im Meineidsprozeß in Essen als Wahrheit und Recht anzuerkennen."

Demnach erklärte das klerikale Gewerkvereinsblatt das Meineidsurteil als zu Recht ergangen! Aehnlich so wurde unseren Genossen in der Agitation von klerikalen Parteigängern das Meineidsurteil sehr häufig vorgehalten. In einem 1904 von der klerikalen Gewerkvereinsleitung herausgegebenen Flugblatt hieß es:

„Der alte Verband ist eine Zuchtschule für Selbstmörder und Meineidige!"

In dieser niedrigen Weise vertreten die Klerikalen das von allen objektiv denkenden Menschen als ein schwerer Fehlspruch anerkannte Zuchthausurteil. Nach den Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken am 29. August 1910 erklärte der klerikale Gewerkvereinssekretär Hüskes:

„Die Meineidsgesellschaft mit beschränkter Haftung hat den Sieg davongetragen!"

Damals war schon bekannt, daß das Wiederaufnahmeverfahren mit großer Aussicht auf Erfolg beantragt sei. Trotzdem jene nicht mißzuverstehende gemeine Anspielung auf den Essener Meineidsprozeß. Wie oft dem Genossen Schröder selbst von klerikalen Rohlingen versteckt oder offen sein schlimmes Schicksal vorgehalten worden ist, verraten seine Worte in der Riesenversammlung am letzten Sonntag zu Bochum: „Ich hatte immer ein gutes Gewissen und ertrug alle Verleumdungen. Aber ich habe 10 Kinder und 48 Enkelkinder. Denen kann man nun nicht mehr verwerfen, ihr Vater habe ein zuchthauswürdiges Verbrechen begangen!"

Das war der jauchzende Aufschrei einer gequälten Menschenseele. Wir sind sicher, daß Schröder auf die Frage, wer ihn mit der infamen Verleumdung am häufigsten verwundet hat, antworten würde: „Es waren die maßlos fanatisierten klerikalen Agitatoren!"

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar 1911.

Schöffen in den Berufungskammern.

Aus dem Reichstag, 9. Februar. Bei der Weiterberatung des Gerichtsverfassungsgesetzes wurde heute die ganze mehr als fünfstündige Verhandlung mit der Erörterung der Frage ausgefüllt, ob Schöffen auch dann in den Strafkammern sitzen sollen, wenn sie als Berufungsinstanzen fungieren. Regierung und Kommissionsmehrheit wollen zwar die Hinzuziehung von Schöffen zu den Strafkammern der Landgerichte beim Rechtsprechen erster Instanz, und zwar drei Schöffen zu zwei Berufsrichtern, aber es sollen nur drei Berufsrichter und keine Schöffen in den Kammern sitzen, die als Berufungsgerichte gegenüber Schöffengerichten eingesetzt werden. Gegen diese Bestimmung wurde nun von verschiedenen Parteien vorgegangen, die die Strafkammern auch dann, wenn sie als Berufungsinstanzen dienen, durch Schöffen vervollständigen wollen. Die Sozialdemokraten wollten eine Besetzung der Strafkammern mit einem Richter und vier Schöffen, die Freisinnigen und vom Zentrum Herr Gröber die Besetzung mit zwei Richtern und drei Schöffen; Zentrum und Nationalliberale waren auch in dieser Frage nämlich wieder einmal gespalten.

In der Debatte wurde die Regierung von Herrn Gröber arg in die Enge getrieben durch den Nachweis, daß sie seit Jahren damit renommiert habe, aus der Statistik ergebe sich die Schwierigkeit, Schöffen zu beschaffen, ohne daß es ihr je möglich gewesen sei, eine solche Statistik vorzulegen. Selbst der nationalliberale Herr Bassermann fand Töne der Opposition. Vervollständigt wurden dann die Beweise für die Notwendigkeit der Zuziehung von Laien zu diesen Gerichten in einer gründlichen Rede durch den Genossen Stadthagen. Er betonte besonders, daß man der Schwierigkeit, Laienrichter zu beschaffen, am leichtesten begegnen könne, wenn man die Auswahl der Schöffen und Geschworenen nicht auf die bevorrechteten Klassen beschränken, sondern alle Bevölkerungsklassen in vollem Umfange heranziehen würde.

Der Staatssekretär Lisco und der preußische Justizminister Beseler bemühten sich dann persönlich um die Zurückweisung der Ausführungen der Oppositionsredner, aber den Vogel unter den Vorkämpfern der richterlichen Bureaukratie schoß doch der Zentrumsabgeordnete Wellstein ab, der behauptete, im Volke bestände gar keine Neigung für Laienrechtsprechung; nur einige Zunftjuristen und die Kriminalstudenten, die dabei bessere Geschäfte machen wollten, träten für die Ausdehnung der Schöffengerichte ein.

Genosse Zietsch verlangte von dem reaktionären Zentrumsjuristen, daß er doch mal erklären möchte, was er sich bei jener Behauptung eigentlich gedacht habe. Herr Wellstein blieb die Antwort indes schuldig.

Der Schluß der Diskussion über den § 77 wurde um 7 Uhr herbeigeführt; die Abstimmung wird namentlich sein und findet deshalb morgen bei Beginn der Sitzung statt.

Die „Deutsche Tagesztg." in Nöten.

Das Oertelorgan, das doch durch seine famose Ballod-Statistik schon überreichlich den Spott herausgefordert hatte, hat sich durch seine voreilige Einmischung in eine Frage, die offenbar über seinen geistigen Horizont geht, abermals in eine fatale Situation gebracht. Dadurch nämlich, daß es die Rolle des freiwilligen Offiziosus übernahm, um die vom „Vorwärts" und der „Leipz. Volksztg." angenagelte Bilanzfälschung des Reichsetats zu verteidigen. Bekanntlich behauptete das Agrarierblatt in seiner Mittwochnummer, die von uns angefochtene Etataufstellung sei völlig korrekt, da ja die in den Einnahmen des außerordentlichen Etats aufgeführten strittigen 89 Millionen im ordentlichen Etat nicht bereits, wie wir dargelegt hatten, in der Einnahme figurierten. Dieser in allerhand arrogante Bemerkungen eingekleideten Darstellung stellten wir in unserer Entgegnung in der Donnerstags-Nummer des „Vorwärts" sofort die Tatsache gegenüber, daß die 89 Millionen sich allerdings auch unter den Einnahmen des ordentlichen Etats befänden, daß also diese Einnahme zweimal gebucht sei, wonach eine eklatante Fälschung der Bilanz des Reichsetats vorliege. Wage die „Deutsche Tageszeitung" das zu bestreiten, so möge sie doch unter genauer Angabe der entsprechenden Titel des Etats den bündigen Nachweis führen, daß die 89 Millionen faktisch von der im ordentlichen Etat aufgeführten Einnahmen abgezogen worden seien.

Natürlich vermag das Agrarierorgan diesen Beweis nicht zu führen. Es macht auch nicht einmal den schüchternsten Versuch dazu! Es wagt nicht einmal, seine Leser von unserer Aufforderung in Kenntnis zu setzen, sondern wiederholt einfach papageimäßig seine beweislose Behauptung. Es schreibt:

„Gegenüber unserer gestrigen Richtigstellung bleibt der „Vorwärts" dabei, daß der Etatsentwurf für 1911 sich einer Bilanzverschleierung schuldig mache. Auf die Gefahr hin, von ihm von neuem beschimpft zu werden, wollen wir trotzdem nochmals seine Belehrung versuchen. Der ordentliche Etat bestimmt aus seinen ordentlichen Einnahmen den Betrag von 89,6 Millionen Mark zur Schuldentilgung. Diese 89,6 Millionen Mark erscheinen daher im ordentlichen Etat lediglich als Ausgabe. Selbstverständlich werden diese 89,6 Millionen aber den ordentlichen Einnahmen entnommen, denn wo sollten sie sonst herkommen? Als Einnahmen werden sie nur ebenso selbstverständlich im ordentlichen Etat nicht besonders ausgebracht. Ueber 89,6 Millionen Mark der ordentlichen Einnahmen ist also im ordentlichen Etat derart verfügt, daß sie zur Schuldentilgung verwandt werden sollen."

Das Junkerblatt ist geradezu goldvoll! Gerade wir richten die Frage an es, woher denn die unter den Einnahmen des außerordentlichen Etats gebuchten 89 Millionen stammen, die angeblich den Mitteln des ordentlichen Etats entnommen sein sollen, aber nicht entnommen sein können, da ja von diesen Einnahmen des ordentlichen Etats keinerlei entsprechende Abzüge gemacht worden sind — und die „Deutsche Tages-Ztg." antwortet, daß sie „selbstverständlich" dem ordentlichen Etat entnommen seien, „denn wo sollten sie sonst herkommen". Ja, das Rätsel soll uns ja gerade die „Deutsche Tages-Ztg." lösen! Sie soll nicht einfach dem Etat nachplappern, was wir natürlich schon nach flüchtigster Durchsicht des Etats selbst entdeckten, sondern beweisen, daß der Etat richtig ist, daß die 89 Millionen nicht, wie wir behaupten, zweimal als Einnahme aufmarschieren! Wenn das Oertelblatt das nicht kann, soll es gefälligst den Mund halten und der „N. A. Z." die Verteidigung der seltsamen Etataufstellung überlassen. Diesem offiziösen Organ ist freilich auch immer der Mund zugefroren; es ist zu klug, gleich der „Deutschen Tageszeitung" ins Blaue hinein zu schwätzen, und wieder nicht pfiffig genug, um irgend ein Hintertürchen zu entdecken, durch das es entschlüpfen könnte.

Also nochmals, es ist nichts als der plumpeste Versuch der Düpierung seiner Leser, wenn die „Deutsche Tageszeitung" weiter schreibt:

„Wer aus seinen laufenden Einnahmen etwas entnimmt, um seine Schulden zu bezahlen, oder um weniger Geld für nötige außerordentliche Ausgaben aufzunehmen, der macht sich nach dem „Vorwärts" eines Schwindels schuldig! Und diesen Schwindel aufzudecken, mußte dem „Vorwärts" und dem Genossen Ströbel jetzt vorbehalten bleiben!"

Aber nein, verehrte „Deutsche Tagesztg.", nicht das erklären wir für Schwindel, wenn man den laufenden Einnahmen etwas entnimmt, um Schulden zu tilgen, sondern wenn man dieselben Mittel des ordentlichen Etats, die bereits zur Deckung der Ausgaben der ordentlichen Etats dienen, nun noch einmal als Einnahme des außerordentlichen Etats aufmarschieren läßt, obgleich sie gar nicht mehr vorhanden sind!

Also bitte: keine faulen Redensarten mehr, keine leeren Ausflüchte, sondern Beweise auf Grund der Spezialposten des Etats! Vor allen Dingen aber sollte die „Deutsche Tagesztg." doch auch einmal die Courage haben, ihren Lesern von unserer Entgegnung Mitteilung zu machen, damit sie wenigstens erfahren, um was es sich in Wirklichkeit handelt!

Das Zentrum und die elsaß-lothringische Verfassungsfrage.

Aus dem Elsaß wird uns geschrieben:

Das Geständnis des Abgeordneten Abbé Wetterlé in seinem Artikel „Nous sommes roulés" (Wir sind geliefert), daß die Annahme der elsaß-lothringischen Verfassungsvorlage mit unwesentlichen Abänderungen von den Zentrumsführern schon im Sommer vorigen Jahres mit der Regierung vereinbart worden sei, vereinbart bis zu den unbedeutenden Konzessionen, die die Regierung zu machen bereit ist; dieses Geständnis hat in Elsaß-Lothringen, auch die Presse des einheimischen Bürgertums, gegen das sonst recht schonend behandelte Zentrum in Bewegung gebracht. Im Grunde ihres Herzens hat die nationalistische Bourgeoisie zwar trotz ihrer demokratischen Allüren gar nichts dagegen, wenn durch die Wohnsitzklausel und das Pluralwahlrecht die Arbeiterklasse im Landtag eingeschränkt wird, auch mit der Einsetzung einer Ersten Kammer würde sie sich recht gern abfinden, aber die Stärkung des preußischen Einflusses und die kaiserliche Ernennung der Mitglieder der Ersten Kammer ist nicht nach ihrem Geschmack, denn diese vermehrte Abhängigkeit des Landes vom Thron in Berlin würde in dem Kampfe um die einträglichen Stellen im Lande die Wagschale noch mehr als bisher zugunsten des eingewanderten altdeutschen Elementes und auf Kosten der einheimischen Bourgeoisiesprößlinge senken, und ein „Kampf um den Futtertrog" ist doch im letzten Grunde die ewige Katzbalgerei zwischen altdeutschen und altelsässischen respektive altkatholischen Chauvinisten in den gesegneten Reichslanden. Die Vaterlandsliebe, der Nationalismus der besitzenden Klassen ist hier wie überall eine Macht- und Besitzfrage.

Die Enthüllung Wetterlés, so wenig sie im Grunde etwas Ueberraschendes bringt, findet daher ihr lebhaftes Echo nicht nur in der Presse der Arbeiterklasse. Und das Zentrum hat den Schmerz, unter denen, von welchen es Prügel empfängt, auch Leute zu sehen, die mit seiner eigenen Unterstützung in Amt und Würden sitzen! So schreibt der Colmarer Politiker Blumenthal, der seine Wahl zum Bürgermeister der Stadt Colmar, zum Mitgliede des oberelsässischen Bezirkstages und zum Mitgliede des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen einzig der Zentrumsunterstützung verdankt, in seinem Organ, der „Elsaß-Lothr. Volkspartei", mit anerkennenswerter Offenheit unter der Ueberschrift „Die Lehren der Verfassungsverhandlungen im Reichstag":

„Der zweite Verhandlungstag hat unsere Befürchtungen, daß die Regierungsvorlagen mit unbedeutenden Aenderungen zur Annahme gelangen werden, bestätigt. Keine der bürgerlichen Parteien hat die elsaß-lothringischen Forderungen in vollem Umfange unterstützt. Die stärkste Partei, das Zentrum, hat die Elsaß-Lothringer vollständig im Stiche gelassen und sich von vornherein auf den Boden der Regierungswünsche gestellt. Wir hatten irriger Weise angenommen, daß das Zentrum auf seine elsaß-lothringische Klientel einen viel größeren Wert legen würde, als es tatsächlich der Fall zu sein scheint. Der elsaß-lothringische Zentrumsredner H. Bonderscheer erhielt die wenig beneidenswerte Rolle, die den elsaß-lothringischen Forderungen zuwiderlaufende Haltung des Zentrums mit einem elsaß-lothringischen Schilde zu decken. Wenn es bisher einen Punkt gab, über welchen man annehmen durfte, daß die Elsaß-Lothringer ohne Unterschied der Parteirichtung einig seien, so war es der, daß wir keine Dynastie in Elsaß-Lothringen haben wollen. Trotzdem forderte Herr Bonderscheer im Namen des Zentrums einen eigenen Landesherrn.

Wenn im übrigen der elsässische Zentrumsvertreter in seiner Rede da und dort eine etwas kräftige Einwendung markiert hatte, so beeilte sich der zweite Zentrumsredner Freiherr von Hertling die Sache abzuschwächen, damit der Reichskanzler an der braven Haltung seiner Mehrheit ungetrübte Freude genieße. Herr v. Hertling brachte es sogar fertig, die markigen Aeußerungen des Herrn Preiß vor versammeltem Reichstage zu bedauern. . . .

Es ist daher begreiflich, daß die Zentrumspresse nervös wird und daß z. B. das Colmarer Zentrumsblatt „Elsässer Kurier" wütend ausruft:

„Da ist schließlich nur ein energischer Gegenzug am Platze! Das Zentrum lehne die Vorlage glatt und von vornherein ab, — dann mögen sich die Gegner heiser schreien mit ihrem Heygeheul: Das Zentrum nimmt alles an!"

* * *

Tatsächlich scheint das Zentrum aus Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen den Rat des Colmarer Zentrumsblattes bis zu einem gewissen Grade befolgen zu wollen; wenigstens sind seine Vertreter in der heutigen Sitzung der Kommission ziemlich oppositionell aufgetreten. Nach längerer Debatte, in der alle Parteien zu Worte kamen und auch Staatssekretär Delbrück wiederholt längere Ausführungen machte, wurde der Antrag des Zentrums angenommen. Der erste Absatz:

„Elsaß-Lothringen bildet einen selbständigen Bundesstaat des Deutschen Reiches",

wurde mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Fortschrittler geschlossen und außerdem der der Reichspartei angehörende elsässische Abg. Höffel. Der zweite Absatz des Antrages:

„Im Bundesrat wird Elsaß-Lothringen durch drei Stimmen vertreten",

wurde mit allen gegen die vier konservativen Stimmen angenommen.

Damit ist der § 1 der Regierungsvorlage gefallen! „Die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen übt der Kaiser aus".

Vor der Abstimmung hatte der Staatssekretär Delbrück erklärt, daß die Regierung über das, was sie in dem Entwurfe vorgeschlagen habe, nicht hinausgehen könne. Er sei daher nicht in der Lage, die Zustimmung der Regierung zu dem Beschluß in Aussicht zu stellen. Die Vermehrung der Bundesratsstimmen könne auch nicht einfach durch einen Mehrheitsbeschluß vorgenommen werden, sondern müsse durch Vereinbarungen zu erreichen versucht werden. Das aber heiße die Vorlage auf längere Zeit vertagen.

Von besonderem Interesse war das Zugeständnis des Staatssekretärs, daß die Regierung die Vorlage auch um deswillen eingebracht habe, um die finanziellen Verhältnisse des Landes zu bessern. Genosse Ledebour nagelte fest, daß die Regierung, um ein mehr steuerbewilligungslustiges Parlament zu erhalten, Elsaß-Lothringen entgegenzukommen genötigt gewesen sei.

*

Der elsaß-lothringische Landesausschuß hat in seiner Donnerstagsitzung einen Antrag Blumenthal-Dietsch mit 44 gegen 1 Stimme bei mehreren Stimmenthaltungen in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Antrag ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß nur einer gesetzlichen Regelung zugestimmt werde, die folgende Forderungen erfülle: vollständige Gleichstellung mit den Bundesstaaten, drei Bundesratsstimmen für Elsaß-Lothringen, Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, Abstandnahme von der Errichtung einer Ersten Kammer, im Falle ihrer Einführung aber ausschließliche Zusammensetzung aus gewählten Mitgliedern.

Gegen die Lex Wagner.

Der Verein „Berliner Presse" hat in seiner Mittwoch-Sitzung folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung des Vereins „Berliner Presse" erhebt entschiedenen Protest gegen die durch die sogenannte Lex Wagner geplante Verschärfung der §§ 186, 188 des Strafgesetzbuches. Die Versammlung sieht keinerlei Anlaß zu einer Erörterung dieser Vorschriften vor der allgemeinen Reform des Strafgesetzbuches und ohne Zusammenhang mit dieser. Die Versammlung sieht ferner in der Erhöhung der Strafen eine schwere Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse. Sie ersucht demgemäß den Vorstand, sofort diesen Protest dem Reichstage zu übermitteln und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Zustimmung der Reichsregierung und der Parteien zu diesem Gesetzentwurf zu verhindern."

Die Resolution ist ein Beweis dafür, daß auch viele bürgerlichen Journalisten die Gefahr der Lex Wagner erkannt haben. Dann sollten die Herren aber auch dahin wirken, daß in den bürgerlichen Blättern den für die Verschärfung der Beleidigungsparagraphen stimmenden Parteien kräftiger eingeheizt wird.

Die Wahlreform in Braunschweig.

Am letzten Dienstag begannen in Braunschweig die Verhandlungen über den Wahlreformentwurf. Die Justizkommission hatte beantragt, die Landesregierung möge dem Landtage sobald wie möglich Entwürfe vorlegen, die der von ihr empfohlenen Grundlage entsprächen. In der Begründung durch den liberalen Kommerzienrat Schmidt hieß es, das Reichstagswahlrecht sei nicht einfach akzeptiert worden, „weil es den sicheren Boden unserer Verfassung zerstöre". Die Wahlrechtsdemonstrationen dürften den Landtag nicht beeinflussen. Der liberale Abg. Hauswaldt stellte einen Abänderungsantrag, nach dem die Wahl direkt und geheim sein soll; sämtliche braunschweigische Staatsbürger, die seit drei Jahren in Braunschweig wohnen, ihre Staatssteuern gezahlt haben und das Alter von 25 Jahren (statt 30) erreicht haben, sollen eine Stimme erhalten und auf 12 000—15 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen.

Die Agrarier vertreten natürlich den Standpunkt, an dem „bewährten" Wahlrecht dürfe nicht gerüttelt werden.

Staatsminister v. Otto erklärte in allem Ernste:

„Wüßte die Regierung eine Idee, von der sie glaubt, daß sie bei Ihnen Annahme fände, dann hätten Sie längst eine Vorlage. Aber leider ist es nicht der Fall."

Und weiter:

„Bei der letzten Wahlreform habe ich auf dem Standpunkte gestanden, daß wohl die geheime Wahl zugestanden werden könnte, die direkte Wahl aber nicht annehmbar sei. Ich sehe aber ein, daß man diese Wählerklasse, die der Unbemittelten, zu Worte kommen lassen muß, und das kann sie nur, wenn sie direkt ihre Abgeordneten hierher schickt. Ich bin mir ganz klar darüber: es werden dann Wünsche hier geäußert werden, die unerfüllbar sind: hat doch die Sozialdemokratie im Reichstage offen erklärt: Wir wollen die Republik! Das wird

man bei uns vielleicht dann auch hören können, aber wir werden es vielleicht auch ebenfalls ertragen können. Deshalb geben Sie der dritten Klasse das Wahlrecht, damit wir hören, was diese Klasse in ihrem Interesse zu sagen hat. Die Sozialdemokraten sprechen ja immer von der siegenden Kraft der Sozialdemokratie. Nun lassen Sie sie hier zu Worte kommen. Das wird dann ein Geisteskampf sein, und der ist allerdings besser, als der Kampf auf der Straße, wie wir ihn beinahe wieder am vorigen Sonntag gehabt hätten. Solche Vorfälle könnten einen vielleicht zu der Meinung bringen: Nun gerade nicht! Aber wir wollen objektiv prüfen. Wenn der Abg. Schmidt allerdings meint, daß die Sache am Sonntag so harmlos verlaufen ist, dann irrt er sich; es ist zu groben Verkehrsstörungen gekommen."

Am Mittwoch bat die Regierung wiederholt und eindringlich, etwas zu tun, da nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Bevölkerungsklassen mit dem gegenwärtigen Wahlgesetz unzufrieden seien. Schließlich erklärte die Regierung, sie halte nicht unbedingt an dem von der Kommission festgesetzten Wahlalter von 30 Jahren fest, sondern sie sei auch für den alten Zustand (25 Jahre) zu haben. Auch über die dreijährige Staatsangehörigkeit werde die Regierung mit sich reden lassen. Schließlich werde ein dreijähriger Aufenthalt und die Erwerbung der Staatsangehörigkeit genügen.

Schließlich wurde der Entwurf der Justizkommission mit 36 gegen 8 Stimmen der Agrarier angenommen. Der Abänderungsantrag Hauswaldt kam gar nicht zur Abstimmung.

Die Regierung wird demnach dem Landtage den neuen Wahlgesetzentwurf bei seinem Wiederzusammentreten im Herbst 1911 oder im Frühjahr 1912 unterbreiten.

Aus dem Bundesrat.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Zuwachssteuergesetzes, sowie dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Abänderung des Stempelgesetzes, zugestimmt. Die Vorlage, betreffend Aenderung der Vorschriften über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande, gelangte zur Annahme.

„Ehrlose Schweinehunde".

In dem Prozeß, der am Dienstag vor der Breslauer ersten Strafkammer gegen den Genossen Schiller von der „Volkswacht" wegen Beleidigung der Beuthener Polizei verhandelt wurde (wir haben den Auszug in der gestrigen Nummer unter Parteinachrichten gemeldet), fiel aus dem Munde des Vorsitzenden ein Ausspruch, der bezeichnend ist für den Grad von Befangenheit, mit der so mancher Breslauer Richter — und wohl nicht bloß Breslauer Richter — sozialdemokratischen Angeklagten gegenübertritt. Genosse Schiller hatte im Lauf der Verhandlung bemerkt, daß nicht nur Polizeibeamte, sondern auch andere Beamte und sogar Offiziere schon den Weg in die „Volkswacht"-Redaktion gefunden hätten, um die Hilfe des Blattes zur Beseitigung von Mißständen in Anspruch zu nehmen. Darauf erklärte der vorsitzende Landgerichtsdirektor Mundoy, er halte es für ausgeschlossen, daß Leute, die dem König den Treueid geleistet hätten, so etwas zu tun vermöchten. Täten sie es aber dennoch, so müsse er sie als ehrlose Schweinehunde bezeichnen. Als Genosse Schiller in seiner Verteidigungsrede auf die schöne Aeußerung zurückkommen wollte, verbot der Vorsitzende das in erregter Weise. Er lasse eine Kritik an seiner „Geschäftsführung" nicht zu — im Zuwiderhandlungsfalle drohe er Ordnungsstrafe zu verhängen.

Die letztere Maßnahme charakterisiert sich als eine rechtswidrige Beschränkung der Verteidigung des Angeklagten. Zu der geschmackvollen Aeußerung des Herrn Landgerichtsdirektors selbst erübrigt sich jede Bemerkung.

Herr Roeren als Arbeiterfreund.

Dem Zentrumsabgeordneten Roeren, dem bekannten Kämpfer gegen den angeblichen Interkonfessionalismus der „Köln. Volkszeitung" und die sogenannte unsittliche Kunst, ist bekanntlich von der katholischen Arbeiterschaft seines Kreises (Merzig-Saarlouis) vorgeworfen worden, er habe bisher nichts für die Arbeiterschaft getan und auf dem Gebiete der Sozialpolitik nichts geleistet. Dieser Vorwurf scheint Herrn Roeren sehr geschmerzt zu haben; denn er hat einer ganzen Reihe Ortschaften seines Kreises seinen Besuch angekündigt. Den Anfang hat er in Hüttgweiler gemacht, wo er vor etwa 1000 Personen ausführte:

Es sind jetzt bald 20 Jahre, daß Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben. Für mich persönlich besteht der sehnlichste Wunsch, nicht mehr zu kandidieren. Anderseits aber leben wir in einer Zeit, in der eindringlicher als je an jeden die Pflicht herantritt, das Feld jetzt nicht zu räumen. Ich dränge mich nicht auf, noch empfehle ich mich. Doch eine Bitte möchte ich an Sie richten: Machen Sie mir nicht den Vorwurf, ich hätte nicht das geringste Interesse für meinen Wahlkreis gezeigt. Werfen Sie mir alles vor, den Vorwurf mangelnder Arbeiterfreundlichkeit habe ich nicht verdient. Roeren schloß unter großem Beifall: Das Vertrauen habe ich zu dem Wahlkreise, daß er auch bei den kommenden Wahlen seine Zentrumstreue bewahrt und einen Vertreter wählt, der es als Lebensaufgabe betrachtet, die Interessen des Volkes ohne Rücksicht in Selbstlosigkeit und Aufopferung zu vertreten.

Herr Roeren scheint sich in einem merkwürdigen Irrtum zu befinden. Er nimmt augenscheinlich an, seine Bestrebungen für die Ausbreitung hyper-ultramontaner Anschauungen und Sittlichkeitsbegriffe lägen im Interesse der Arbeiter.

Liberale Einigung in der Rheinprovinz.

Zwischen den Nationalliberalen und den Fortschrittlern in der Rheinprovinz ist nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" für die nächsten Reichstagswahlen eine Einigung erzielt worden. Von dem Abkommen werden die Wahlkreise Solingen und Elberfeld ausgenommen, da dort die örtlichen Verhandlungen keinerlei Schwierigkeiten bieten. In den Wahlkreisen Remscheid, Lennep-Mettmann, Wetzlar-Altenkirchen werden mit gemeinsamer Unterstützung fortschrittliche Kandidaten, in den übrigen rheinischen Wahlkreisen nationalliberale Kandidaten aufgestellt.

Drei Millionen Mark Defizit.

Das soeben veröffentlichte Budget des bremischen Staates rechnet mit einer Einnahme von 41 Millionen Mark und einer Ausgabe von 44 Millionen Mark. Die Finanzkommission hat nun Streichungen in Höhe von 3 Millionen Mark beantragt; allein das Volksschulwesen soll von Abstrichen in der Höhe von 300 000 M. betroffen werden. Den Steuerzahlern eröffnen sich angenehme Aussichten, da sich die Kommission mit dem Gedanken trägt, neue Steuerobjekte ausfindig zu machen.

Unser Bericht über das Wiederaufnahmeverfahren des Essener Meineidsprozesses

enthält einen Irrtum. Die Aussage, die von dem Essener Gerichtsberichterstatter einem Magistratsassessor Georg Wolf-Berlin in den Mund gelegt worden ist, hat in Wirklichkeit der mit der Disziplinaruntersuchung gegen den früheren Gendarmen, späteren Bureauassistenten Münter beauftragte Magistratsassessor Dr. Löwenstein-Berlin gemacht. Herr Dr. Löwenstein ist derjenige gewesen, der durch Einbeziehung des alten Essener Meineidsprozesses in das Disziplinarverfahren gegen Münter und durch die Vernehmung des damaligen Verteidigers von Schröder, Rechtsanwalts Dr. Niemeyer, als Zeugen den Stein ins Rollen gebracht und dadurch den unmittelbaren Anstoß zu dem jetzigen Wiederaufnahmeverfahren gegeben hat.

Mit den Sittlichkeitsattentaten eines Offiziers

hatte sich gestern das Oberkriegsgericht des königl. Gouvernements zu beschäftigen. Unter der Anklage schwerer Sittlichkeitsverbrechen stand der Leutnant Freiherr v. Gumppenberg von der Militärtechnischen Akademie. v. Gumppenberg war seinerzeit nach Berlin abkommandiert worden und aus Gesundheitsrücksichten mußte er bald darauf ein Sanatorium in Pankow aufsuchen. Eines Nachts wurde nun an einer der Schwestern in dem Sanatorium ein Ueberfall verübt. Ein unbekannter Mensch drang in das Schlafzimmer der Schwester ein, überwältigte sie und tat ihr Gewalt an. Ohne erkannt zu werden, entkam der Attentäter. Nach einiger Zeit wiederholte sich der gleiche Vorgang. Diesmal setzte sich die Ueberfallene energisch zur Wehr. Sie brachte dem Angreifer Kratzwunden bei dem Kampf bei und als auf die Hilferufe der Schwester andere Personen hinzukamen, konnte der Attentäter festgenommen werden. Zur allgemeinen Ueberraschung entdeckte man in ihm den Angeklagten. Er gestand auch ein, der Urheber des ersten Ueberfalles gewesen zu sein. Daraufhin wurde v. G. verhaftet und der Militär-Gerichtsbehörde übergeben. Das Kriegsgericht der Königlichen Kommandantur erkannte in erster Instanz auf sieben Monate Gefängnis. Demgemäß wurde auch die Entfernung aus dem Heer ausgesprochen.

Gegen dieses Urteil legte Freiherr v. G. Berufung beim Oberkriegsgericht ein. Das letztere gab gestern der Anregung des Verteidigers, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand hin beobachten zu lassen, statt und vertagte infolgedessen die Hauptverhandlung.

Frankreich.

Eine begrabene Reform.

Paris, 8. Februar. (Eig. Ber.) Die radikale Mehrheit der letzten Legislaturperiode hat drei „große" Reformen, die auf ihrem Programm standen, beschlossen: die Altersversicherung — in einer so jämmerlichen Reform, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft meint, sie sei schlechter als gar nichts; die Verstaatlichung der Westbahn — die sich jetzt als ein riesenhafter kapitalistischer Betrug herausstellt — und die Reform der Kriegsgerichte — in einem vorerst von der Deputiertenkammer beschlossenen Gesetz, das statt der in der Phrasenblüte des Dreyfus-Rummels angekündigten Abschaffung der besonderen militärischen Gerichtsbarkeit nur das alte Verfahren ein wenig demokratisch aufputzte. Seine wertvollsten Bestimmungen waren die Verfolgung und die Leitung der Untersuchung aller von Militärpersonen begangenen Verbrechen und Vergehen — also die gegen die Disziplin inbegriffen — durch bürgerliche Richter, weiter die Ueberweisung aller von Soldaten verübten Verbrechen und Vergehen gemeinrechtlicher Natur an die gemeinrechtlichen Gerichte. Disziplinarvergehen blieben der militärischen Jurisdiktion vorbehalten. Doch sollten in den Militärgerichten neben einem Soldaten zwei Zivilgeschworene und ein Zivilrichter sitzen. — Diese vorsichtige Reform war aber den Hämorrhoidariern des Senatsradikalismus zu kühn. Die Senatskommission, die das Gesetz zunächst an drei Jahre lang in der Schublade gelassen hat, ist jetzt endlich an die Arbeit des „Amendierens" gegangen. Ihr Resultat ist, daß sowohl die zivilfreien Kriegsgerichte wie die Untersuchung durch militärische Richter aufrechterhalten werden soll. Es soll lediglich ein besonderes Korps von Militärrichtern ausgebildet werden.

Die „Lanterne" nennt diese Beschlüsse eine „Provokation" und einen schmachvollen Bankrott der republikanischen Versprechungen. Das mit dem Bankrott stimmt schon, von einer Provokation aber könnte man nur dann sprechen, wenn die Radikalen der Kammer nicht selbst in den Bankrott mitverwickelt wären. Sie haben es ruhig hinuntergeschluckt, daß Briand in seinem Programm die Reform der Militärgerichte unerwähnt gelassen hat, und werden sich um ihretwillen sicher in keinen Konflikt mit dem Senat stürzen. Wenn die Furcht vor den Arbeiterwählern sie zögern läßt, die Scharfmachergelüste in einer Ausnahmegesetzgebung zu befriedigen, so hält sie die Angst vor den für den Kapitalismus gefährlichen Konsequenzen einer vollendeten Demokratie von der Ausführung ihrer alten Programmforderungen zurück. Der bürgerliche Radikalismus mag weder vorwärts noch zurückgehen — er wird zu einem, das ganze Land umfassenden „stagnierenden Pfühl".

Italien.

Eine Fraktion von Großindustriellen.

Rom, 5. Februar. (Eig. Ber.) Die Großindustriellen, die in der italienischen Kammer sitzen, haben beschlossen, sich zu einer besonderen Fraktion zu vereinigen, der unter anderen Industriekönige wie Crespi, Orlando, Tassara, Raggio beigetreten sind. Vor allem besteht die Fraktion aus Vertretern des Eisen-, Zucker- und Textilkapitals. Die Gründung dieser neuen Fraktion zeigt deutlich, daß der industriellen Bourgeoisie in Italien ihre Sonderinteressen immer schärfer zum Bewußtsein kommen. Man wirft den Mantel der politischen Unterschiede ab und gruppiert sich in der Kammer den wirtschaftlichen Interessen gemäß. Wie die Konföderation der Arbeit in der sozialistischen Fraktion eine eigene parlamentarische Vertretung hat, so werden sie die Unternehmer in dem „Gruppo industriale parlamentare" finden.

England.

Die Beziehungen zu Deutschland.

London, 9. Februar. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte Byles (lib.) den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er sich in irgend einer Weise zu der in der Sitzung des Deutschen Reichstags vom 10. Dezember 1910 von dem deutschen Reichskanzler gehaltenen Rede äußern wolle, in der dieser die Ansicht ausgesprochen habe, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache das beste Mittel sei, um das Mißtrauen zwischen beiden Ländern wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande zu beseitigen. Ferner fragte Byles, ob neuerdings irgend eine Aussprache stattgefunden habe und ob die sich auf diesen Gegenstand beziehenden Akten veröffentlicht werden würden. Parlamentsunterstaatssekretär Mc. Kinnon Wood antwortete, die unverbindlichen Pourparlers, von denen der deutsche Reichskanzler gesprochen habe, dauerten fort. Die englische Regierung hoffe ernstlich, daß sie dazu beitragen würden, die Wahrung und Stärkung der freundlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern. Die Akten zu veröffentlichen, läge nicht im öffentlichen Interesse.

Gegen die Flottenrüstungen.

London, 9. Februar. Die „Daily News" schreibt heute morgen zur Frage der Flottenkredite: Es ist nötig, den alten Irrtum, der fortwährend von der Admiralität begangen wird, zu bekämpfen und den geforderten neuen Flottenkrediten heftigen Widerstand zu leisten. Es ist Pflicht der liberalen Partei, sich in erster Linie mit diesen Krediten zu befassen, denn ihre fortwährend wachsende Erhöhung ist eins der beunruhigendsten Momente für die öffentlichen Finanzen Englands. Diese Ausgaben müssen sofort eingestellt werden, damit wir endlich der bedauerlichen Rivalität mit Deutschland ein Ende machen können.

Rußland.

Ein Notschrei der politischen Verbannten.

Unter den zahlreichen Gesuchen, mit denen die sozialdemokratische Dumafraktion von den politischen Verbannten buchstäblich überschüttet wird, ist der nachstehende Brief einer Gruppe von Verbannten im Dorfe Bogorodskoje (Gouvernement Wjatka) für die Leiden der politischen Verbannten in Rußland sehr bezeichnend:

„Wir leiden unglaublich Not und wissen nicht, womit das enden wird. Wir hungern bereits einige Wochen! Unsere Lage ist dadurch noch verschlechtert, daß wir seit dem 20. September, als die Kälte einsetzte, der Möglichkeit beraubt sind, vom Hause fortzugehen und Arbeit zu suchen. Aus unbekannten Gründen hat man uns bis heute das Geld für Winterkleidung noch nicht ausgezahlt. Sämtliche Verbannte besitzen an Kleidungsstücken nichts außer Sommerblusen und zerrissene Stiefel. Viele werden aus den Wohnungen gejagt. Wir sind zum unvermeidlichen Hungertode verurteilt. Auf alle unsere Bitten, uns die uns zustehende Unterstützung (monatlich 7 Rubel 50 Kopeken pro Person!) auszuzahlen, antwortet die örtliche Administration mit Stillschweigen oder beruft sich auf die höheren Instanzen . . ."

Gleichlautende Nachrichten kommen aus den Gouvernements Astrachan, Archangelsk usw. Noch furchtbarer ist natürlich die Lage der politischen Verbannten, die nach den Tundren und Eiswüsten Ostsibiriens verschlagen sind. Von dort dringt aber nur selten ein Laut an die Oeffentlichkeit.

Studentenstreik.

Petersburg, 8. Februar. Heute fand in der Universität eine Versammlung statt, an der nur ein Teil der Studenten teilnahm und in der beschlossen wurde, morgen mit der Einstellung des Besuchs der Vorlesungen zu beginnen. Ehe die Behörde einschreiten konnte, hatte sich die Versammlung schon wieder aufgelöst.

Auch die Teilnehmerinnen der höheren Frauenkurse beschlossen, den Besuch der Vorlesungen bis zum Ende des Frühjahrs einzustellen. Der Professorenrat erließ einen Aufruf, den Lehrgang nicht zu unterbrechen, da sonst eine völlige Schließung der Vorlesungen vorgenommen würde.

Türkei.

Die Kämpfe im Yemen.

Saloniki, 8. Februar. Die im Yemen eingetroffenen Verstärkungen vom ersten und zweiten Korps sind drei Stunden vor Hodeida auf die Araber gestoßen. Nach heftigem Kampf zogen sich die Araber mit einem Verlust von 150 Mann einige Stunden weit zurück. Die Truppen hatten 50 Tote und Verwundete.

Aus den Bezirken Damaskus und Jerusalem werden Angriffe der Beduinen auf türkisches Militär gemeldet. Es wurde sofort eine energische Verfolgung aufgenommen, bei der die Beduinen namhafte Verluste erlitten.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für Bielefeld-Wiedenbrück hielt am Sonntag, den 5. Februar, seine Halbjahres-Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl ist um 330 — von 5554 auf 5904 — gestiegen; darunter befinden sich 447 weibliche Mitglieder. Ortsgruppen zählt der Verein 18.

Bei den Kommunalwahlen im Herbst wurden 6 Mandate erobert, so daß im Kreise jetzt in 18 Gemeinden (inklusive der Stadt Bielefeld mit 15 Stadtverordneten der 3. Abteilung) 51 sozialdemokratische Vertreter — 46 in der dritten und 5 in der zweiten Abteilung — sitzen.

Flugblätter gelangten 19 700 zur Verbreitung, ferner 6100 Flugblätter „Welche Zeitung muß ich halten" und 4250 Exemplare der „Volkswacht". Gewonnen wurden 866 Abonnenten, so daß die „Volkswacht" am 31. Dezember 1910 im Kreise Bielefeld-Wiedenbrück 9200 Abonnenten zählte. Durch Generalversammlungsbeschluß vom 31. Juli 1910 muß jetzt mindestens zweimal im Jahre — im Frühjahr und Herbst — in allen Bezirken und Ortsgruppen eine „Volkswacht"-Agitation unternommen werden.

An dem zweiten naturwissenschaftlichen Vortragskursus — über „Vom Urtier zum Menschen", des Genossen Engelbert Graf-Berlin — beteiligten sich 224 Personen (an dem ersten Kursus 341); die durchschnittliche Besucherzahl an den sechs Abenden betrug 202.

Der Verein unterhält Rechtsauskunftsstunden in den Städtchen Gütersloh und Rheda (monatlich einmal). Eigene gemietete Lokale besitzt der Verein in sechs Orten.

Die Jugendbewegung machte gute Fortschritte und die „Arbeiter-Jugend" ist in 330 Exemplaren im Kreise abonniert.

Der Kassenbericht weist ebenfalls gute Fortschritte auf. Vereinnahmt wurden 10 177,24 M.; bis auf 708,50 M. nur an Beitrags- und Eintrittsgeldern. Mit dem Kassenbestand von 1743,49 am 30. Juni 1910 betrug die Gesamteinnahme 11 920,73 M. Die Ausgabe betrug 9432,52 M., so daß am 31. Dezember 1910 ein Kassenbestand von 2488,21 M. zu verzeichnen war. An den Parteivorstand wurden im letzten Halbjahr 1865,10 M. abgeführt.

Folgende erwähnenswerte Beschlüsse wurden gefaßt: Die Maifeier soll von den Feiernden durch einen Morgenausflug begangen werden. Die Abendveranstaltungen fallen weg, dafür sollen Frauen und Kinder nachmittags auf einem riesigen Bergplatz Unterhaltung finden. Des Abends soll bei günstiger Witterung ein Riesenmeeting im Freien veranstaltet werden; sonst finden Versammlungen statt. Der Ueberschuß von der Maifeier wird dem Wahlfonds überwiesen; auch werden zur Stärkung des letzteren sofort Sammellisten herausgegeben. Die Wahl der Delegierten zu den Parteitagen wird in Zukunft durch die Generalversammlung vorgenommen; seit drei Jahren fanden die Wahlen durch Urabstimmung in den Bezirken und Orten statt. Am Schlusse hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Severing ein Referat über: „Die nächsten Reichstagswahlen." Severing wurde darauf einstimmig als Kandidat für die nächste Wahl aufgestellt.

Eine Kreis-Generalversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins für den Kreis Solingen fand am Sonntag in Solingen statt. Die Einnahme und Ausgabe betrug im letzten Halbjahr 11 162,96 Mark, die Mitgliederzahl 3716. An Mitgliedern ist ein Zuwachs von 371 zu verzeichnen. An Mitgliederbeiträgen sind 7000 Mark eingekommen. Es wurden 46 000 Flugblätter verbreitet und 6000 Agitationskalender. Bei den Stadtratswahlen in den verschiedenen Städten des Kreises wurden die Mandate behauptet, doch verringerten sich unsere Stimmenzahlen, was daher kommt, daß die Gegner sich gar nicht mehr der Mühe unterziehen, eigene Kandidaten aufzustellen; das macht die Genossen nachlässig. Ueber „die nächsten Reichstagswahlen" sprach Genosse Dittmann. Es wurde beschlossen, einen Reichstagswahlfonds zu gründen und zu diesem Zweck sofort Sammellisten herauszugeben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse. Vom Mülhausener Schöffengericht wurde der Genosse Redakteur Metz von der „Mülhausener Volkszeitung" wegen Beleidigung eines Obermeisters zu 100 Mark Geldstrafe und auf Grund eines anderen Artikels desselben Blattes der Verfasser Gewerkschaftsbeamter Genosse Peter in Gebweiler wegen Beleidigung eines Fabrikdirektors zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Der Fluch der bösen Tat.

Die Zentrumsschriften sind in letzter Zeit so über alles gewohnte Maß hinaus unternehmerfromm geworden, daß es kaum noch überboten werden kann. Während bei der Lohnbewegung der Ruhrbergleute Unternehmerblätter selbst über die Belebung des Marktes berichten, malen die Organe der zentrumsschristlichen Gewerkvereine grau in grau, um nur ja ihre schnapsblockverpflichteten Mannen abzuhalten, sich der allgemeinen Bewegung anzuschließen. Die Dinge entwickeln aber nun ihre eigene Logik, die den Zentrumsschriften noch oft schwer genug zu schaffen machen wird. Der alte Bergarbeiterverband kann fortwährend von vielen Uebertritten aus dem christlichen Gewerkverein berichten. Auf der anderen Seite bemühen sich die Unternehmer, von der schoflen Betriebsamkeit der Zentrumsschriften zu profitieren. So berichtet die Unternehmerpresse im Ruhrrevier, daß die gelbe Arbeiterbewegung in der letzten Zeit namentlich unter der Bergarbeiterschaft große Fortschritte mache. Binnen Monatsfrist seien auf 20 Zechen des Essener Bezirks Werkvereine gebildet worden und noch zahlreiche Neugründungen seien in die Wege geleitet. Außerordentlich charakteristisch ist der Schluß der Notiz:

„Die Leiter der Bewegung rechnen insbesondere auf einen starken Zuzug aus dem Lager des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter."

Das ist der Fluch der bösen Tat!

An sich ist es ganz naturgemäß, daß die Methode der „Christen" die Förderer der Gelben auf den Plan ruft. Wenn schon die christliche Gewerkschaftsbewegung sich wieder auf ihr Ursprungszeugnis als Hemmschuh, als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie zurückbesinnen muß, als wichtigsten Daseinszweck, dann auch gleich aufs Ganze ohne Verklausulierungen. Also vom Zentrumschristentum über die Knechtslitanei der Fachabteiler zum ausgesprochen unternehmertreuen Werksknecht! Das ist nun die „nationale" Forderung des Tages.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der Firma Siemens-Schuckert und die Polizei

stand auf der Tagesordnung einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die am Mittwoch den großen Saal der Kronenbrauerei in Alt-Moabit füllte. Es handelt sich hier um einen Streik in der Abteilung des Meisters Mathias der Werke in der Franklinstraße, an dem 72 Mann beteiligt sind. Die Arbeitsniederlegung ist die Folge der fortgesetzten Verfolgungen wegen der Organisationszugehörigkeit und der Nötigungsversuche zum Beitritt in den gelben Verein. Dergleichen kommt zwar bei der Firma ziemlich allgemein vor, und man hat ja auch eine Anzahl fetter Pfründen für Obergelbe geschaffen, die die Aufgabe haben, das freie Koalitionsrecht zu vernichten und dafür den gelben Organisationszwang einzuführen; aber nicht in allen Abteilungen werden die freiorganisierten Arbeiter in solch herausfordernder Weise behandelt, wie das in der Abteilung Mathias der Fall war. Man möchte wohl überall so vorgehen. Aber da die Masse der Arbeiter nicht ehrlos genug ist, ihre Ueberzeugung zu verkaufen und sich den Gelben sklavisch zu unterwerfen, sieht sich die Direktion genötigt, freiorganisierte Arbeiter zu dulden, um so mehr, als die gelben Arbeitskräfte oftmals allzuviel Schundarbeit liefern. In jener Abteilung glaubte man jedoch, die Freiorganisierten entbehren zu können, und gegenüber den tagtäglichen Drangsalierungen und Drohungen mit Entlassung, wenn sie dem gelben Verein nicht beitreten wollten, blieb den Arbeitern schließlich kein anderes Mittel als die Arbeitsniederlegung übrig. Wie die Polizei dann, unbelehrt durch die Gerichtsverhandlungen im Moabiter Prozeß, gegen die Streikenden vorging, ist bereits in Nr. 29 des „Vorwärts" im gewerkschaftlichen Teil unter dem Titel „Die gestörte Amtshandlung" kurz mitgeteilt worden. Der Referent, Verbandsvertreter Maus, schilderte diese Vorgänge nun noch etwas ausführlicher. Hatte die Polizei bei den Moabiter Krawallen wenigstens einen Schein von Recht, mit einer gewissen Schärfe vorzugehen, wenn man davon absieht, wie jene Ausschreitungen provoziert worden sind, so lag für den Schutzmann, der am 31. Januar den Streikposten der Siemensschen Arbeiter mißhandelte, auch nicht der mindeste Schein der Berechtigung zu dieser „Amtshandlung" vor, in der er „nicht gestört" sein wollte. Wie ja auch der Polizeileutnant des Reviers, der die Handlungsweise des Schutzmanns ohne weiteres verurteilte, anerkennen mußte, haben sich weder die Streikenden noch andere Leute dort irgendwelche Ungesetzlichkeiten zuschulden kommen lassen. Es ist aber merkwürdig, welche Ansichten der Leutnant über die Ausübung des Koalitionsrechtes dem Referenten gegenüber äußerte, als dieser als Augenzeuge sich um die Feststellung jenes Schutzmannes bemühte. „Ja, sehen Sie," sagte der Leutnant, „Streikposten sind erlaubt. Aber das Stehen und das Hin- und Hergehen ist nicht erlaubt." Es wurde ihm geantwortet, daß die Streikposten dann wohl das Fliegen lernen müßten. Der Leutnant erklärte sich schließlich damit einverstanden, wenn die Streikposten, um auch das Ansprechen zu vermeiden, die ihnen notwendig scheinende Aufklärung durch Handzettel verbreiteten, wenngleich er dagegen das Bedenken geltend zu machen suchte, daß die Franklinstraße durch weggeworfene Zettel verunziert werde, was allerdings durch die Massenverteilung von Reklamezetteln der Geschäftsleute in vielen Stadtteilen in weit höherem Maße geschieht.

Der Redner erinnerte auch daran, wie die Spandauer Polizei sich seinerzeit, es war am 13. Januar, bei den Arbeiterausschußwahlen der Firma Siemens-Schuckert und ihrer gelben Garde zur Verfügung stellte mit Spitzeln, die man im Betriebe selbst untergebracht hatte. (Siehe Nr. 12 des „Vorwärts".) Natürlich wird sich die freiorganisierte Arbeiterschaft durch alle gesetzwidrigen Maßnahmen und Schikanen nicht abhalten lassen, von ihren gesetzlichen Rechten in vollem Umfange Gebrauch zu machen, und die Firma wird sich schließlich trotz aller ihrer Gelben und Obergelben veranlaßt sehen, das freie Organisationsrecht der Arbeiterschaft anzuerkennen. Daß die Streikenden und daß die organisierten Arbeiter in dieser Hinsicht nicht nachgeben, zeigte der ganze Verlauf der Versammlung.

Deutsches Reich.

Eine schlechte Rechtfertigung.

Die „Freisinnige Zeitung" ist wütend darüber, daß wir in unserer Mittwochsnummer einen Akt von freisinnigem Terrorismus gegen einen Schriftsetzer festnagelten. Das liberale Blatt hat es zwar nicht für notwendig befunden, sich über die Angelegenheit zu informieren, aber es polemisiert doch gegen uns. Es schreibt einfach:

„Ob die Behauptung wahr ist, entzieht sich unserer Kenntnis. (!) Wäre sie wahr, so steht es einem sozialdemokratischen Blatte am wenigsten an, hier über Terrorismus zu klagen."

Zum „Beweis" für diese letztere Behauptung wartet die echt „Freisinnige Zeitung" mit einer Anzahl Fälschungen auf. So stellt sie wider besseres Wissen fest, daß im „Vorwärts" seinerzeit sämtliche Redakteure gemaßregelt und deren Plätze durch arbeitswillige Streikbrecher besetzt worden seien. Dabei weiß das Blatt, daß es sich bei jenem Konflikt um eine Meinungsverschiedenheit in der Redaktion selbst handelte, in deren Verfolg nicht alle, sondern sechs der Redakteure kündigten, um durch Stellung der Kabinettsfrage eine Zusammensetzung der Redaktion in ihrem Sinne zu erzwingen. Daß die verbleibenden Redakteure, gegen welche sich ja der Vorstoß richtete, keine Veranlassung empfanden, auch ihrerseits zu gehen, ist wohl natürlich. Mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen der „Vorwärts"-Redaktion hatte jener Konflikt nicht das mindeste zu tun und den damals Ausgetretenen ist auch aus jenem Anlaß seitens der Partei keine wirtschaftliche Schädigung bereitet worden.

Auch daraus macht die „Freisinnige Zeitung" der Partei einen Vorwurf, daß seinerzeit der zweite Berliner Wahlkreis forderte, „daß die dort (in der „Vorwärts"-Druckerei) beschäftigten Genossen ihre Mitarbeiter durch geeignete Agitation dahin bringen, daß auch der letzte wie der gewerkschaftlichen so auch der politischen Organisation angehört". Auch daß der sechste Kreis mit anderen Worten dieselbe Forderung erhob, tadelt sie. Ja, soll denn die sozialdemokratische Agitation Halt machen vor den Toren der — sozialdemokratischen Betriebe? Das ist natürlich lächerlich. Darum muß eine Deutung dieser Beschlüsse zu Hilfe genommen werden, die von einem Manne herrührt, dessen skrupelloser Haß gegen die Sozialdemokratie ihm alle Mittel recht erscheinen ließ, die irgendwie dazu geeignet erscheinen konnten, die Rexhäusersche Deutung, daß man im „Vorwärts"-Betriebe das sozialistische Lied verlange, weil man dort sozialistisches Brot genieße. Daß im „Vorwärts"-Betriebe Maßregelungen aus Anlaß jener Maifeier vorgekommen wären, die zu den Beschlüssen des zweiten und sechsten Kreises führten, behauptet die „Freisinnige Zeitung" nicht, kann es auch nicht behaupten. Aber verdächtigen kann sie, auch ohne irgendwelche tatsächlichen Unterlagen. Es geht ihr da wie mit dem gemaßregelten Danziger Schriftsetzer: „Ob die Behauptung wahr ist, entzieht sich unserer Kenntnis." Warum auch lange prüfen! Wenn die betreffende Behauptung der „Freisinnigen" nur in den Kram paßt! — Ein feines Blatt!

Streikende Hüttenleute. Zu einer plötzlichen Arbeitsniederlegung haben sich die Arbeiter des Eisenwerks „Rote Erde"-Dortmund veranlaßt gesehen. Statt bisher zu Schichtlöhnen sollten die Leute in Akkordlöhnen arbeiten, wobei sich am Lohntage herausstellte, daß die Arbeiter bis zu 60 Pf. pro Schicht weniger ausgezahlt erhalten hatten als bisher. Da die Leitung des Werkes sich weigerte, den Fehlbetrag zu zahlen, traten die Leute in den Ausstand. Nun heißt es, die Direktion sei bereit, zu verhandeln.

Wie die Christlichen Tarife abschließen,

dafür kann der Transportarbeiter-Verband einen dokumentarischen Beleg liefern. Tarife abzuschließen ist bei Christlichen nachgerade zur Marotte geworden, „Tarife" werden um jeden Preis abgeschlossen, nur um nach außen hin mit den gewerkschaftlichen Erfolgen zu paradieren.

Der Zentralverband der Transportarbeiter steht mit den Kaisers Kaffeegeschäften verschiedener Orte im Vertragsverhältnis. Natürlich wursteln die Christlichen ihre eigenen Tarife zusammen. Eine Gegenüberstellung zweier solcher Tarife zeigt in eklatanter Weise, wie christliche Genügsamkeit und schwächliche gewerkschaftliche Taktik den Arbeitern Scheinerfolge vorspiegeln. Beide Tarife gelten zwar nicht für dasselbe Geschäft und denselben Ort, bei einem Vergleich der Lebensverhältnisse beider Orte fällt der Tarifabschluß für die Zentrumsgewerkschaft noch obendrein ungünstiger aus. Die Christlichen schlossen ihren Tarif für Kaisers Kaffeegeschäfte in Biersen und Dülken ab, der Transportarbeiterverband für Spandau. In Spandau lebt sich's kaum teurer als im Rheinland. Die Löhne sind aber in beiden Tarifen so unterschiedlich, daß sie als für die christlichen Arbeiter sehr schlecht bezeichnet werden müssen. Im Tarife der christlichen Organisation beträgt der Lohn für erwachsene Arbeiter 2,20 M. pro Tag und steigt bis zu 3 M., im Tarife des Transportarbeiter-Verbandes beträgt der Lohn für dieselbe Arbeiterkategorie pro Woche 20 M. und steigt bis zu 24,80 M. Und während in der nächsten Kategorie der Höchstlohn im Tarif des Zentralverbandes nach fünf Jahren Tätigkeit in der Firma auf 33 M. steigt, bleibt er im christlichen Tarif nach 10 Jahren auf 27 M. stehen. Auch die Löhne für Arbeiterinnen stehen im gleichen ungünstigen Verhältnis. Die Löhne im einzelnen hier anzuführen, würde zu weit führen, ein Schlußpassus ist nur noch der besonderen Erwähnung wert. Im Tarif des Transportarbeiter-Verbandes wird ohne jede Einschränkung gesagt, daß Anspruch auf tarifmäßige Entlohnung sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen haben. Im Tarif des Christlichen Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter heißt es:

„Anspruch auf die vorgesehenen Lohnsätze haben nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit keinem geistigen oder körperlichen Gebrechen behaftet und auch sonst (!) durchaus vollwertig (!) sind, ferner das 50. Lebensjahr nicht überschritten haben."

Die Unfähigkeit, wirtschaftliche Interessen der Arbeiter durch eine gewerkschaftliche Organisation zu vertreten, ist wohl selten so zutage getreten, wie in diesem Falle. Nur jesuitische Augenblendung kann den Mitgliedern hier gewerkschaftliche Erfolge vorgaukeln.

Rückzug eines christlichen Gewerkschaftsbeamten.

In einem von ihm gezeichneten Flugblatt hatte der Bezirksleiter Fiege vom zentrumschristlichen Gewerkverein der Bergarbeiter die Behauptung aufgestellt, der Genosse Rüßler, Bezirksleiter des alten Bergarbeiterverbandes in Lünen bei Dortmund, habe sich fremde Gelder angeeignet. Trotz Klageandrohung und -erhebung wurde noch in letzter Zeit von Fiege in Versammlungen erklärt, vor Gericht werde sich schon herausstellen, daß seine Angaben der Wahrheit entsprächen. Als die Angelegenheit am 7. Februar vor dem Schöffengericht in Dortmund verhandelt wurde, wollte Fiege auch zuerst forsch und keck „den Wahrheitsbeweis antreten". Aber obschon neun Zeugen aus Dortmund, Bochum, Castrop und Recklinghausen geladen waren und zur Ermittelung der Wahrheit bereitstanden, knickte der christliche Bezirksleiter sofort zusammen, als ihm der Vorsitzende riet, sich die Sache noch mal erst zu überlegen und die Behauptungen lieber zurückzunehmen.

Fiege klammerte sich daran, daß ein von den sogenannten Anarchos herausgegebenes Flugblatt dieselben Behauptungen aufgestellt und daß er in gutem Glauben nur nachgeschrieben habe. Rüßler teilte mit, daß gleich nach dem Bekanntwerden gegen das Flugblatt der Anarchos der Klageweg beschritten worden sei. Es kam ein Vergleich zustande, wonach Rüßler erklärte (was auch schon oft genug vorher geschehen war), daß die betreffenden Behauptungen im Flugblatt der Anarchos unwahr sind. Fiege erklärte, daß er die in dem Flugblatt der „Christen" aufgestellten Beleidigungen mit Bedauern als unrichtig zurücknimmt und daß er alle gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einschließlich des Anwaltshonorars trägt. Außerdem veranlaßt Fiege, daß binnen einer Woche eine entsprechende Erklärung, deren Wortlaut festgesetzt wird, in drei Blättern des Bezirks veröffentlicht wird.

So ist also wieder einmal eine gegen die verhaßte Sozialdemokratie gerichtete Aktion daneben geraten. In der Patsche sitzen nun der zentrumschristliche Bezirksführer und seine Hintermänner.

Erfolgreiche Streiks.

Der Streik in der Maschinenfabrik und Eisengießerei „Phönix" in Sorau ist beendet. Nach zweitägigem Streik verhandelte die Firma mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes und des Gewerkvereins über die Beilegung des Streiks. Die Firma bessert die Löhne des größten Teils der Arbeiter auf, will Einstellungslöhne einführen, auch sollen die übrigen Wünsche der Arbeiter erfüllt werden. Die Sperre über den Betrieb ist hiermit aufgehoben.

Der Streik in der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Niebaum u. Gutenberg in Herford i. W. ist nach 15wöchiger Dauer für die Arbeiter erfolgreich beendet. Es tritt eine sofortige Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde für alle Arbeiter ein; durch entsprechende Mehrleistung von Maschinenarbeit und Verarbeitung des Holzes soll der Verdienst der Akkordarbeiter erheblich gesteigert werden. Die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafen sind zum Teil ganz beseitigt oder bedeutend herabgesetzt. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit wird mit dem Arbeiterausschuß weiter verhandelt; es besteht Aussicht, bald zu einer Verständigung zu kommen. Die Arbeit wurde bereits wieder aufgenommen.

Soziales.

Aus der Arbeiter-Antialkoholbewegung.

Man befindet sich kaum noch im Zweifel darüber, daß die Regierung sich bei der Zustimmung zur Beibehaltung der Liebesgabe, wie überhaupt zur neuen Branntweinsteuer weniger von vernünftigen Erwägungen leiten ließ, die vor allem die Volkswohlfahrt nach der wirtschaftlichen, sittlichen und kriminellen Seite hin im Auge hatte, als sich einfach dem Diktat der Agrarier unterwarf, die den Mund nicht voll genug kriegen konnten. Daß die Liebesgabe einfach ein Hohn auf die moderne Kultur, ein Hohn auf das staatliche Wirtschaftsleben ist, wäre durch nichts einfacher zu erweisen, als den Hinweis darauf, daß diese Liebesgabe seit 1880 die beträchtliche Höhe von rund 1050 Millionen Mark erreicht hat. Eine Summe, die man für nichts und wieder nichts den Agrariern in den Rachen geworfen. Man braucht nicht lange zu rechnen, um herauszufinden, daß, wären diese Millionen dem Reiche zugute gekommen, — da dies mit Zins und Zinseszins etwa 1,6 Millionen Mark ausmacht — das Reich heute 1600 Millionen Mark weniger Schulden haben würde, also auch jährlich 56 Millionen Mark weniger Zinsen aufzubringen hätte. So lange aber der blauschwarze Block am Ruder ist, kann nicht daran gedacht werden, seine Wirksamkeit auf diesem Gebiete der krassester Unkultur zu brechen. Aber in dem Schnapsboykott besitzt das Proletariat eine Waffe, die sich nach Ausweis der Statistik immer schärfer fühlbar zu machen beginnt. Die Produktion von Alkohol ist andauernd seit den ersten Aufrufen zur Meidung des Junkerfusels zurückgegangen. Ist und bleibt in erster Linie bei der Durchführung des Kampfes gegen den Fuselkonsum das beste Mittel stets die wirtschaftliche Hebung des Proletariats, so wird der deutsche Arbeiter andererseits in diesem Kampfe doch auch bestärkt durch das ermunternde Beispiel der Genossen in außerdeutschen Ländern. Speziell in Oesterreich hat die Antialkoholbewegung im weiteren, die Bewegung gegen den Fusel im engeren Sinne eine so beachtliche Ausdehnung gewonnen, daß sie neben der deutschen wohl die beträchtlichsten Resultate in der internationalen Antialkoholbewegung gezeitigt hat. In Oesterreich, das zugleich die Wiege der proletarischen Bewegung gegen den Schnapsverbrauch bildet, — die Wiener Zeitschrift „Der Abstinent" war jahrelang das Organ der Arbeiterabstinenten von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz — ist die Bewegung vor allem dadurch kräftiger und selbstständiger geworden, daß man neben den politischen Gründen die gewerkschaftliche Unterstützung dieser Bestrebungen wirksam werden ließ. Maßgebend für das Vorgehen der österreichischen Genossen war die Resolution des letzten österreichischen Gewerkschaftskongresses, in der zum Ausdruck gelangte, „der Kongreß erblicke im Alkoholismus einen schweren Schädiger der physischen und geistigen Kampffähigkeit der Arbeiterklasse und einen mächtigen Hemmschuh aller organisatorischen Bestrebungen". Sie erklärte ferner „als einen ersten wichtigen Schritt in diesem Kampfe die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften von Organisationen". Diese gewerkschaftliche Bewegung hat in der letzten Zeit bedeutend an Umfang gewonnen besonders dadurch, daß mehrere Fachkongresse ähnliche Entschließungen faßten. — Nicht minder günstig stehen die Dinge in Italien. Die dort bestehende „Federazione antialcoolista Italiana" hat erst nennenswerte Erfolge ihrer Bemühungen zu erzielen vermocht, seitdem die sozialistische Partei Italiens ihre Bestrebungen zu der ihrigen machte, und nun den Kampf auf diesem Gebiete der Volkswohlfahrt und Volkswirtschaft systematisch betrieb. Führer der antialkoholistischen Bewegung sind die bekanntesten Sozialisten, die Abgeordneten Turati, der Herausgeber der namhaften Halbmonatsschrift „Critica sociale", der Leiter des „Avanti", Treves, ferner Cabrini, Beltrami und Zerboglio. Wirksam wird hier der Kampf gegen den Fusel insbesondere durch den im Interesse dieses Kampfes erfolgten Zusammenschluß der sozialistischen mit der Genossenschaftsbewegung, die in Italien der ersteren ziemlich nahesteht. Die Segnungen, die dieses gemeinsame Vorgehen der internationalen sozialistischen Gruppen gegen die Fuselseuche im Gefolge hatte, liegen überall klar zutage. Es ist durchaus nicht zuviel behauptet, daß die wirkliche und einzige erfolgversprechende Organisation gegen den Alkohol heute in der Hand der sozialistischen Parteien liegt, die für die Verbreitung wahrer Kultur eintreten. Wo wären wir auf kulturellem Gebiete wohl geblieben, wenn wir machtlos der Führerschaft jener Parteien überlassen geblieben wären, die marktschreierisch für Wahrheit, Freiheit und Gesittung usw. und daneben für die Verewigung der Liebesgabe eintreten? Die Steuerverweigerung durch Schnapsboykott ist eine Waffe, die geschmiedet zu haben ein Verdienst des Leipziger Parteitages ist. Sie noch energischer als bislang anzuwenden liegt im Interesse der Bekämpfung der Junker.

Letzte Nachrichten.

Zwei Aviatiker getötet.

Douchy, 9. Februar. (W. T. B.) Als die Flieger Noel und de la Torre heute nach einem einstündigen Flug im Gleitflug mit ihrer Flugmaschine niedergingen, stürzte der Apparat aus einer Höhe von 80 Metern plötzlich zu Boden und begrub beide Flieger unter sich. Beide Flieger waren sofort tot.

1½ Millionen Frank Defizit bei der Brüsseler Weltausstellung.

Brüssel, 9. Februar. (W. T. B.) Das finanzielle Ergebnis der Weltausstellung ist ein Defizit von 1 445 000 Frank. Hiervon hat die Regierung eine Million, den Rest das Ausstellungskomitee zu tragen.

Pestbefürchtungen in Rumänien.

Bukarest, 9. Februar. (B. H.) Ein telegraphischer Bericht der rumänischen Gesellschaft in Konstantinopel meldet, daß die Pest aus der Mandschurei bereits nach dem europäischen Rußland vorgedrungen und in den letzten Tagen im Gouvernement Astrachan vier Pestfälle, die sämtlich einen tödlichen Verlauf genommen haben, amtlich konstatiert worden sind. Die Meldung hat in hiesigen Regierungskreisen große Aufregung hervorgerufen, da Befürchtungen bestehen, daß die Seuche nach Südrußland eingeschleppt wird, mit dem Rumänien einen starken Verkehr unterhält. Die Regierung ist entschlossen, angesichts der drohenden Pestgefahr ohne Verzug die strengsten Quarantänemaßregeln zu verfügen.

32 Grad Kälte in der Türkei.

Konstantinopel, 9. Februar. In Anatolien herrscht grimmige Kälte. In Vilajet Kastamuni ist die Temperatur bis auf 32 Grad unter Null gesunken. Der Euphrat ist zugefroren.

Die Pest in Charbin.

Charbin, 9. Februar (W. T. B.) Gestern sind dreißig Chinesen und ein Europäer an der Pest gestorben.

Tokio, 9. Februar. (W. T. B.) Nach dem Bericht des russischen Konsuls in Dairen ist dort die Pest erloschen.

Wie verlautet, ist in Wi-dschu unter den Koreanern die Pest ausgebrochen.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

128. Sitzung. Donnerstag, den 9. Februar 1911, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Lisco. Beseler.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

wird fortgesetzt, und zwar bei § 77, der die Besetzung regelt.

Sie sind jetzt bei der Hauptverhandlung mit 5 Richtern, in der Berufungsinstanz bei Uebertretungen und in den Fällen der Privatklage mit 3 Richtern einschließlich des Vorsitzenden besetzt. Nach dem Vorschlage der Kommission sollen sie in der Hauptverhandlung mit zwei Richtern einschließlich des Vorsitzenden und mit drei Schöffen, im Berufungsverfahren mit drei Richtern einschließlich des Vorsitzenden besetzt werden.

Die Abgg. Müller-Meiningen (Vp.) und Gröber (Z.) beantragen, die Kammern in der Berufungsinstanz ebenso zu besetzen, wie in erster Instanz, also mit zwei Richtern und drei Schöffen.

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen, die Strafkammern in der Hauptverhandlung nur mit einem Richter als Vorsitzenden und vier Schöffen zu besetzen, und zwar in der Berufungsinstanz ebenso wie in erster Instanz.

Abg. Dr. Weguer (l., im Zusammenhang schwer verständlich) tritt für die Berufsrichter ein, das Mißtrauen gegen sie sei völlig unberechtigt. Die als Schöffen zugezogenen Laien seien im allgemeinen keineswegs unabhängiger als die Berufsrichter. Man dürfe der öffentlichen Meinung nicht zu viel nachgeben; hätte man das früher getan, so wäre Bismarck anfangs der 60er Jahre entlassen und das Deutsche Reich wäre nicht gegründet worden. Auf keinen Fall dürfen Laien in der Berufungsinstanz mitwirken, daran würde die Vorlage — daran ist kein Zweifel — scheitern, die Regierungen würden den Entwurf nicht annehmen, und eine 20jährige Arbeit wäre dann umsonst getan.

Abg. Gröber (Z.): Dieselben Gründe, welche bei den Schöffengerichten für die Zuziehung von Laien maßgebend gewesen sind, sprechen auch für ihre Zuziehung zu den Strafkammern. Die Zuziehung der Laien zu den Strafkammern ist auch gar keine Streitfrage mehr, sondern lediglich die Frage, ob die Laien auch in der Berufungsinstanz mitwirken sollen. In den Motiven der Vorlage werden die Laien außerordentlich gerühmt, es wird gesagt, daß die Rechtsprechung durch die Zuziehung der Laien eine Stütze im Vertrauen der Bevölkerung finden wird. Dann ist aber nicht einzusehen, warum den Schöffen dieses Lob nur für die erste Instanz gespendet wird, warum sie untauglich sein sollten zur Mitwirkung in der zweiten Instanz. Das ist ein klaffender Widerspruch. (Sehr richtig! links.) Die Regierung sagt, die zweite Instanz habe eine völlig andere Aufgabe als die erste Instanz, den der Kritik des Urteils erster Instanz. Dabei sagt dieselbe Regierung in den Motiven, daß infolge der Einführung voller Mündlichkeit die Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht nicht wesentlich anders verläuft als in der ersten Instanz. Wir haben ja auch die Mitwirkung von Laien beim Reichsmilitärgericht, bei den Kolonialgerichten, bei zahlreichen Verwaltungsgerichten erster und zweiter Instanz, und überall mit bestem Erfolge. Im Jahre 1907 widersetzte sich Preußen energisch der Zuziehung der Laien in der Berufungsinstanz, während Bayern sie verlangte; das Hauptargument Preußens war die Behauptung, es handele sich um ein gefährliches Experiment. (Lachen links.) Freilich hat die preußische Regierung auch behauptet, sie besitze ein beweiskräftiges Material, daß man nicht genügend Schöffen finden würde. Aber sie hat sich die ganzen Jahre hindurch geweigert, uns ihr Material vorzulegen. (Heiterkeit.) Solch Material, das man ängstlich vor uns geheim hält, kann für uns keinen Wert haben. (Zustimmung links.) Hinzu kommt, daß dies Material gesammelt ist unter Verhältnissen, unter denen die Schöffen keine Entschädigung erhielten, während sie in Zukunft Entschädigung erhalten sollen.

Ganz unannehmbar ist ferner die Bestimmung, daß die Strafkammer als Berufungsinstanz lediglich mit drei Richtern besetzt werden soll, während sie jetzt fünf Richter hat; das bedeutet eine wesentliche Verschlechterung zuungunsten des Angeklagten. Jetzt müssen vier Richter ihn für schuldig halten, **dann nur zwei**; die Berufung wäre dann keine Verbesserung für den Angeklagten, sondern eine Verschlechterung. (Sehr richtig! links.)

Abg. **Bassermann** (natl.): Das Volk besitzt das größte Vertrauen zu der Rechtsprechung von Volksgenossen; ich erinnere an die Gewerbegerichte, die Kammer für Handelssachen, gegen deren Rechtsprechung sich niemals Widerspruch geregt hat. (Sehr richtig! links.) Für das Laienelement in der Berufungsinstanz haben sich selbst Männer wie Herr Oppermann, der bekannte Strafkammervorsitzende, ausgesprochen. — Eine Besetzung der Berufungsinstanz mit drei Richtern ist so ziemlich das Schlechteste, was überhaupt beschlossen werden kann. (Lebhafter wiederholter Beifall links.) Ein alter Richter und Praktikus hat mir gesagt: „Laßt Euch um Himmelswillen nicht auf diese Besetzung ein. Das müßte ein merkwürdiger Vorsitzender sein, der nicht mindestens einen Beisitzer auf seine Seite bringt.“ (Hört! hört! links.) Ich bitte dringend: beschließen Sie die Zuziehung von Schöffen auch zur Berufungsinstanz! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.):

Der Kollege Wagner hat von allen möglichen Dingen gesprochen: von sozialer Gesetzgebung, vom „Vorwärts“, von spanischen Stiefeln usw. (Große Heiterkeit): aber den Beweis vom Nutzen des Ausschlusses der Laien von der Berufungsinstanz ist er uns schuldig geblieben, weil er ihn nämlich nicht führen kann. (Sehr wahr! links.) — Ich bin durchaus der Ansicht meiner beiden letzten Herren Vorredner: werden die Beschlüsse der Kommission zweiter Lesung über die Berufungsinstanz angenommen, so ist das die größte, ärgste und schlimmste Verschlechterung, die die Justiz in den letzten Jahrzehnten erfahren hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eine Berufungsinstanz ohne Zuziehung von Laien ist ein **wahrer Hohn auf die Berufung überhaupt**; läßt man in erster Instanz Laien zu und schließt man sie in der Berufungsinstanz aus, so ist die ganze Schöffeninstitution reine Verbrämung, nutzlose Dekoration. (Sehr wahr! links.) Ich kann es nur sehr beklagen, daß der Kollege Schmidt-Warburg nicht mehr am Leben ist; er könnte dem Kollegen Wagner ein Kolleg lesen über diese Dreimännerkollegien, die nur ein anderer Namen für die **Diktatur des Vorsitzenden** sind. — Mit pathetischen Wendungen, mit ein paar Handbewegungen widerlegt man nun einmal nicht die vielfachen Beschwerden gegen das Berufsrichtertum, das möge sich Herr Wagner merken. Kein Richter und wenn er noch so wissenschaftlich hoch steht, wenn er von noch so ehrlichem Wahrheitseifer erfüllt ist, ist so erhaben über seine Mitwelt, daß er nicht aus der Mitwirkung der Laien großen Nutzen für seine Rechtsprechung ziehen kann. Es ist bezeichnend, daß selbst ein Urreaktionär wie Herr Oppermann — wie Herr Bassermann mit Recht hervorgehoben hat — für die Zuziehung von Laien zur Berufungsinstanz eingetreten ist. Die formale juristische Bildung bedarf der Ergänzung durch den schlichten **Menschenverstand des Laien**. Ein Laie würde nicht imstande sein, ein Urteil zu fällen, wie es gelehrte Juristen gegen einen Referendar auf Grund der Reichsgerichtspraxis über Versuche am untauglichen Objekt fällen müßten, der in sexueller Unkenntnis glaubt, schwanger zu sein, als Abtreibungsmittel Zucker anwendet und daraufhin verurteilt werden muß. (Hört! hört! und große Heiterkeit.) Ebenso stände es mit jemand, der seinen Feind tot beten will.

Ueber die Notwendigkeit der Zuziehung von Laien zur Berufungsinstanz sollte eigentlich gar nicht mehr geredet werden müssen. (Sehr wahr! links.) Strittig kann nur das Zahlenverhältnis sein. Und da möchte ich Sie bitten, unserem Antrage zuzustimmen und zu beschließen, daß die

Berufungskammern aus je einem Vorsitzenden und vier Schöffen

zusammengesetzt werden. Ich verweise darauf, daß auch der Anwaltsverein, dem radikale Tendenzen wahrlich fern genug liegen, sich dafür ausgesprochen hat, daß die Laien auch in der Berufungsinstanz in der Mehrheit sein sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokr.) Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß fast ausnahmslos bei den Militärgerichten die Laien, das heißt in diesem Falle die Offiziere, die Mehrheit gegenüber den Juristen bilden. (Hört! hört!) Sind die Laien in der Berufungsinstanz in der Minderheit, so wird die Schöffenzuziehung zur bloßen Dekoration, verliert fast jede praktische Bedeutung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr merkwürdig war der Einwand der Regierung, daß sich in Ostpreußen z. B. keine genügend geeignete Schöffen für die Berufungsinstanz finden würden. Was heißt das „geeignete Schöffen?“ Versteht die Regierung da vielleicht, was einstmals Bismarck unter „geeigneten“ verstand, gefügige Männer? Wir wissen ja, wie Bismarck danach trachtete, die Richter zu gefügigen Werkzeugen der Regierung zu machen. Hat die Behauptung der Regierung aber einen anderen Sinn, besagt sie, daß die ostpreußische Bevölkerung nicht genug intelligente Leute hervorbringe, die als Berufungsschöffen fungieren können, so ist das wenig schmeichelhaft für Ostpreußen. In Württemberg wurden schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Laien zu allen drei Instanzen hinzugezogen. Hat die Regierung also Recht, so ist Ostpreußen jetzt noch nicht soweit, wie Württemberg vor einem halben Jahrhundert. (Sehr gut! links.)

Selbstredend kann auch die ausgiebige Zuziehung von Laien, wie wir sie verlangen, nicht die gewünschte Wirkung haben, unsere Justiz volkstümlich zu machen, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, **daß die Schöffen aus allen Teilen der Bevölkerung genommen werden.** Doch darüber zu reden, wird ja noch Gelegenheit bei den betreffenden Paragraphen sein. Ich bitte nochmals, unseren Antrag anzunehmen, der erst eine wirkliche Teilnahme der Laien an der Rechtspflege gewährleistet. Ich verweise erneut auf die Bestimmungen der Militärgerichtsbarkeit. Ausdrücklich wurde damals erklärt, daß die Bestimmungen über das Verhältnis von Juristen und Laienrichtern bei den Militärgerichten vorbildlich sein sollten für die künftige Regelung der zivilen Gerichtsverfassung. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Alles muß geschehen, um endlich dem entwürdigenden Zustande ein Ende zu machen, daß

die deutsche Rechtspflege die schlechteste Justiz

ist, wenigstens soweit gesittete Nationen in Betracht **kommen.** (Heftiger Widerspruch und Lachen rechts.) Durch Lachen, meine Herren (nach rechts) schaffen Sie keine Tatsachen aus der Welt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich wer den Hammer schwingt, teilt nicht die Gefühle dessen, der auf dem Amboß liegt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nicht Sie, meine Herren von der Rechten, werden von den Urteilen getroffen, wie sie tagaus, tagein in Deutschland gefällt werden, von den Urteilen, die allerdings unerhört dastehen in der gesitteten Welt! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) Ich will nur erinnern an Urteile wie sie gefällt worden sind vor 10 Jahren in Essen, an Magdeburger, Breslauer, Königsberger Urteile in Majestätsbeleidigungsprozessen, an drakonische Urteile in Streik- und Krawallsachen, an Löbtau, an den ganzen Geist der Zweierlei-Recht-Maxime, wie er namentlich uns Sozialdemokraten gegenüber Gericht und Verwaltung beherrscht. Sie (nach rechts) haben aufgehört zu lachen. Lassen Sie dieser negativen Handlung eine positive folgen und arbeiten Sie mit uns an der Verbesserung der Justiz, indem Sie unsere Anträge annehmen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Rein technisch-juristisch hat die Regierung natürlich recht, aber im Interesse einer volkstümlichen Justiz ist die Hinzuziehung von Laien auch in der Berufungsinstanz notwendig. Die Behauptung des Herrn Stadthagen, daß wir von allen gesitteten Völkern die schlechteste Justiz haben, muß ich allerdings als maßlose Uebertreibung zurückweisen, aber daß tatsächlich das Vertrauen im Volke zu unserer Justiz nicht so ist, wie es sein sollte, ist unbestreitbar. Die nötige Zahl von Schöffen und Geschworenen ist leicht zu finden, wenn man die 120 000 deutschen Lehrer zuläßt und die Laienrichter nicht so nach religiösen und politischen Gesichtspunkten aussiebt wie bisher. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. **Lisco**: Von der Gestaltung dieses Paragraphen hängt das Schicksal des ganzen Entwurfs ab. (Hört! hört! links.) Bei der Besetzung der ersten Instanz mit vier Laien und einem Richter wird sicher ein schlechteres Resultat erzielt werden, als bei zwei Berufsrichtern und drei Laien, weil in dem ersteren Falle die Vorbereitung, die Leitung der Verhandlung und die Abfassung des Urteils in einer Hand vereinigt wäre.

Den Angelpunkt bildet ja aber die Besetzung der zweiten Instanz. Wenn die Regierung nur nach den Beschlüssen der Reformkommission gegangen wäre, hätte sie auch die Abschaffung der Schwurgerichte verlangen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Die zweite Instanz soll ein besseres Urteil fällen als die erste, sie soll deren Urteil prüfen. Dazu gehören ganz besonders geeignete Herren. Das trifft auch für die Richter und Anwälte bei der zweiten Instanz zu. Sie haben eine ganz andere Begabung als die Richter und Anwälte der ersten Instanz. Eine solche Differenzierung kann bei den Laien nicht durchgeführt werden, wir können nicht wissen, welche von ihnen für Verhandlungen der zweiten Instanz besser geeignet sind. Das zwingt uns, die Laien nicht in die zweite Instanz hineinzunehmen. Würde es doch beschlossen,

Kleines Feuilleton.

Die telephonreichsten Länder. Nach der Zahl der Fernsprechstationen steht Deutschland unter allen Ländern Europas voran und wird nur, freilich in gewaltigem Grade, von den Vereinigten Staaten übertroffen. Diese besitzen über 87 Millionen Telephonstationen, Deutschland dagegen nur über 910 000. Dann folgen Großbritannien mit 610 000, Kanada mit 239 080, Frankreich mit 212 000, Schweden mit 171 000 und Rußland mit 156 000. Oesterreich erreicht die Ziffer von 100 000 Stationen nicht ganz, und alle anderen Länder bleiben mehr oder weniger weit hinter dieser Ziffer zurück. Gerade in dieser Zeit, wo dem Fernsprechwesen eine Verteuerung droht, die seiner weiteren Entwickelung nicht förderlich sein kann, ist es zweckmäßig, darauf hinzuweisen, daß Deutschland im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl in der Verbreitung des Fernsprechers durchaus nicht an der Spitze marschiert, sondern von einer ganzen Reihe anderer, auch kleinerer Staaten übertroffen wird. Nach einer im „Elektrotechn. Anzeiger“ veröffentlichten Liste stehen die Vereinigten Staaten auch bei dieser Art der Berechnung auf einsamer Höhe mit 7,6 Fernsprechstationen auf je 1000 Einwohner, was bei der Größe dieses Gebiets eine ganz außerordentliche Leistung darstellt. Dann folgen Kanada mit 3,7, Dänemark mit 3,3, Schweden mit 3,1, Neuseeland mit 2,6, Norwegen mit 2,3, die Schweiz mit 2, Neusüdwales mit 1,6 und dann erst Deutschland mit 1,5 Stationen auf je 1000 Einwohner. England folgt gleich darauf mit 1,3. Nach der Länge der Fernsprechleitungen stehen einer Ziffer von fast 26 Millionen in Nordamerika nur etwa $11\frac{1}{3}$ Millionen Kilometer in ganz Europa gegenüber, obgleich die Einwohnerzahl unseres Erdteils etwa fünfmal größer ist als die der Vereinigten Staaten. Es läßt sich schätzungsweise aussprechen, daß die Entwickelung des Fernsprechwesens in Amerika rund das Zwölffache von der in Europa erreicht hat. Im Staate New York bestehen nicht viel weniger Telephonstationen als in ganz Deutschland. Von besonderem Interesse ist außerdem noch eine Zusammenstellung für die einzelnen europäischen Hauptstädte, worin der Aufschwung des Telephonwesens in den letzten anderthalb Jahrzehnten veranschaulicht wird. In Berlin ist die Zahl der Fernsprecher auf je 1000 Einwohner von 1,2 auf 4,8 gestiegen, in Stockholm dagegen von 3,5 auf 17,2, in Kopenhagen von 1 auf 6,9 und in Kristiania von 2,6 auf 6,5. Diese drei nordischen Hauptstädte sind Berlin also in der Entwickelung überlegen. Hamburg steht mit Berlin fast völlig gleich. Weit geringer dagegen sind die Ziffern für die anderen europäischen Weltstädte London, Paris und Wien, da sich in ihnen auch jetzt nur 2,5, 2,3 und 1,8 Fernsprecher auf je 1000 Einwohner vorfinden. Nach den letzten zuverlässigen Ziffern wurden durch die Fernsprechleitungen in Europa etwa 800 und in den Vereinigten Staaten 740 Millionen Mark verdient.

Ein unhöflicher Professor. Seitdem Schopenhauer über die Universitätsphilosophie die Schale seines Zornes ausgegossen hat, haben akademische Lehrer sicherlich noch nicht soviel Grobheiten auszukosten bekommen wie der Physikprofessor Bouasse in Toulouse seinen Kollegen von der naturwissenschaftlichen Fakultät gewidmet hat. Professor Bouasse sollte der Fakultät ein Gutachten über die Befähigung zweier Kandidaten zum Lehramt an der Hochschule erstatten. Er eröffnete es mit folgender allgemeiner Würdigung: „Mit Ausnahme des Herrn Camichel sind Sie für die Physik völlig unzureichend. Es hieße meine und Ihre Zeit verlieren, wenn ich vor Ihnen die Berechtigung der Kandidaten diskutieren wollte. Ihre Unwissenheit ist unbesiegbar, wie ein neuliches Votum sattsam bewiesen hat. Die Mitglieder des Kollegiums kommen mit fertiger Meinung in die Sitzung“. — Am Schlusse nimmt der Professor die ganze französische Naturwissenschaft her: „Das heutige übliche Verfahren füllt unsere Reihen mit Unfähigen und macht die französische Naturwissenschaft und unser Institut zum allgemeinen Gelächter. Herr Bouty selbst gesteht im Kämmerchen des Gewissens ein, daß der beste lebende französische Physiker Frau Curie ist, die in Polen geboren ist. Die Akademie der Naturwissenschaften ist in Wirklichkeit eine Herberge für Mittelmäßige und Ignoranten geworden, die nur als Gymnasialprofessoren, Drogerieinhaber, Dorfveterinäre oder Brücken- und Straßenbaugehilfen zu brauchen wären.“ — In Deutschland müßte ein solcher Professor sicher auf die Mensur.

Theater.

Neues Theater: Mein erlauchter Ahnherr, Lustspiel von Alfred Schmieden. Das kleine Lustspiel des Direktors Schmieden war, in einigen Partien wenigstens, vergnüglicher als die meisten Komödien, die man während seiner Direktionszeit auf dieser Bühne sah. Die Situation des ersten Aktes, daß ein richtiger Fürst unter pseudonymer Marke ein selbstfabriziertes vaterländisches Drama zur Verherrlichung des Ahnherrn, der in profaischen Geschichtsbüchern den schmückenden Beinamen des Faulen führt, seinem Hoftheater eingesandt hat und bei der Gelegenheit von dem nichtsahnenden Intendanten erfährt, wie dort mit den Erzeugnissen der dichtenden Menschheit summarisch umgesprungen wird, entbehrt nicht eines Zugs pikanter Komik. Einige aktuell satirische Pointen wider die patriotische Hurrakunst — „Anno der Faule“ als dramatischer Gegenstand war doch gewiß ein dankbares Thema dafür — hätten die Stimmung noch wirkungsvoll erhöht. Indes Herr Schmieden denkt gar nicht an derlei Respektwidrigkeiten, er findet die geplante Ehrenrettung wie alles Uebrige, was Hoheit tut, im höchsten Maße talentvoll und charmant. Das Stück des Herzogs, als dessen Autor sein ehemaliger Lehrer gilt, wird bei der Aufführung zwar ausgelacht, aber beileibe nicht der herzoglichen Intentionen und Verse halber, sondern weil der alte Herr, um seinem Zögling den Vorwurf unzulänglicher Geschichtskenntnisse zu ersparen, im dritten Akt den Helden wieder in den faulen Anno umkorrigiert hat! Hoheit war auf einen Tag verreist, und da Premieren sich bekanntlich nie verschieben lassen, konnte man seine Erlaubnis für die Aenderung nicht mehr einholen. Ergötzlich wirkte die Verspottung des militärischen Kommandotons und der servilen Kriecherei am Hoftheater in den Rollen des Intendanten (Baselt) und des Dramaturgen (Stöckel). Schmidthäßler gab den zaghaften Professor in sehr geschickt gewählter Maske, Paul Otto spielte den jungen Fürsten flott und liebenswürdig. dt.

Notizen.

— Bernhard Suphan, der frühere Leiter des Goethe-Schiller-Archivs in Weimar, hat sich dort erhängt. Der Selbstmord scheint mit der vor kurzem erfolgten Pensionierung zusammenzuhängen. Suphan hatte schon in seiner Berliner Oberlehrerzeit eine monumentale Herderausgabe begonnen. Seit 1887 stand er an der Spitze des Goethe- und Schillerarchivs, das er zu einem allgemeinen deutschen Literaturarchiv zu erweitern suchte. An der großen Weimarer Goetheausgabe, die zu 134 Bänden herangewachsen ist, aber trotz des vielen aus dem Handschriftenschatze gebotenen Neuen weder wissenschaftlich noch sonst die großen Erwartungen erfüllte, war er beteiligt.

— Zensur überall. Die Löbliche hat in den letzten Tagen folgendes vollbracht: In Wiesbaden ließ die Kurdirektion aus dem Konzertprogramm eine Seite entfernen, weil in der Erläuterung zur sinfonischen Dichtung „Scheherezade“ von Rimsky-Korsakow bemerkt war, daß Scheherezade die Heldin aus 1001 Nacht, dem Schicksal ihrer Vorgängerinnen, nach der Hochzeitsnacht getötet zu werden, nur dadurch entging, daß ihre Erzählungen den Sultan sein Vorhaben vergessen ließen. Das Wort Hochzeitsnacht hatte es der moralischen Kurdirektion angetan. (Hoffentlich verbietet sie diese Einrichtung schlechthin.) — Die weitere Aufführung von Feydeaus Lustspiel „Die Knospe“ wurde in Nürnberg verboten, nachdem das Stück bereits eine Woche die Seelen vergiftet hatte. — Karin Michaelis, der Entdeckerin des gefährlichen Alters, wurde die Behandlung dieses Themas in Frankfurt a. M. untersagt. — In Halle durfte Helene Stöcker nicht über Eheprobleme sprechen.

— Der deutsche Monistenbund, der die letzten Jahre ein ziemlich klägliches Dasein geführt hat, beschloß auf einer Delegiertenversammlung in München die Herausgabe von wöchentlich erscheinenden Sonntagspredigten unter Leitung des neuen Vorsitzenden Prof. Ostwald, „um so die Ideen einer zeitgemäßen, wissenschaftlich begründeten Welt- und Lebensanschauung weiteren Kreisen zugänglich zu machen“. Als wichtigster Angriffspunkt für die bevorstehende Arbeit wurde die Reform des Schulwesens erkoren.

— Der Dichter als Insurgentenführer. Jack London, der unseren Lesern bekannte amerikanische Romandichter, ist das Haupt von Aufständischen in Mexiko geworden, und gerade seine Truppe zeigt sich so angriffslustig und hat den Mexikanern bereits so empfindlichen Schaden beigebracht, daß sich die mexikanische Regierung offiziell bei der Regierung in Washington über diese Einmischung amerikanischer Bürger in die Wirren ihres Landes beschwert hat.

so wäre ein solcher Beschluß für die Regierung unannehmbar. Ich würde es bedauern, wenn die Vorlage daran scheitern sollte.

Abg. Dr. Bahrenhorst (Rp.): Wir sind für Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse. Die Zuziehung von Laien zur Rechtspflege ist durchaus wünschenswert. Aber anders steht es mit der Berufungsinstanz. Bei der Berufungsinstanz handelt es sich weniger um Tat- als um formale Rechtsfragen. Da empfiehlt sich nicht die Zuziehung von Laien. So hoffen wir denn, daß der Reichstag einsichtig genug sein wird, diese Anträge abzulehnen, und der Bundesrat fest genug, bei der Ablehnung zu verharren, wenn der Reichstag die Kommissionsbeschlüsse in ihr Gegenteil verkehren sollte. (Beifall rechts.)

Abg. Gräf-Weimar (Wirtsch. Vg.) tritt gleich dem Vorredner für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Preußischer Justizminister Beseler: Auch die Urteile der Schöffengerichte werden vielfach von der höheren Instanz abgeändert und wenn die Urteile der Schöffengerichte so günstig beurteilt werden, so vergißt man dabei aber, daß in sehr vielen Fällen die zweite Instanz mit ihren drei Berufsrichtern das Urteil der ersten Instanz verbessert hat. In der zweiten Instanz kommt es nicht nur darauf an, zu hören, was die Zeugen sagen, sondern auf eine Prüfung der Würdigung der Zeugenaussagen durch die erste Instanz. Dazu kommt, daß in der zweiten Instanz auch viel mehr die reinen Rechtsfragen zur Erörterung kommen. Die Angehörigen des breiten Mittelstandes sind zweifellos den Aufgaben, die es in der zweiten Instanz zu lösen gilt, nicht gewachsen. Vielfach haben die Laien auch aus ökonomischen Gründen gar kein Verlangen danach, als Laienrichter zugezogen zu werden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Werner (Antis.) spricht für die Zulassung des Laienelements auch in der zweiten Instanz.

Abg. Wellstein (Z.) hält die Zulassung von Laien in der zweiten Instanz nicht für angebracht. Die Ausführungen des Justizministers kann ich nur voll unterschreiben.

Abg. Wölzl (natl.) weist daraufhin, daß der deutsche Richtertag sich gegen eine weitergehende Hinzuziehung von Laien ausgesprochen habe. Die Richter seien aber auf Grund ihrer Erfahrung allein berufen, über den Wert der Rechtsprechung der Schöffen zu urteilen.

Abg. Zietsch (Soz.):

Herr Wellstein meinte, die Laienrichter werden sich der überlegenen Dialektik der gelehrten Richter nicht entziehen können. Leider ist das zum Teil der Fall, namentlich bei kleinen Amtsgerichten mit nur einem Amtsrichter. Aber doch nur, weil der Kreis, aus dem die Schöffen ausgewählt werden, zu klein ist. (Widerspruch rechts.) Die Herren, die das bestreiten, kennen die Schöffengerichte nicht als Angeklagte; es ist aber etwas anderes, als Richter im Talar dort zu sitzen oder als Objekt der Rechtsprechung, ich wünsche den Herren, nur einmal vier Wochen in der Haut eines sozialdemokratischen Redakteurs zu stecken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Beeinflussung der Laien durch die gelehrten Richter schalten Sie ja auch nicht aus, wenn Sie in den Strafkammern zwei gelehrte Richter neben drei Schöffen zulassen; allerdings werden diese sich dann öfter über rein juristische Fragen in die Haare geraten und die Schöffen doch die Entscheidung herbeiführen. Nun klang uns hier wieder das „Unannehmbar" der Regierung entgegen, vor dem Sie schon in der Kommission so oft zurückgewichen sind. Aber lassen Sie sich jetzt wenigstens nicht wieder davon schrecken! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der preußische Justizminister sagt, auch die Schöffen können sich irren. Gewiß, das wird stets so bleiben, so lange Menschen zu Gericht sitzen. (Sehr richtig! links.) Weiter sagte der preußische Justizminister, in Preußen sei nicht genügendes Material für die erforderliche große Zahl der Schöffen vorhanden. So erweitere man doch den Kreis, aus dem sie genommen werden, und lasse auch die Frauen und Lehrer als Schöffen zu. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Süddeutschland wird ein solcher Einwand übrigens nicht erhoben. Bedenkt der preußische Justizminister nicht, welch schwere abfällige Kritik er damit an der preußischen Volksschule übt! (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Die Herren von der Rechten sprechen sogar, um ihre Abneigung gegen die Zuziehung von Laien zur Berufungsinstanz zu rechtfertigen, von einer „Belastung" des Volkes, die abgewendet werden müsse. Das Volk aber ist gern bereit, weitere Ehrenämter zu übernehmen, um dadurch zur Verbesserung der Rechtspflege beizutragen. Daß das wirkliche Volk mit Aemtern der Selbstverwaltung überlastet sei, stimmt übrigens nicht. Das famose Dreiklassenwahlrecht sorgt schon dafür, daß die Selbstverwaltung auf die engsten Kreise beschränkt bleibt.

Man hat davon gesprochen, es mangele an geeigneten Elementen für die Besetzung der Schöffen bei der Berufungsinstanz. Das mag insofern zutreffen, als sich in den östlichen Provinzen allmählich nicht mehr genug Leute finden, die sich zu Vertretern des Hakatismus in Gerichtssachen gebrauchen lassen. (Sehr gut! links und bei den Polen.) Sorgen Sie für eine volkstümliche Rechtspflege und tragen Sie dadurch auch zu Ihren Teilen zu der Erfüllung des stolzen Wortes bei: Deutschland in der Welt voran! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Vp.): Es ist durchaus nicht wahr, daß es an geeigneten Elementen fehlt, die als Schöffen der Berufungsinstanz in Betracht kommen. Das Amt eines Handelsrichters stellt ganz andere Ansprüche an Zeit und Arbeitskraft als das Schöffenamt und trotzdem mangelt es nicht an geeigneten und fähigen Leuten, die mit Vergnügen bereit sind, Handelsrichter zu werden. Also hinter diesen Vorwand verstecke man sich nicht! (Sehr gut! links.) Man sorge für einen genügend großen Kreis, aus dem die Schöffen zu nehmen sind, man schließe namentlich die Lehrer nicht aus und man wird sich über Schöffenmangel nicht zu beklagen haben. (Lebh. Beifall links.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die namentliche Abstimmung über die zu § 77 gestellten Anträge findet zu Beginn der morgigen Sitzung statt.

Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6½ Uhr.

Parlamentarisches.

Die neue Militärvorlage in der Budgetkommission.

Am Donnerstag wurde die Debatte über die Deckungsfrage fortgesetzt, die am Mittwoch auf Wunsch der Nationalliberalen abgebrochen wurde, weil Abg. Erzberger eine Aufstellung über den Kostenpunkt gab, die wesentlich höhere Summen aufwies, als sie in der Vorlage angegeben sind. Der Schatzsekretär hatte erklärt, diese Zahlen seien ihm nicht bekannt. Ueber Nacht hat sich alles „geklärt". Als Genosse Noske auf die Vorgänge am Mittwoch hinwies, tat Erzberger plötzlich so, als ob er nur allgemein bekannte und harmlose Angaben gemacht habe. Und beinahe wie auf Verabredung wurde von den bürgerlichen Rednern über alles mögliche gesprochen, nur nicht über das, was am Tage vorher allgemein als Sensation aufgefaßt wurde. Genosse Schöpflin knüpfte an diese Vertuschungsversuche an und erklärte, vom Kriegsministerium sei ein „Spiel mit doppelten Worten" gespielt worden. Kriegsminister und Schatzsekretär protestierten dagegen, aber die Tatsache, daß zweierlei Aufstellungen über den Kostenpunkt bestehen, konnte nicht mehr geleugnet werden; gab doch der Kriegsminister zu, es wäre richtiger gewesen, dem Schatzamt auch die zweite Kostenberechnung zu geben. Hätte Erzberger am Mittwoch nicht aus der Schule geplaudert, was ihm offenbar am nächsten Tage leid tat, wäre dieses niedliche Spiel nicht bekannt geworden. Mit recht auffälligem Eifer sprachen später bei anderen Verhandlungspunkten die Redner aller bürgerlichen Parteien dem Kriegsminister Dank und Vertrauen aus. Beachtlich ist auch, daß auch am Donnerstag konservative und nationalliberale Redner wieder ihrem lebhaften Bedauern über die „geringen" Forderungen des Kriegsministers Ausdruck gaben. Schatzsekretär Wermuth, der am Mittwoch wiederholt sehr schwere finanzielle Bedenken äußerte, war am Donnerstag gern bereit, die Verantwortung für die finanzielle Durchführung der Militärvorlage zu übernehmen. Dabei gestand er, daß selbst, wenn die 500 Millionen der Finanzreform von 1909 voll eingehen, immer noch große Summen fehlen; das lasse sich auch bei größter Sparsamkeit nicht vermeiden. In der amtlichen Denkschrift der Finanzreform von 1909 wurde genau das Gegenteil gesagt. Genosse Noske ging mit den Redereien über die Finanzlage scharf ins Gericht und beleuchtete den kritischen Stand der Dinge. Die Spezialberatung bot nichts Bemerkenswertes.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission.

In der Mittwochsitzung wurde zunächst der Anspruch auf Unfallentschädigung beraten. Er ist zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall anzumelden. Eine **nachträgliche Anmeldung** ist nur in gewissen Fällen zulässig. Der Regierungsentwurf führte unter diesen Fällen auch auf, wenn eine Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist.

In der 1. Lesung änderte die Kommission auf Antrag der Sozialdemokraten jene Bestimmung dahin, daß die nachträgliche Anmeldung zulässig sein soll, wenn eine neue Folge des Unfalls, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge nach Ablauf von 2 Jahren nach dem Unfall in höherem Maße bemerkbar geworden ist.

In der 2. Lesung kamen die Kompromißparteien mit dem Antrage, daß in dem letzten Falle die Unfallfolge in wesentlich höherem Maße bemerkbar geworden sein muß. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Bestimmung noch zugefügt, daß auch dann das Recht zur nachträglichen Anmeldung gegeben ist, wenn die Verschlimmerung in ganz allmählicher, gleichmäßiger Entwickelung des Leidens eingetreten ist.

Ferner wurde infolge einer Anfrage der Sozialdemokraten festgestellt, daß die Verschlimmerung unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsverhältnisses gewürdigt werden muß.

Für das

Verfahren vor den Versicherungsbehörden

in Unfallversicherungssachen haben die Kompromißparteien einen ganzen Haufen von Anträgen eingebracht, um die Beschlüsse der 1. Lesung in den wichtigsten Punkten zu ändern. Der Rekurs an das Reichsversicherungsamt soll danach aufgehoben werden in allen Fällen, in denen innerhalb der ersten zwei Jahre nach dem Unfall eine vorläufige Rente gewährt wird, oder in denen es sich um die Veränderung der Rente infolge Veränderung der für die Höhe der Rente maßgebenden Verhältnisse handelt. Außerdem soll das Versicherungsamt ohne Beisitzer, wenn gegen den Vorbescheid Einspruch erhoben wird, den Berechtigten persönlich hören, Gutachten einholen und Ermittelungen anstellen, soweit die Beweismittel bereit oder leicht zu beschaffen sind und erhebliche Kosten nicht entstehen. Wenn es sich aber um Aenderung der Dauerrenten handelt, muß das Versicherungsamt je einen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter hinzuziehen, und dann hat es ein Gutachten über die beanspruchte Entschädigung abzugeben.

In der Donnerstagsitzung wurde in die Generaldebatte über die vorliegenden Kompromißanträge eingetreten. Die Sozialdemokraten verurteilten es scharf, daß die Anträge fast ganz nach den Wünschen der Berufsgenossenschaften abgefaßt worden seien; auf die Interessen der Arbeiter dagegen sei nur in verschwindendem Maße Rücksicht genommen worden. Das Verfahren in Unfallversicherungssachen sei sehr umständlich, da es zunächst den Berufsgenossenschaften die Vorbereitung der Entschädigungsfeststellung überlasse, dann die Sache dem Versicherungsamt überweise und sie schließlich wiederum vor die Berufsgenossenschaften bringe. Auf diesem Wege sollen die notwendigen Ermittelungen angestellt werden. Dabei ist es leicht möglich, daß die Ermittelungen der einen Stelle die andere Stelle immer wieder zu weiteren Ermittelungen veranlassen werde. Diese Umständlichkeit sei die Folge davon, daß die Kompromißparteien sich nicht dazu entschließen können, die Unfallentschädigung von vornherein unter entscheidender Mitwirkung der Arbeiter festsetzen zu lassen. Sehr bedenklich sei es, daß in den allermeisten Unfallversicherungssachen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt nicht mehr zulässig sein soll. Darunter werde die Rechtsprechung sehr leiden.

Sogar der Vertreter der bayerischen Regierung sprach die Befürchtung aus, daß die notwendige Verbesserung so lange nicht erreicht werden kann, wie die Berufsgenossenschaften sich zuerst in dem sogenannten Vorbescheid festlegen. Wenn das einmal geschehen ist, dann werde es sehr schwer sein, durch neues Beweismaterial die Berufsgenossenschaft zu einer Korrektur ihres Bescheides zu veranlassen. Bezeichnend ist es, daß der Regierungsvertreter zugleich im Namen der anderen Bundesstaatsvertreter ausdrücklich erklärte: auch ihnen seien die Kompromißanträge, die unter der Mitwirkung des Reichsamts des Innern zustande gekommen sind, im letzten Augenblick durch die Verteilung der Drucksache in der Kommission bekannt geworden. Daher könnten sie noch nicht im Namen ihrer Regierungen zu den Anträgen Stellung nehmen.

Die Redner der anderen Parteien gaben zwar zu, daß manche Einzelheiten in den Anträgen nicht den Forderungen der Arbeiter entsprechen. Aber — mehr sei nicht zu erreichen. Betrachte man das Ganze, was die Anträge bieten, so sei zu hoffen, daß das neue Verfahren besser sein werde als das jetzige. Die Hauptsache sei jedoch, daß das Reichsversicherungsamt entlastet werde. Denn dies sei unaufschiebbar.

Nächste Sitzung Dienstag.

Die Kurpfuschereikommission des Reichstags

führte heute die Aussprache über den grundlegenden § 1 zu Ende. Der Antrag Faßbender auf Beseitigung der Kurierfreiheit mit Einführung einer Intelligenzprüfung wurde zurückgezogen. Die Sozialdemokraten verlangten die Verstaatlichung des Aerztestandes. Dieser Antrag wurde abgelehnt, ebenso wie eine Reihe weiterer Anträge, die von sozialdemokratischer und von fortschrittlicher Seite vorlagen. Angenommen wurde ein Antrag des Zentrums, daß als gewerbsmäßig im Sinne des Gesetzes eine Behandlung nicht anzusehen ist, wenn der dafür entrichtete Betrag entsprechend der Erklärung des Behandelnden ausschließlich und nachweisbar für wohltätige Zwecke Verwendung findet. Die Anzeigefrist für Veränderungen des Wohnsitzes wurde von drei auf acht Tage verlängert. Mit diesen Aenderungen wurde der § 1, der die Anmeldepflicht für alle nichtapprobierten Krankenbehandler ausspricht, angenommen.

Aus der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses.

Die Kommission beriet am Donnerstag den Etat der Eisenbahnverwaltung. Bei der Besprechung der finanztechnischen Seite erklärte der Eisenbahnminister, die Personalausgaben betrügen bereits 60 Proz. der Gesamtausgaben und man habe ganz besonders bei den Arbeitern mit ständigen Steigerungen zu rechnen. Es fänden zahlreiche Lohnbewegungen statt und in zahlreichen Bittschriften an das Ministerium verlangten die Arbeiter Regelung der Lohnfrage und der Arbeitsbedingungen. Im Reichstage sei jetzt ein Antrag eingebracht worden, der gesetzliche Regelung der Betriebs- und Ruhezeit für das Eisenbahnpersonal fordere. Solche Anträge seien außerordentlich weittragend; es würde dadurch für die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung eine Ausgabe von 70—80 Millionen entstehen. Trotz der Steigerung der Ausgaben durch die Forderungen des Personals werde das Jahr 1911 aber wahrscheinlich doch kein günstiges werden.

Weiter erklärte der Minister, der Versuch, die Fahrkartensteuer zu beseitigen, sei im Reichstage mißglückt; auch eine Reform sei mißlungen. Im Eisenbahnministerium sei ein neuer Vorschlag über die Fahrkartensteuer ausgearbeitet, der dem neuen Reichstage vorgelegt werden soll. — Die erste Klasse habe eine Verminderung der Benutzung um 15 Proz. gebracht; die Abwanderung aus der 2. Klasse sei durch eine Rückwanderung in die 3. Klasse ausgeglichen worden. Im allgemeinen ständen die Einnahmen zu den Ausgaben gegen früher im großen Mißverhältnis. Gegen eine Herabsetzung des Rohstofftarifs müßten lebhafte Bedenken geltend gemacht werden. Die Elektrisierung der Bahnen soll weiter betrieben werden; in der Konzessionierung elektrischer Schnellbahnen gehe der Staat mit kleinlicher Engherzigkeit vor.

In einer Besprechung der Eisenbahnunfälle bei Mülheim und Baumschulenweg bei Berlin wies der Minister darauf hin, daß trotz des Anwachsens der Zahl der beförderten Personen die Unfallziffer eine fallende Tendenz zeige.

In der Debatte behaupteten die Konservativen, die Steuerfreiheit der 4. Klasse sei eine vollständig falsche Maßnahme gewesen, die bei der Reform ausgeglichen werden müsse. Der Forderung, in allen Schnellzügen 3. Klasse zu führen, widersprach der Minister und auch ein nationalliberaler Redner.

Jules Guesde in der Parteiaktion.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Seit seiner Gesundung von einem Leiden, das ihm vier Jahre lang alle Arbeit untersagte, ist Genosse Jules Guesde wieder mit seinem alten Feuereifer für die Sache des Sozialismus tätig. Im Parlament griff er in der letzten Januarwoche mit einer stürmischen Rede in die Budgetdebatte ein, indem er einen Antrag begründete, die Durchführung der Altersversicherung ohne Erhebung des obligatorischen Arbeiterbeitrages zu organisieren. Guesde wies nach, daß die notwendigen 80 Millionen durch eine proportionelle Erhöhung der Steuern auf Erbschaften über 100 000 Fr. hereingebracht werden könnten. Statt von 4 500 000 Familien, die 1500 Fr. und von 5 275 000 Familien, die überhaupt nichts besitzen, sollen sie von den 257 000 Familien bezahlt werden, die im ganzen 110 775 Millionen, d. h. mehr als über die Hälfte des gesamten nationalen Vermögens, besitzen. Guesde, der wegen der Beitragspflicht der Arbeiter — als einziges Mitglied der Fraktion — gegen das Altersversicherungsgesetz gestimmt hat, erklärte, daß die Ausführung des Gesetzes in der Arbeiterschaft zu verhängnisvollen Erhebungen führen werde. Sein Amendement wurde von der ganzen sozialistischen Fraktion unterstützt, gemäß dem Parteitagsbeschluß von Nimes, der die Abgeordneten aufforderte, sofort nach der Annahme des Gesetzes seine Verbesserung anzustreben. Auch Deputierte verschiedener anderer Parteien stimmten dafür — im ganzen 152 Abgeordnete.

Auch seine Versammlungspropaganda hat Guesde wieder aufgenommen. In der letzten Woche sprach er in Bordeaux, wo der Sozialismus, in einem für die klare Erfassung des Klassenkampfes wenig günstigen Milieu, in der letzten Zeit verheißungsvolle Fortschritte gemacht hatte. Guesde setzte mit seiner gewohnten Schärfe den Unterschied zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus und dem unklaren demokratischen Humanitarismus auseinander, um dann mit dem Nachweis der Notwendigkeit des Kampfes um die politische Macht zu schließen. In einem interessanten Interview, das der „Socialisme" der „France" in Bordeaux entnimmt, teilte Guesde einiges über seine Zukunftspläne mit. In den nächsten Tagen wird eine Broschüre aus seiner Feder unter dem Titel: „Fragen von gestern und heute" erscheinen, in zwei oder drei Monaten ein starker Band unter dem Titel: „Auf der Wacht gegen die Verfälschungen des Sozialismus und die falsche Münze der bürgerlichen Reformen". In beiden Werken will Guesde das klare Wesen des Sozialismus gegenüber den Abschweifungen, zu denen die Gewerkschaftsfrage, der Antimilitarismus und der Antipatriotismus, die Agrarfrage und die Sozialreform Anlaß gegeben haben, entwickeln: „Ich will sagen, worin in Wahrheit unser Antimilitarismus besteht. Niemals haben wir vorgehabt, die Insurrektion beim ersten Kriege, der ausbricht, zu entfesseln. Die Insurrektion in Kriegszeiten ist eine absurde und lächerliche, von der Geschichte verurteilte Sache. Die Kriegszeit ist der einzige Augenblick, wo eine Insurrektion unmöglich ist, denn in diesem Augenblick ist das ganze Land unauflöslich einig. Erst nach der Niederlage, in der Stunde der Verwirrung und Verzweiflung, kann und muß eine Insurrektion glücken. Ich werde auch die Pflicht aller Franzosen, namentlich der Proletarier, verkünden, das angegriffene Land zu verteidigen. Aber ich werde den Soldaten das Recht zuerkennen, sich zu weigern, die Scharwache eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen, der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu sein." Da Guesde erwähnte, daß er in sein Buch auch einige Polemiken mit Pelletan, Clemenceau u. a. aufnehmen werde, fragte der Interviewer: „Auch mit Jaurès?" Guesde erwiderte: „Nein, die Vergangenheit bleibt Vergangenheit und ich denke nicht daran, sie wieder aufzuwecken. Zwischen Jaurès und mir bestehen Meinungsverschiedenheiten im Detail, aber wir sind aufrichtig Freunde und am Wesen seines Sozialismus ist nichts auszusetzen. Er und ich sind bestrebt, von der Gegenwart ausgehend eine so lichte Zukunft wie möglich zu gestalten."

Guesde erwartet vom nächsten Parteitag, daß er der Fraktion eine Richtlinie für die parlamentarische Bureauwahl und für die Wahl des Präsidenten der Republik geben werde. Er selbst ist der Meinung, daß die Partei in allen Fällen den Bourgeoiskandidaten einen sozialistischen Klassenkandidaten entgegenstellen soll.

Aus der Frauenbewegung.

Wie steht es mit dem Frauenwahlrecht?

Auf die Bedeutung des Frauentages am 19. März ist an dieser Stelle schon nachdrücklich hingewiesen. Die Tagung muß zu einer gewaltigen Demonstration für das Frauenwahlrecht werden. Sie soll die Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau zu einem der brennendsten Tagesprobleme machen. Sie kann es, wenn der Ruf zur Anteilnahme in alle Hütten dringt, wenn die Proletarierinnen alle herbeieilen, alle in die gebieterische Forderung einstimmen: Her mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht auch für die Frau! Im bürgerlichen Lager ist es — abgesehen von den Stimmrechtsdamen — über die Frage des Frauenwahlrechts sehr stille geworden. Einige Zeit erörterte man sie, mehr im akademischen Sinne, weniger als praktische Frage. Etliche Zentrumsleute kokettierten mit der Gleichberechtigung aus dem Gefühl heraus, daß man die Stimme der unaufgeklärten Frau eines Tages als Mittel der Reaktion gut werde gebrauchen können. Aber die Frommen fürchteten doch, den „Teufel an die Wand" zu malen, deshalb bewahrte man diskrete Zurückhaltung. Die Konservativen und die Industriereaktionäre, die einen feinen Instinkt für die soziale Entwickelung haben, spielen lieber erst gar nicht mit der Gefahr. Sie möchten das Frauenwahlrecht am liebsten totschweigen. Sie wissen wohl, ist die Frage des Frauenwahlrechts erst auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gestellt worden, dann haben die Frauen den ersten Sieg erfochten. Aber die Wanzentaktik nützt den Herrschaften nichts.

Wenn auch die Herren am grünen Tisch trotzig erklären: wir lassen uns nichts abtrotzen, so täuschen sie sich höchstens selbst. So lange die Sozialdemokratie sich um das Wahlrecht zum Dreiklassenparlament in Preußen nicht kümmerte, gab es keine Wahlrechtsfrage. Seitdem die Sozialdemokratie sie durch ihre Demonstration in den Vordergrund der Tagesdiskussion gestellt, sprach zwar der verflossene Reichskanzler zunächst noch ein

trotziges „Nein". Dann aber kam die Thronrede mit der Ankündigung einer Wahlreform als eine der dringendsten Fragen der Gegenwart. Und mag man das anscheinend „oben" auch wieder vergessen haben, die Wahlrechtsfrage bleibt lebendig, sie verschwindet nicht eher von der Tagesordnung, bis sie befriedigend gelöst worden ist. Keine Vergeßlichkeit, kein Junkertrotz kann das verhindern! Und so wird es auch mit dem Frauenwahlrecht kommen. Aufgabe des weiblichen Proletariats ist es, durch eine die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregende Demonstration die Oeffentlichkeit mit der Frage zu beschäftigen und gleichzeitig den herrschenden Gewalten zu zeigen, daß eine Riesenschar selbstbewußter Frauen hinter der Forderung steht. Die Diskussion, von den Gegnern aufgenommen, wirkt wider den Willen der Reaktionäre propagandistisch. Ist es soweit, dann wird man versuchen, durch kleine Konzessionen den Wahlrechtssturm zu beschwören. Die Zeit des Harrens ist vorbei! Nun muß Sturm geläutet werden. Am 19. März soll es beginnen und nicht eher gibt es Ruhe im Lande, bis Mann und Weib die **gleichen, vollen Staatsbürgerrechte erobert haben.**

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 15. Februar, 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c. Generalversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Bohnsdorf. Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale von Mentel: Oeffentliche Frauenversammlung. Vortrag. Stadtverordneter Dr. med. Zadek über „Frauenkrankheiten, deren Ursachen und Verhütung".

Gerichts-Zeitung.

Wegen Landfriedensbruch

waren die Arbeiter Behrend und Härich angeklagt und standen gestern vor dem Schwurgericht III in der Turmstraße. Die Anklage steht im Zusammenhang mit dem **Streik der Leitergerüstbauer** der Firma Leo Altmann in Charlottenburg, der vom 12. April bis 7. Mai vorigen Jahres währte. Am Vormittag des 4. Mai, als im Volkshause eine Versammlung der Streikenden stattfinden sollte, hatte sich an der Ecke der Rosinen- und Berliner Straße um einen Gerüstwagen von Altmann, wie die Anklage behauptet, eine Zusammenrottung von Menschen gebildet, aus der heraus Gewalttätigkeiten begangen worden sein sollen. Der Angeklagte B. soll dabei das rechte Pferd des Wagens abgedrängt und den arbeitswilligen Kutscher Czryczarkowski bedroht haben mit den Worten: „Willst Du runter vom Bock." Diese Worte, wie überhaupt jegliche Bedrohung des Kutschers, bestreitet der Angeklagte: Als er an den Wagen kam, sei der Kutscher bereits fort gewesen. Daß er den rechten Strang des Pferdes gelöst hat, gibt der Angeklagte zu, und behauptet, dies deswegen getan zu haben, um ein führerloses Davonfahren des Wagen zu verhindern. Im selben Augenblick, wie er den Strang löste, ist er **verhaftet** worden. Dem **Angeklagten H.** wird zur Last gelegt, daß er im Zusammenhang mit der Zusammenrottung den genannten Kutscher mißhandelt habe. Er selbst bestreitet dies entschieden. Der Kutscher ist geschlagen worden auf dem vierten Treppenflur eines Hauses in der Berliner Straße, in das er geflüchtet war. Er ist nicht irgendwie ernstlich verletzt worden, sondern hat in der Hauptsache nur etwas Nasenbluten davongetragen. Der Angeklagte H. will aus Neugierde in das Haus gelaufen sein, nachdem schon andere Leute dem Kutscher dorthin gefolgt waren. H. ist, wie er behauptet, nur bis zum zweiten Stock nachgekommen, wo er von dem Polizeileutnant **Schönian** festgenommen wurde.

Der **Leutnant** sagt als Zeuge aus, daß, als er den H. und noch einen anderen Mann, der jedoch wieder entkommen ist, festnahm, schon zwei Leute an ihm vorbei aus dem Hause gelaufen waren. Von dem Schlagen, das ja im vierten Stockwerk vor sich gegangen war, hat der Zeuge nichts gesehen, und ebensowenig irgendein anderer Zeuge, mit Ausnahme des **geschlagenen Kutschers** selbst. Dieser hatte bei seiner ersten Vernehmung im Polizeipräsidium zu Charlottenburg ausgesagt, daß er von beiden Angeklagten geschlagen worden sei, bei seiner **zweiten** Vernehmung jedoch erklärt, daß der Angeklagte B. **nicht** dabei war. Es wird dann auch durch weitere Zeugenvernehmungen wie durch die Aussagen des Leutnants zweifellos festgestellt, daß B. schon verhaftet war, als sich die Vorgänge in jenem Hause abspielten.

Der arbeitswillige Kutscher blieb im Termin zunächst dabei, daß es H. gewesen sei, der ihn schlug. Auf Befragen durch den **Verteidiger Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld** wird er jedoch sehr schwankend und meint schließlich, es sei **ein Mann gewesen, der so ausgesehen habe,** wie der Angeklagte H.

Daß der Angeklagte B. gerufen habe: „Gehst Du runter vom Wagen," kann **keiner** der Zeugen bestimmt behaupten, auch der Begleiter des Kutschers, der Arbeitswillige **Max Baumgart,** nicht. Den Ruf hat er wohl gehört, aber er weiß nicht, von wem. Im übrigen will dieser Zeuge von dem Wagen aus gesehen haben, daß H. dicht hinter dem Kutscher ins Haus gelaufen sei, obwohl das Haus an der anderen Seite der Berliner Straße, also die ganze Straßenbreite mit ihren Bürgersteigen, Fahrdamm und Mittelpromenade sowie zum Teil auch Vorgärten dazwischen liegt.

Ueber die „zusammengerottete" Menschenmenge gehen die Ansichten der Zeugen sehr auseinander; der **Leutnant** schätzt ihre Zahl auf 150, die **anderen Zeugen** meinen, es seien 30, 50 oder 70 Menschen gewesen. Daß irgendwelche Verabredung oder Gemeinsamkeit des Handelns oder Wollens bei der Menge vorhanden gewesen sei, kann in keiner Weise durch die Vernehmungen glaubhaft gemacht werden. Der Verteidiger legt eine Anzahl von

Instrumenten

vor, mit denen die

Altmannschen Streikbrecher bewaffnet

waren: einen mit Draht umwundenen dicken Strick, an einem Ende mit einer großen Schraubenmutter versehen, ein Stück dicken Drahtseils, das an einem Ende mit Hanf umwunden ist, und einen schweren Schraubenschlüssel, und ersucht um Vernehmung des Restaurateurs Fischer aus Wilmersdorf, der diese gefährlichen Werkzeuge den Streikbrechern abgenommen hat. Das Gericht lehnt jedoch die Vernehmung dieses Zeugen ab mit der Begründung, daß es gerichtsbekannt sei, daß die Streikbrecher sich zu bewaffnen pflegen. Der Verteidiger wünscht ferner festgestellt zu wissen, daß gegen die Altmannschen Streikbrecher — oder Arbeitswilligen, wie sie der Vorsitzende, Landgerichtsrat **Liebenow,** genannt wissen will — auch ein Verfahren wegen Landfriedensbruch schwebt. Das Gericht legt jedoch auf diese Feststellung keinen Wert.

Der **Staatsanwalt Aschel** ersucht die Geschworenen, die Schuldfrage auf Landfriedensbruch zu bejahen. Es genüge, wenn die Angeklagten sich sagen konnten, daß von der Menge Gewalttätigkeiten begangen werden **könnten.** Bei dem Angeklagten H. müsse überdies auch angenommen werden, daß er Gewalttätigkeiten verübt, also schweren Landfriedensbruch begangen habe.

Der **Verteidiger** ersucht in längeren Ausführungen die Geschworenen, sämtliche Schuldfragen zu **verneinen.** Der Angeklagte H. könne doch unmöglich oben vier Treppen in einem Hause Landfriedensbruch verübt haben, und in der Menge selbst befand er sich nicht. Es sei auch durchaus nicht bewiesen, daß er den Kutscher geschlagen habe, zumal dieser es selbst nicht genau wisse. Bei B. handele es sich eigentlich nur um einen Ulk, höchstens könne vielleicht von grobem Unfug die Rede sein. Die Geschworenen hätten ja gerade die Aufgabe, die Dinge vom Standpunkt des praktischen Lebens zu beurteilen, und da würde es wohl keinem der Herren einfallen, daß es Landfriedensbruch sei, wenn einer sehe, wie jemand den Strang eines Pferdes löse. Uebrigens sei es durchaus nicht unglaubwürdig, daß B. dadurch Unglücksfälle verhüten wollte.

Die **Geschworenen** kamen gleichwohl nach kurzer Beratung zur **Bejahung der Schuldfrage auf Landfriedensbruch bei beiden Angeklagten,** mit der Maßgabe, daß hinsichtlich des Angeklagten H. nicht nachgewiesen sei, daß er Gewalttätigkeiten verübt habe.

Der **Staatsanwalt** beantragte sodann, erheblich über das Mindeststrafmaß von drei Monaten für einfachen Landfriedensbruch hinauszugehen und beide Angeklagte **zu je 7 Monaten Gefängnis** zu verurteilen.

Der Verteidiger trat für das Mindestmaß ein.

Das **Urteil** des Gerichts lautete gegen beide Angeklagte auf je **6 Monate Gefängnis.** Die Anrechnung der Untersuchungshaft, die H. erlitten hat, wurde abgelehnt.

Bei der Begründung des auffallend hohen Strafmaßes wurde völlig unberücksichtigt gelassen, welche gefährlichen Werkzeuge die Altmannschen Streikbrecher sich zugelegt hatten.

Die unzüchtige „Beichte".

Weil Staatsanwälte ein allzu empfindliches Schamgefühl haben, mußte gestern vor dem **Landgericht** I (Strafkammer 10, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Crüger) unser Genosse **Otto Wels** sich wegen **„Verbreitung einer unzüchtigen Schrift"** verantworten. Er hatte als Redakteur des Monatsblattes **„Die Fackel"** in der Dezembernummer von 1910 ein Gedicht **„Die Beichte"** veröffentlicht, das über eines Mädchens Erlebnisse im Beichtstuhl berichtet.

Irgendwo und irgendwann wurde, so behauptet das Gedicht, in einem „Kloster zum heiligen Benedikt" einem Pater Augustin **von einem Schönlieschen gebeichtet, was sie mit dem Müllerfranz gesündigt hatte.** Was weiter geschah, ist in dem Gedicht **nur angedeutet.** Aber schon das genügte der Staatsanwaltschaft, das Gedicht für **unzüchtig** zu halten und Anklage gegen Wels zu erheben.

Vor Gericht erklärte der **Angeklagte,** er habe „Die Beichte" einer bürgerlichen Freidenkerzeitung entnommen. Für **unzüchtig** habe er das Gedicht **nicht** gehalten, höchstens habe er jetzt bei genauerem Zusehen es als literarisch unbedeutend erkannt. „Die Fackel" sei übrigens eine Zeitschrift, die nur politische Artikel bringt. Da habe er **gewiß kein Verlangen danach, dem Sinnenkitzel** zu dienen. Das werde sich sofort ergeben, wenn das Gericht die letzten Jahrgänge des Blattes durchsehen wolle. Wels hatte einige Jahrgänge mitgebracht und bot Ueberreichung an.

Die **Beweisaufnahme** beschränkte sich auf Verlesung des Gedichtes und Vernehmung des vom Verteidiger geladenen **Schriftstellers Dr. Ludwig Fulda als Sachverständigen** darüber, daß „Die Beichte" keine im Sinne des Gesetzes unzüchtige Schrift ist. Der Vorsitzende meinte zunächst, zur Beurteilung dieser Frage bedürfe das Gericht keines besonderen Sachverständigen, aber auf Antrag des Verteidigers wurde dann die Vernehmung beschlossen.

Dr. **Fulda** führte aus: Nach meiner Auffassung und auch nach gemeiner literarischer Auffassung ist das Gedicht als **unzüchtig** im Sinne des Gesetzes **nicht** zu betrachten. Es ist kein Kunstwerk und hat nicht die kecke Grazie oder den satirischen Mutwillen, der solche Stoffe erst genießbar machen kann. Aber unzüchtig ist nur, **was das Schamgefühl Erwachsener verletzt oder erotische Instinkte anreizt.** Beides liege **nicht** vor. Wenn schon die bloße Erwähnung eines sexuellen Vorganges strafbar sein soll, so müßten viele Werke der Literatur inkriminiert werden, vieles von Wieland z. B., auch von Goethe, sogar aus der Bibel. Eine unzüchtige Tendenz des Gedichtes ist auch insofern ausgeschlossen, weil eine andere Tendenz ziemlich klar daraus spricht, nämlich die antiklerikale. Das Gedicht ist aber nicht als religionsverletzend inkriminiert. Wenn etwa das inkriminiert werden soll, daß hier **Kirchliches und Unzüchtiges zusammengestellt** sei, so muß man darauf hinweisen, daß die ganze Weltliteratur gerade von diesem Stoff erfüllt ist. Ich erinnere an Boccaccio, an die Tatsache, daß den klassischen italienischen Novellisten **die sündigen Streiche der Mönche und Priester ein Lieblingsthema** waren. Uebrigens wird auch in Lessings „Eremit", der in jeder Lessingausgabe zu finden ist, ein ganz ähnlicher Vorgang geschildert, wie in der „Beichte".

Auf die Bemerkung des Verteidigers, daß die Tatsache des Geschlechtsverkehrs mit kürzeren Worten, als es in dem Gedicht geschieht, kaum registriert werden konnte, antwortete Dr. **Fulda:** Ja, ich sehe darin sogar einen **künstlerischen Mangel,** daß ganz ohne Phantasie **nur diese Tatsache festgestellt ist.**

Der **Staatsanwalt Friedensdorf** hielt im Gegensatz zu dem Sachverständigen das Gedicht doch für **unzüchtig** im Sinne des Gesetzes. Die Frage, ob es geeignet ist, das Schamgefühl eines erwachsenen Durchschnittsmenschen gröblich zu verletzen, ist (so führte er aus) zu bejahen. Es handelt sich nicht um bloße Schilderung des Beischlafes, sondern um **Verbindung einer kirchlichen Handlung mit diesem,** und eben das ist geeignet, das Schamgefühl zu verletzen. Das Landgericht Halle hat kürzlich auch Werke Boccaccios für unzüchtig erklärt. „Die Beichte" ist objektiv unzüchtig, sie mußte aber auch subjektiv von dem Angeklagten als unzüchtig empfunden werden. Er hat vorsätzlich gehandelt in dem Bewußtsein, daß das Gedicht unzüchtig ist, darum ist er zu bestrafen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die betreffende Nummer der „Fackel" systematisch sich fast in allen Artikeln mit der **Religion** beschäftigt und sie herabzieht und das Priesteramt zu beschimpfen sucht. Eine Geldstrafe träfe nicht den Angeklagten, er beantrage **2 Wochen Gefängnis** sowie Unbrauchbarmachung der Exemplare, Platten usw.

Der **Verteidiger,** Rechtsanwalt Dr. Kurt **Rosenfeld,** verwahrte den Angeklagten gegen die **Hereinziehung des kirchlichen Moments.** Gegenüber den Behauptungen des Staatsanwalts werde, falls das Gericht ihnen etwa Beachtung schenken wolle, die Verlesung der ganzen Nummer der „Fackel" nötig sein. Daß „Die Beichte" **objektiv** nicht geeignet ist, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl normaler Menschen gröblich zu verletzen, wies der Verteidiger in eingehender Würdigung des Sachverständigengutachtens nach. **Freigesprochen** müsse der Angeklagte aber schon aus dem **subjektiven** Grunde werden, daß er, wie auch seine ganze Persönlichkeit und der Charakter des von ihm redigierten Blattes erkennen lasse, sich nicht bewußt gewesen sei, in dem Gedicht eine unzüchtige Schrift zu verbreiten. Für den Fall einer Verurteilung aber werde das Gericht höchstens auf Geldstrafe erkennen dürfen, trotz der unbewiesenen Behauptung des Staatsanwalts, daß eine Geldstrafe nicht den Angeklagten treffe. Mildernd sei für ihn doch zu berücksichtigen die **Schwierigkeit, über die Frage der Unzüchtigkeit zu entscheiden.** Wenn Fulda „Die Beichte" nicht für unzüchtig halte, warum hätte Wels sie für unzüchtig halten sollen. Nach der Meinung des Staatsanwalts sei die Veröffentlichung strafbar, weil darin der Beichtstuhl und der Beischlaf in Beziehung gebracht sind. Das könne doch höchstens gelten, wenn Anklage wegen Religionsdeliktes erhoben wäre.

In einem Schlußwort wies der **Angeklagte** den durch nichts gerechtfertigten Vorwurf des Staatsanwalts zurück, daß die ganze Nummer eine **gegen die katholische Geistlichkeit gerichtete Tendenz** zeige. Es findet sich, erklärte Genosse Wels, nicht ein einziger derartiger Artikel darin. Die Nummer enthält einen Artikel „Kirche und Arbeiter", in dem ich lediglich vom Evangelisch-sozialen Kongreß zu Heilbronn die Aeußerungen mehrerer Theologen über das Verhältnis der Kirche zur Arbeiterklasse und zum Sozialismus zitiere. Ferner bringt die Nummer einen Artikel „Ein evangelischer Geistlicher gegen den Hurrapatriotismus", darin mache ich mir die Aeußerungen eines Pastors zu eigen, der sagt, daß er sich für einen hohen Gedanken, nicht aber für einen hohen Menschen totschießen lassen könne. Außerdem ist, da es sich um die Dezembernummer handelt, ein Weihnachtsartikel veröffentlicht, in dem gleichfalls nicht mit einem Wort die katholische Geistlichkeit angegriffen wird. Ich habe die Auffassung, daß eine Schilderung unzüchtig nicht dadurch wird, daß sie sich auf eine **im Beichtstuhl** vorgenommene unzüchtige Handlung bezieht. Die unzüchtige Handlung wird schlimmer durch die Verbindung mit der Kirche, aber das Schamgefühl wird dadurch nicht stärker verletzt. Ich bin aber der Meinung, daß **eben wegen dieser Verbindung Anklage erhoben** worden ist.

Das **Urteil** lautete auf **100 M. Geldstrafe** und Unbrauchbarmachung der Exemplare, Platten usw. Das Gericht zweifelt nicht, daß das Gedicht, weil es davon handelt, daß **ein Priester im Beichtstuhl mit einem Mädchen geschlechtlich verkehrt,** unzüchtig ist. Ob **das ausführlich geschildert wird, sei gleichgültig; schon die bloße Mitteilung dieser Tatsache genüge.** Zu berücksichtigen sei auch, daß das Gedicht in einer billigen, der breiten Masse des Volkes zugänglichen Zeitung veröffentlicht worden sei. Da sei die Veröffentlichung anders zu beurteilen, als etwa bei einer Gedichtsammlung für Leute, die zwischen Unzüchtigem und Künstlerischem unterscheiden können. Bei Wels habe im Hinblick auf seinen Bildungsgrad das Gericht annehmen müssen, daß er das Gedicht **als unzüchtig** erkannt habe.

Ein Dampferunglück.

Die Schreckensszene, die sich am zweiten Pfingstfeiertage v. J. auf einem Haveldampfer in der Nähe von Spandau abspielte, unterlag gestern der Nachprüfung des Gerichts. Unter der Anklage der **fahrlässigen Tötung** hatte sich der Schiffsführer Wilhelm **Schulze** und der Steuermann Karl **Scherwig** vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsrats **Hollervorden** zuverantworten. Der Dampfer „Leopold von Ranke" kam am 16. Mai, abends in der zehnten Stunde, mit Fahrgästen dicht besetzt, von Potsdam die Havel herauf. Der Dampfer mußte die in der Nähe des Spandauer Güterbahnhofs befindliche Drehbrücke passieren. Den Dampfern wird durch Signale angezeigt, ob die Brücke offen oder geschlossen ist. An jenem Abend herrschte ein starkes Gewitter und die Signale waren wohl nicht erkennbar. Der Schiffsführer war in die Kajüte hinabgegangen, um Fahrgeld zu kassieren und hatte während dieser Beschäftigung die Leitung des Dampfers dem Steuermann überlassen. Dieser glaubte, daß die Passage bei der Drehbrücke frei sei, er hatte sich aber darin getäuscht und als der Dampfer durch die Brücke hindurch fahren wollte, rannte er sich fest, der Schornstein wurde eingedrückt und unter lautem Zischen strömte der Dampf heraus. Nun bemächtigte sich der Passagiere eine furchtbare Panik. Es entwickelte sich eine Szene der allgemeinsten Verwirrung und des Schreckens. Alles rannte an Bord hin und her, es ertönten Angstrufe auf allen Seiten, man stieß und drängte sich und verschiedene Passagiere wollten sich aus einer gar nicht vorhandenen Gefahr retten und sprangen über Bord ins Wasser. Die ins Wasser gesprungenen Personen wurden durch Schiffer gerettet bis auf ein junges Mädchen, die 18jährige Tochter des Bureauvorstehers **Wiehe** aus Charlottenburg. Diese hatte mit zwei Freundinnen den Pfingstausflug auf dem Dampfer mitgemacht und als der Anprall an der Drehbrücke sich ereignete, war auch sie auf ihre Rettung bedacht; sie suchte dicht am Bordrand nach dem Vorderteil des Schiffes zu klettern, aber da in diesem Falle die Männer rücksichtslos drängten und die Frauen zurückschoben, so stürzte Frl. Wiehe über Bord und ist leider ertrunken. — Die Anklagebehörde machte auf Grund der angestellten Untersuchung die beiden Angeklagten für den Unglücksfall verantwortlich. Dem Angeklagten Schulze wurde vorgeworfen, daß er unter so schwierigen Begleitumständen, wo der Ausblick durch viele aufgespannte Regenschirme behindert war, an einer doch immerhin nicht ungefährlichen Passage die Steuerung des Schiffes dem jugendlichen und nicht genügend erfahrenen zweiten Angeklagten überlassen habe. Herwig soll durch ungenügende Aufmerksamkeit die Katastrophe verursacht haben. — **Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten Schulze, verurteilte aber den Scherwig zu 6 Wochen Gefängnis.**

Der Entmündigungsprozeß Wahl vor dem Kammergericht.

In der vielerörterten Angelegenheit des Ingenieurs und Direktors a. D. **Wahl,** der am 27. November 1910 aus der Privatirrenanstalt des Dr. Weiler in Westend geflohen war, hatte Rechtsanw. Dr. **Ehrenfried** als sein Prozeßbevollmächtigter beim Landgericht III in Charlottenburg den Antrag gestellt, schon vor Erlaß des Endurteils über die Aufhebung der Entmündigung einstweilige Verfügungen zum Schutze der Person und des Vermögens des Klägers zu erlassen. Diesen Antrag hatte das Landgericht III als gesetzlich unzulässig zurückgewiesen. Auf die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hat das Kammergericht gestern nach zweistündiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: 1. Dem Vormund wird verboten, den Kläger in der Wahl seines Aufenthaltes zu beschränken; 2. Der Kläger ist frei in der Wahl seines Aufenthaltes; 3. Dem Vormund wird geboten, dem Kläger aus dessen Einkünften mindestens 600 M. monatlich zur Verfügung zu stellen; 4. Die Kosten des Rechtsstreites werden der Staatskasse auferlegt. — Dieses Urteil des Kammergerichts ist für Entmündigungsprozesse von grundsätzlicher Bedeutung. Es zeigt den Weg, auf welchem Entmündigten, die im Irrenhause interniert waren, lange Zeit vor rechtskräftiger Aufhebung der Entmündigung **Freiheit und Unterhaltungsmittel gesichert werden können.**

Versammlungen.

Für Liste 3

bei den bevorstehenden Kaufmannsgerichtswahlen agitiert der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit großem Eifer. Am Mittwochabend fand eine öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen in den „Arminhallen" statt, die so überfüllt war, daß viele Besucher keinen Platz mehr finden konnten. Karl Liebknecht war der Redner, dessen Ausführungen einen außerordentlich starken Beifall hervorriefen. Er zeigte den Versammelten die Notwendigkeit der Organisation und empfahl ihnen den Zentralverband, er erörterte die Bedeutung der Kaufmannsgerichtswahlen und forderte zur Wahl der Liste des Zentralverbandes, **Liste 3,** auf.

Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Magistratsvorlage über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Die Angestellten fürchten eine Verschleppung dieser Vorlage. Der Stadtverordnete August Hintze hielt über den Stand der Angelegenheit einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag.

Die folgende Resolution wurde nach dem Referat von Hintze ohne Diskussion und einstimmig angenommen:

„Die vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, einberufene, am 8. Februar in den „Arminhallen" tagende Versammlung erklärt: Die Magistratsvorlage zur Verkürzung der Arbeitszeit genügt den Wünschen der Handelsangestellten nicht, welche einen Anspruch darauf machen, daß ihnen wenigstens ein arbeitsfreier Tag in jeder Woche gewährt wird. Die Einwände der Ladeninhaber sind durchaus nicht stichhaltig, denn noch nie hat eine allgemeine Verkürzung der Verkaufszeit eine Schädigung des Konsums nach sich gezogen, sondern nur das Publikum daran gewöhnt, die Einkäufe während der zulässigen Geschäftsstunden vorzunehmen. Die veranlaßte Abstimmung unter den Ladeninhabern ergibt, daß diese Erkenntnis auch in jenen Kreisen erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Versammlung weist nachdrücklich darauf hin, daß die Abstimmung kein richtiges Bild von der Meinung der von der Aenderung des Ortsstatuts Betroffenen gibt, weil nur der kleinste Teil der Beteiligten, nämlich die Ladeninhaber, und nicht die große Masse der Angestellten befragt wurde.

Die Berufung auf die Bedürfnisse der Arbeiter ist hinfällig, denn diese selbst haben in mehreren Kundgebungen dargetan, daß sie darauf verzichten, daß ihretwegen die Handelsangestellten keinen freien Sonntag haben.

Ausnahmen für die gesamte Nahrungsmittelbranche sind ebenfalls überflüssig, weil auch diese, bis auf einige schnell verderbende, am Sonnabend gekauft werden können.

Gegen die Bestrebungen, im Winter die Verkaufszeit auf die Mittagsstunden festzusetzen, protestiert die Versammlung. Durch diese Maßnahme bliebe den Angestellten wiederum nicht einmal die Hälfte eines freien Tages.

Die Versammlung ersucht daher die Stadtverordnetenversammlung,

1. durch Ortsstatut die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe völlig zu verbieten,

2. Ausnahmen nur für den Verkauf von Milch, Backwaren, Fleisch und Eis zuzulassen, der jedoch vormittags um 9 Uhr beendet sein muß,

3. diese Bestimmung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen."

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Sektion der Bauhilfsarbeiter hielt ihre Generalversammlung am Dienstagabend bei Boeker in der Weberstraße ab. Zuerst wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelegt, aus der folgende Aufstellung zu ersehen ist: Gesamteinnahme 26 261,51 M., Gesamtausgabe 19 244,28 M., Einnahme der Lokalkasse 12 486,76 M., Ausgabe 5469,63 M., Kassenbestand 7017,13 M. — An ausgezahlten Unterstützungen wurden mit der Hauptkasse im letzten Quartal verrechnet: für Streikunterstützung 1332,70 M., Reiseunterstützung 21 M., Krankenunterstützung 2551,70 M., Sterbeunterstützung 475 M., Umzugsunterstützung 40 M. — Der Geschäftsbericht über die Bewegung der Bauhilfsarbeiter im Jahre 1910 lag gedruckt vor. Er enthält zunächst einen Rückblick über die Bewegung in früheren Jahren und fordert zu regster Agitation unter der neuen Organisationsform, als Sektion des Deutschen Bauarbeiterverbandes, auf. Im Berichtsjahre fanden neun Generalversammlungen und sieben öffentliche Agitationsversammlungen statt, ferner 10 Vertreter- und 27 Vorstandssitzungen. Verschiedene Sitzungen wurden mit den Vertretern der Maurer zur Beratung von Organisationsfragen abgehalten. Die Schlichtungskommission ist oft in Anspruch genommen worden, aber in vielen Fällen haben die Arbeiter die Kommission nicht benachrichtigt und mancher Unternehmer zog den Nutzen daraus und versuchte den Vertrag zu umgehen. Die Kommission ersucht die Arbeiter, auf Schutzvorrichtungen an den Bauten genau zu achten, damit die Zahl der Unfälle vermindert werde. — Der Bericht geht dann auf die Verhältnisse bei den einzelnen Gruppen der Bauhilfsarbeiter ein, unter denen die Töpferträger am günstigsten stehen. Die Gruppe der Staker ist aus dem Verbande ausgetreten, weil sie der Ansicht war, ihre Interessen seien nicht genügend gewahrt worden, was aber als unberechtigter Vorwurf zurückgewiesen wird. — In dem Schlußwort werden die Arbeiter aufgefordert, fest zusammenzuhalten und ihre Rechte zu wahren, insbesondere aber die Organisation von jedem Versuch der Lohndrückerei von seiten der Unternehmer sofort in Kenntnis zu setzen.

Die Versammlung wählte in die Sektionsleitung Roack, Roeser und Heidtke. Die übrigen vier von den sieben Mitgliedern der Sektionsleitung werden in den Gruppen gewählt.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgruppe Berlin. Den zweiten Vortrag im Zyklus über die **Alkoholfrage** hält Dr. med. Edwin Bab über „Geschlechtsleben, Vererbung und Alkohol" heute abend 9 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 5.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn hier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. M. 17. Sechs Wochen vor Ablauf eines Dienstvierteljahres — nicht gleichbedeutend mit Kalendervierteljahr. — **P. R. 100.** Ja. Das bezieht sich aber nicht auf die Lebenszeit des Landesfürsten, sondern des Verurteilten. **F. R.** Sie waren steuerpflichtig vom Beginn desjenigen Monats, der demjenigen gefolgt ist, in dem Sie in Arbeit getreten sind. — **O. S. 44.** Dazu sind Sie nur dann berechtigt, wenn Sie durch Sachverständige eine „erhebliche Gefährdung der Gesundheit" nachzuweisen im stande sind. Sonst müssen Sie zunächst unter Setzung einer angemessenen Frist Beseitigung des Mangels fordern unter Androhung der Vertragslösung. — **A. S. 85.** 1. Ja. 2. Nur auf Grund eines besonderen Gerichtsbeschlusses; im allgemeinen also nicht. 3. Das ist unzulässig und strafbar. 4. Unpfändbar sind u. a.: „die für den Schuldner und seine Familie auf vier Wochen erforderlichen Nahrungs-, Feuerungs- und Beleuchtungsmittel oder, soweit solche Vorräte auf zwei Wochen nicht vorhanden und ihre Beschaffung für diesen Zeitraum auf anderem Wege nicht gesichert ist, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag". 5. Die Kosten trägt der unterliegende Teil. — **O. W. 10.** a) und b) 4 Mark. — **H. H. 88.** 1. und 2. Der Abzug ist begründet, wenn der Betreffende auf Grund gesetzlicher Verpflichtung in der Kasse ist. Besteht die gesetzliche Versicherungspflicht nicht, so darf nichts gekürzt werden. Bei Handlungsgehilfen ist die Kürzung ebenfalls unstatthaft. — **H. W. 1000.** 1. bis 3. Die Fragen stellen Sie an das Heroldsamt, Wilhelmstr. 73. 4. und 5. Wenn nur geringere Strafen wegen nicht entehrender Delikte vorliegen: ja. — **M. P. 30.** 1. Ja, sofern die Frau kein ausreichendes Einkommen hat und die Einkommens- und Vermögensverhältnisse das gestatten. 2. Ja. 3. Das ist — wenn die andern Behauptungen nicht bewiesen werden können — zweckmäßig. 4. Derjenige Teil, der sie untergestellt hat. 5. Die Frau hat Anspruch auf Herausgabe. 6. Nein. 7. Das Armenrecht wird bewilligt auf Grund eines von der Gemeindebehörde auszustellenden Zeugnisses. — **B. 1.** Erst mit dem kommenden Steuerjahr. — **Springer, Kottbuser Straße.** Die Mietsräume können, wenn im Vertrage nichts anderes vereinbart ist, von den Erben zu dem gesetzlich zunächst zulässigen Kündigungstermin aufgekündigt werden. Bis dahin hat der Vermieter Anspruch auf Mietszahlung, eventuell ein Zurückbehaltungsrecht an den in den Mietsräumen befindlichen Sachen. Ist im Mietsvertrag — wie wir annehmen — Jahresmiete festgesetzt, so würde also die Kündigung bis längstens den 3. April zum 1. Juli erfolgen können. — **H. S. 5.** Auf Grund der Eigenschaft nicht. — **Richter 33.** Sie haben Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises und Rücknahme des Gegenstandes. — **R. 100.** Sie können im Zivilprozeß auf Unterlassung klagen, auch einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung stellen. — **K. S. 282.** 1. Von der Zustellung durch den Gerichtsvollzieher. 2. Dr. Liebknecht, Chausseestraße 121, ist zugelassen. — **W. 59. Rein.**

Witterungsübersicht vom 9. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemünde	774	WNW	2	heiter	−2	Haparanda	759	SO	2	bedeckt	−7
Hamburg	777	WSW	2	wolkig	−3	Petersburg	767	W	1	bedeckt	−21
Berlin	776	NW	2	wolkig	−4	Scilly	771	S	5	bedeckt	5
Frankf. a. M.	777	NO	1	Dunst	−5	Aberdeen	771	S	1	wolkig	3
München	780	SW	2	wolkenl.	−14	Paris	776	NO	1	wolkenl.	−3
Wien	776	NW	5	bedeckt	−6						

Wetterprognose für Freitag, den 10. Februar 1911.

Etwas gelinder, vorherrschend wolkig bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 2. cm	seit 7. 2. cm [1]	Wasserstand	am 8. 2. cm	seit 7. 2. cm [1]
Memel, Tilsit	240[3]	−3	Saale, Grochlitz	106	−12
Pregel, Insterburg	−7[3]	−4	Havel, Spandau[5]	118	0
Weichsel, Thorn	64[4]	0	„ Rathenow[5]	138	+4
Oder, Ratibor	147	−23	Spree, Spremberg[5]	116	0
„ Krossen	254[3]	−17	„ Beeskow	190	+2
„ Frankfurt	274[3]	−10	Weser, Münden	−24	−8
Warthe, Schrimm	46[3]	0	„ Minden	64	−4
„ Landsberg	56[3]	−14	Rhein, Maximiliankau	303	0
Netze, Vordamm	24[3]	−5	„ Kaub	157	−3
Elbe, Leitmeritz	32	−5	„ Köln	167	−7
„ Dresden	−83[4]	−9	Neckar, Heilbronn	69	−5
„ Barby	228	−7	Main, Wertheim	180	0
„ Magdeburg	190	−4	Mosel, Trier	83	−1

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. — [4]) Eistreiben. — [5]) Eisbewegung. — [6]) Schwaches Eistreiben.

Unserem Genossen und Genossin
Oskar und Marie Tischer
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Bezirk 525.

Statt jeder besonderen Meldung!

Mittwoch, nachts 4 Uhr, verschied sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser teurer, sorgsamer Vater, Großvater und Onkel, der Schlosser

Joseph Meier

im 65. Lebensjahre.
Berlin, 8. Februar 1911.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Therese Meier
geb. Stensch.
Kondolenzbesuche dankend abgelehnt!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. Februar, um 10 Uhr von der Leichenhalle des Jüdischen Friedhofes in Weißensee aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Joseph Meier

am 8. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Jüdischen-Friedhofes in Weißensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/16 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Karl Fiedler

am 8. d. Mts. im Alter von 77 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Zentral-Verband der Schmiede.
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Fritz Glöß

in der Maschinenfabrik L. Löwe u. Co. am 2. Februar cr. infolge Betriebsunfalles buchstäblich verbrannt ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand bereits statt.
176/4 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Allen Verwandten, Kollegen und Bekannten für die meinem lieben Mann **Richard Schulze** erwiesene letzte Ehre herzlichen Dank.
Wwe. Elfriede Schulze.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.
Unser alter lieber Parteigenosse, der Schlosser

Joseph Meier

(III. Abteilung)
ist am Mittwoch verstorben.
Unermüdlich für die Partei tätig, hat er sich im Kampfe für unsere Prinzipien stets treu bewährt und sich eine bleibende Erinnerung im Kreise erworben.
Ehre seinem Andenken!
Die **Beerdigung** findet am **Sonntag, den 12. Februar, vormittags 10 Uhr,** von der Leichenhalle des **jüdischen Friedhofes in Weißensee** aus statt.
Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.
223/3 **Der Vorstand.**

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser lieber Sohn und Bruder

Walter

im 12. Lebensjahre nach kurzen, schweren Leiden verstorben ist.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Gustav Koch,
Rixdorf, Jägerstraße Nr. 10.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Jakobi-Kirchhofe (Hermannstraße) statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines herzinnigstgeliebten Gatten sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Manasse, sowie dem 5. Berliner Wahlkreis und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband Filiale Groß-Berlin, auch den Standinhabern und den Arbeitern der Zentral-Markthalle, sowie dem Sportklub „Perpedes" meinen herzlichsten Dank.
Anna Plath geb. Thiedemann.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden beim Begräbnis meines lieben Mannes und guten Vaters **Ernst Schwän** sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Lotterieverein „Haupttreffer" und meiner werten Kundschaft den herzlichsten Dank.
29592
Wwe. Schwän und Tochter.

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Deutsch-Wilmersdorf u. Umgegend.
Bekanntmachung.
13. Nachtrag
zum Statut der gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Deutsch-Wilmersdorf und Umgegend vom 18. Juli und 15. August 1894.
Beschlossen in der ordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1910.
§ 49 wird wie folgt geändert:
Im Absatz 3 werden im letzten Satz die Worte: „auf jedes Kassenmitglied, für welches er Beträge aus eigenen Mitteln zahlt" gestrichen.
Genehmigt
Potsdam, den 4. Januar 1911.
Namens des Bezirksausschusses
B. 18776. **Der Vorsitzende.**
In Vertretung: v. Usedom.
Der Vorstand.
gez. Riedel. gez. Tuckermann.
Vorsitzender. Schriftführer.

Tischler-Verein
(E. H. 89.)
Sonnabend, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Vorlesung. Billettausgabe zu dem am 25. März in Kliems Festsälen stattfindenden Kostümfest. — Verschiedenes. 198/3
Der Vorstand.

Möbelfabrik „Hoffnung"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Sonntag, den 26. Februar 1911,
vormittags 9 Uhr,
in unserem Geschäftslokal, Kraustr. 52:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Genehmigung der Bilanz. 2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Geschäftliches. 103/9
Der Vorstand.
Karl Schmidt. H. Fengler.

Gemeins. Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend.
Bekanntmachung.
14. Nachtrag
zum Statut der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend vom 18. 7. und 15. 8. 1894.
Beschlossen in der außerordentlichen Generalversammlung vom 26. September und der ordentlichen Generalversammlung vom 30. November 1910.
§ 38 wird wie folgt geändert:
Im Absatz 4 Zeile 4 wird das Wort: „schreibt" gestrichen und dafür „abgibt" gesetzt.
Genehmigt.
Potsdam, den 10. Januar 1911.
Namens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende:
J. V.: v. Usedom.
B. 252. 271/4
Der Vorstand.
gez. Riedel, Vorsitzender.
gez. Tuckermann, Schriftführer.

ZOMAROM
Bouillon-Würfel
der beste und billigste
Nährmittelfabrik „Zomarom" München, Promenadestraße 6.
Generalvertreter: **Alfred Hirsch, Berlin W. 30,** Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9mal prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 16/4*
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Gegründet 1830. Gegründet 1830.
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ausbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Arbeits- u. Berufskleidung.
Leistungsfähige Fabrik sucht einen bei den Konsumvereinen gut eingeführten, durchaus tüchtigen
Vertreter.
— Nur wenige Muster. — Offerten sub 21/3
K. G. 1646 an **Rudolf Mosse, Köln.**

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 12. Februar 1911:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen

im **Moabiter Gesellschaftshaus,** Wiclefstr. 24.
Vortrag d. Redakteurs Genossen **Düvell-Dresden** über: **Moderne Schulkämpfe.**
Nach der Versammlung:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
224/16 Der Einberufer: Alfred Paersch, Oldenburger Str. 10.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118).
Sonntag, den 12. Februar 1911, vormittags 10 Uhr, bei Wilke, Sebastianstraße 39:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahres-Abrechnung und Revisionsbericht, Bericht des Vorstandes und Ausschusses. 2. Ersatzwahl des Vorstandes (des ersten Kassierers, des zweiten Vorsitzenden, 2 Beisitzer und 4 Ersatzmänner), Wahl des Ausschusses und 4 Ersatzmänner. 3. Innere Kassenangelegenheiten. 38/1*
NB. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!
Mitgliedsbuch legitimiert! **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!
Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!
Sonntagnachmittag von 3—8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus. 78/19
Die Werkstattvertrauensleute werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Klavierarbeiter.
Montag, den 13. Februar 1911, abends 8 Uhr, im „Märkischen Hof", Admiralstraße 18c:
Branchen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Umänderung der Unterstützungssätze in den Zahlstellen Groß-Berlins. Referent: Kollege Exner.
2. Diskussion. Die Branchenkommission.

„Silesia-Bad"
11242* **Schlesische Str. 31**
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure und indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 113/8

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Kranzspenden bei der Beerdigung Singers.

(Schluß.)

Arbeiterjugend.

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Ehemalige Funktionäre der freien Jugendorganisation. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnnen Berlin-Süd. Die arbeitende Jugend Groß-Berlins. Die arbeitende Jugend Moabits. Freie arbeitende Jugend Berlins, Bezirk 21. Freie Jugendvereinigung Köpenick. Jugendausschuß Steglitz-Friedenau. Jugendausschuß Stralau-Rummelsburg. Jugendsektion der Transportarbeiter Rixdorf-Britz. Die Lehrlinge der Firma A. Borsig, Tegel.

Betriebe, Werkstätten usw.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter der Firmen: Luckart u. Weisselberg, Moritz Klee, Norddeutsche Automobil- und Motoren-A.-G. (Garage Markgrafenstraße), Rauschenberger u. Co., Hofpianofortefabrik H. Hansen, Riesel u. Kämmer, Hans Windhof-Schöneberg, Heinrich Lehmann u. Co., Reinickendorf, Metallwarenfabrik Ed. Lachmann u. W. Kammer, Neue Photographische Gesellschaft, Steglitz, Scherbel, Möbelfabrik W. Dittmar, Bolzani, Möbelfabrik Franz Berndt, Buchdruckerei Otto Walter, Norddeutsche Buchdruckerei, Möbelfabrik J. C. Pfaff, Greifenhagen Nachfolger (Handeshilfsarbeiter), B. Mannheimer (Schneider und Schneiderinnen), Freybrodt u. Co., Warschauerstr. 37, Deutsche Post- und Eisenbahn-Verkehrswesen-A.-G., Urbanstraße, Zwietusch u. Co., Charlottenburg, „Comet", Wilmersdorf (Autofahrer), C. Riemann u. Co., Kronleuchterfabrik, A. Borsig, Tegel, Ludwig Löwe, Maschinenfabrik, Huttenstraße, Pianofortefabrik Lehmann u. Co., Lichtenberg, Sackhoff u. Sohn, Romintener Straße, Freund u. Co., Betriebswerkstatt der Hoch- und Untergrundbahn, Warschauer Straße, Ed. Sommerfeld, G. A. Schulze, Möbelfabrik Mieles u. Neumann, Möbelfabrik „Eiche", Gebr. Tellschow, Maschinenfabrik, Maschinenfabrik für Mühlenbau, vormals C. H. W. Kapler, A.-G., Vereinigte Magnesia-Kompagnie, Pankow, Gerhardt, Oranienburger Straße 64, Wasservogel, A. E. G. Turbinenfabrik, Huttenstraße, Metallwarenfabrik Emmerich u. Schöning, Sielaff, A.-G., Bergmann, Elektr. Werke, Abteilung Schau u. Giersch, Daimler-Motoren, Marienfelde, O. Jachmann, Firma Elektromotor, C. Lorenz, Telegraphen-Bauanstalt, F. F. A. Schulze, Carl Flohr, Wittenau, Berlin-Anhalter Maschinenbau-A.-G., Wöllmer, Schriftgießerei, Berliner Maschinenbau-A.-G., vorm. L. Schwartzkopff, Werk Scheringstraße, Werk Wildau, Maffei, Die Schlosser der Firma Ravené, Autofahrer und Schlosser von „Progreß", Charlottenburg, Kraftdroschkenführer „Bedag", Depot 2, Die organisierten Arbeiter der Wagenfabrik R. Franke, Chauffeure und Handwerker der Automobil-Zentrale Schenk, Wilmersdorf, Handwerker und Chauffeure der Firma A. Wertheim, Möbelfabrik J. Groschkus, Pianofabrik Hillgärtner-Pankow, A. Benecke u. Co., Buchdruckerei Scholem, Anilin-Fabrik Treptow, Tischlerei Rosenbund, Weißensee, Kunstschmiederei P. P. Rücker, Rixdorf, H. Hauptner, Hugo Hartung (Gießerei), König, Küken u. Co., Kistenfabrik Hubert Kaulen, Frister u. Co., Ober-Schöneweide, G. A. Stelzner, Aug. Kallinich, „Panzer", A.-G., Last-Kraftwagenfabrik Büssing, Möbelfabrik Klug, Frost u. Söhne, Bergmann, Elektr. Werke (Holzarbeiter), Berliner Galvanoplastische Anstalt, H. Boas, Siemens u. Schuckert (Automobilwerk), Chemische Fabrik Schering, Möbelfabrik Wollmar u. Hanke, Neue Automobilgesellschaft, C. F. Heyde, Britz, Aichele u. Bachmann (Eisengießerei), General-Composing-Co., Arlt u. Fricke, F. W. Müller jun. (Schleifer), E. Goldacker (Bäcker), Firma Schwarz, Chausseestraße, Maschinenfabrik Fritz Werner, C. Hasse u. Wrede, Werkzeug- und Maschinenfabrik, Bergbrauerei Nacher u. Co., Gasmesserfabrik S. Elster (Abteilung Klempnerei), P. Pittius, Org. Arbeiter der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft, Usedomstraße, Depot 7, Allgemeine Metallwerke für Beleuchtung, H. u. Ph. Behr, Handwerker und Arbeiter der Betriebswerkstatt der Gasanstalt 6, Tegel, Schlosser und Bauanschläger J. Biehl, Oderberger Straße 44, Leipziger Buchbinderei-A.-G., Schöneberg, Carl Flohr, Chausseestraße, Gasmesserfabrik Kiesewetter u. Co., Freiorganisierte Arbeiter von F. Gaebert, L. Gehrs u. Co., H. Aron, Charlottenburg, „Argus", Motorengesellschaft, Reinickendorf, „Typograph", Firma Arnheim, Badstraße, Möbelfabrik Zelder u. Plathen, Lichtenberg, Schultheiß-Brauerei, Bergmann (Abteilung J. u. M.), Semmler u. Bleyberg (Abt. II), A. E. G., Glühlampen, Sickingenstraße, Glaser und Glasarbeiter von Louis Jessel, Berliner Motorwagenfabrik, Reinickendorf, Kanzler, Schreibmaschinen-A.-G., J. Schwarz u. Co., Chausseestraße 59, Zentral-Markthalle, Oppen u. Prinzke, Spandau, Signalbauanstalt Hein, Lehmann u. Co., Dewitt u. Herz, Hugo Schneider u. Co., A. E. G., Glühlampenwerk, Maschinenfabrik Theodor Hölscher, Ahlberndt, Rixdorf, Manes u. Co., Ferd. Ashelm, M. Grund, Touristwerke, Tempelhof, Möbelfabrik Schirn, Weißensee, Möbelfabrik Heinz Lauter u. Co., Gummiwarenfabrik M. Herz, Metallwarenfabrik Jürst u. Co., Adlershof, Brauerei Pfefferberg, Bechstein, Bach u. Mahlow, Vereinigte Kammerichschen Werke, M. Hasse u. Co., Lindenstraße, Hutzentrale, Oranienstr. 2, Zentralmagazin der städtischen Gaswerke, Max Lindner, Kronleuchterfabrik Ed. Krimm, Liebheit u. Thiesen (Abteilung Buchbinderei), Beermann, Horn, Bergemann u. Westphal, Stralau, Selma u. Beyer, Schriftgießerei R. A. Berthold, A.-G., Berlin, Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn, Bergmannsche Glühlampenwerke, „Heimschutz", Berliner Kindl-Brauerei, Schmidt u. Co., Loeb u. Co., Charlottenburg, Lederwarenfabrik von Georg Dietrich, Berliner Velvetfabrik M. Mengers, Richard Weber u. Co., Holzbearbeitungsfabrik Weißensee, G. Grauert, Gießerei (Abteilung Stralau), König u. Bauer, Lennig u. Jatzky, Möbelfabrik, Buchbinderei H. Schauer, Schöneberg, Alfred Wilhelm, Elisabethufer 44, H. Hartung, A.-G., Lichtenberg, Chauffeure der Firma R. Sagert, Kunze, Lindower Straße 18/19, W. Frese, Poppe u. Wirth, A.-G., Lüben u. Buhse, A. Schwarz, Müllerstr. 171/172, Julius Pintsch, A.-G., F. F. Resag, A.-G., Köpenick, Knorrbremse, R. Bosse u. Co., Berliner Werkzeug- und Maschinenfabrik vorm. Senker, Hirsch, Ritterstraße 75, F. Butzke u. Co., Breest u. Co., Ketzling u. Thomas, A.-G., Ludwig Löwe u. Co. (Gießereiarbeiter), Rechenmaschinenfabrik L. Spitz u. Co., Brockdorf u. Witzemann, Brautechnische Maschinenfabrik S. A. Enzinger, R. Ernst Fischer u. Co., Luders, Weißensee, Kirchheim u. Kroschke, Ravené, Sickingenstraße, Gasanstalt 3, F. Kellermann, Gebr. Krüger u. Co., Köpenick, Berliner Wasserwerke Lichtenberg, Gasanstalt Tegel, „Leudel", Motorengesellschaft, O. Schulz, R. A. Hartmann, „Edison", Akkumulatoren-Comp., Winkler, Hoflieferant, Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Kabelwerk Oberspree, Gebr. Siemens u. Co., Lichtenberg, Internationale Masch., Weißensee, Auer-Gesellschaft, Abteilung B (Transportarbeiter), A. E. G. Fennstraße (Werkstattarbeiter), A. E. G. Ackerstraße (Apparatefabrik), Englische Gasmesserfabrik, Mariendorf, Konsumverein C. P. Goerz, Schultheiß-Brauerei (Abteilung 1), Schultheiß-Brauerei (Abteilung 2), Happoldt, Böhmisches Brauhaus, Berliner Bock-Brauerei, Patzenhofer R. O., Oswald Berliner, Fahrpersonal der Brauerei Engelhardt, Pankow, Hausschlosser und Tischler des „Lokal-Anzeiger", Sämtliche Maschinenmeister bei A. Scherl, Verbandssetzer bei A. Scherl, Hilfspersonal des „Berliner Lokal-Anzeiger", Buchdrucker-Verbandsmitglieder bei Ullstein u. Co., Bodenabteilung bei Ullstein u. Co., Buchdrucker-Verbandsmitglieder bei Bürenstein, Hilfspersonal bei Bürenstein, Technisches Personal bei Rudolf Mosse, Betriebspersonal der „National-Zeitung", Personal der „Deutschen Tageszeitung", Personal der Buchdruckerei G. Beier, Personal der Druckerei „Deutscher Verlag", Druckerei A. Seidel u. Co., Druckerei „Technik", Druckerei H. S. Hermann, Hofbuchdruckerei Jul. Sittenfeld, Königl. Hofbuchdruckerei Mittler u. Sohn, Schriftgießerei H. Berthold, Hilfspersonal der Druckerei „Sonntagsblatt", Buchdruckerei Georg Eichler, Gesamtpersonal des „Vorwärts", Die „Vorwärts"-Betriebe, Die Botenfrauen der „Vorwärts"-Filialen Trapp, Wedding, Rixdorf, Charlottenburg, Baumann und Süd-Ost, Die Nähmaschinen-Reisenden Berlins, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen: Miz u. Genest, Schöneberg, Deutsche Glühfadenfabrik Kurz u. Dr. Eisner, Optische Anstalt C. P. Goerz, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Siemens-Werke, B. Joseph, Auer-Gesellschaft (Glasarbeiter und -Arbeiterinnen), Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend, Isolatorenfabrik A. E. G., Gummifabrik A. E. G., A. E. G. Schlegelstraße, A. E. G. Brunnenstraße, Auer-Gesellschaft (Glühlicht), Deutsche Telephonwerke, Telegraphenbauanstalt F. Schuchhard, Dr. M. Levy, Müllerstraße, Norddeutsche Gummifabrik, Elektrizitätswerke Bergmann in Rosenthal, Dr. P. Meyer, Riehm u. Söhne, H. Berner, Charlottenburg, Erdmann u. Groß, Goliasch u. Co., Rixdorf, Weinert, Sudikatis, Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau, Garbaty, Pankow.

Auswärtige.

Arbeiter der Schiffszimmerei der Kaiserlichen Werft, Kiel, Arbeiter der Eisenbahn-Werkstätten Frankfurt a. M., Mühlenbauanstalt Amme, Giesicke u. Ronnecke, Braunschweig, Schriftgießerei Bauer u. Co., Stuttgart, Straßburger Volksdruckerei, Partei-Verlag und Druckerei Stuttgart, Gebr. Körting, Hannover, Sachsen-Werke, Niedersedlitz-Dresden, Händel u. Peibisch, Teppichweberei Bachmann u. Ladewig, Chemnitz, Carosserie-Werke, Untermühle, Hamburger Bronce.

Sonstige Vereine usw.

Berliner Arbeiter-Bildungsschule, Freie Volksbühne, Arbeiter-Samariter, Deutscher Arbeiter-Sängerbund, desgleichen Berlin und Umgegend, Gau Leipzig, Bezirk Magdeburg, „Morgengrauen", Berlin, Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Arbeiter-Radfahrervereine: Berlin, Groß-Berlin, Lichtenberg und Umgegend, „Gleichheit", „Frisch auf", Grünau, Turnverein „Fichte", Freie Turner Rixdorf-Britz, Freie Turner der Provinz Brandenburg, Arbeiter-Athleten-Bund, Freier Ruderer-Bund, Berliner Ruderverein „Freiheit", Ruderverein „Kollegia", Charlottenburg, Arbeiter-Schwimmerbund 1897, Arbeiter-Raucherbund Berlin und Umgegend, Rauchklub „Fidele Brüder", Friedrichsfelde, Bund der Arbeiter-Theatervereine, Berlin 3, Tanzlehrer-Verband „Solidarität", Verband der freien Gast- und Schankwirte: Hauptvorstand, Verwaltungen Berlin, Charlottenburg, Reinickendorf, Rixdorf, Magdeburg, Bremen, Stettin, Verband der Wäschenäherinnen Berlin und Vororte, Mitglieder der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte, Die Ortsbeamten der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Berlin und Umgegend, Beerdigungsverein der Berliner Zimmerleute, Patienten der Lungenheilstätte Beelitz (Pavillons B. 1 und B. 3), Patienten des Sanatoriums Beelitz (A. 1), Patienten der Heilstätte Gütergotz, Deutscher Verein zur Unterstützung notleidender Russen, Berliner Kaufmannsgerichtsbeisitzer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, Lese- und Diskutierklub Südost, Ungarische Arbeiter Berlins.

Aus bürgerlichen Kreisen.

Demokratische Vereinigung. Freie Fraktion der Berliner Stadtverordneten. Die Fraktion der Linken der Berliner Stadtverordnetenversammlung. „Zeit am Montag". Berliner Arbeiter-Verein 1862. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller. Verwaltungsrat des Berliner Asylvereins für Obdachlose. Die Angestellten des Frauen-Asyls. Die Beamten des Männer-Asyls. Der Vorstand der Vereinigung der Mitglieder (Kaufleute) des Kaufmannsgerichts zu Berlin.

* * *

Zu den gestern veröffentlichten Gewerkschaften ist noch nachzutragen: Zentralvorstand des Verbandes der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Außer den in unserer Zusammenstellung aufgeführten Kranzspenden sind noch eine Anzahl Kränze einzelner bekannter Parteigenossen sowie anderer Personen vorhanden, die in näheren Beziehungen zu Paul Singer standen.

Stadtverordneten-Versammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr und veranlaßt zunächst die Einführung der neugewählten Stadtvv. Geh. Sanitätsrat Dr. Lazarus und Marinebaumeister Berghoff.

Der Vorschlag des Magistrats, das Grundstück Invalidenstraße 32 freihändig für 400 000 M. zu erwerben, ist im Ausschuß auf starken Widerspruch gestoßen und nur mit 7 gegen 6 Stimmen gutgeheißen worden. Die Minorität beanstandete den Preis als viel zu hoch und empfahl, mit dem Ankauf noch zu warten, eventuell den Gesamterwerb der acht für die Verbreiterung des Engpasses notwendigen Grundstücke ins Auge zu fassen.

Ohne Debatte beschließt die Versammlung nach dem Ausschußantrag

Der Ausschuß für die Vorberatung des Magistratsvorschlags, die Hundesteuer von 20 auf 30 M. jährlich zu erhöhen,

hat die Vorlage mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Referent ist Stadtverordneter Liebenow (A. L.).

Stadtv. Dr. Levy (A. L.): Ich hoffe immer noch, daß die Mehrheit der Versammlung zur Ablehnung der Vorlage kommt, event. daß sie meinen Antrag annehmen wird, bei Steuerpflichtigen mit unter 3000 M. Einkommen auf ihren Antrag den Steuersatz auf 20 M. zu ermäßigen. Die uns vorgelegte Tabelle über die Zahl der besteuerten und der steuerfreien Hunde fängt mit dem Jahre 1892, dem Jahre der Steuererhöhung von 9 auf 20 M., an, gibt also ein durchaus unrichtiges Bild. Man hätte mit 1889 anfangen sollen; dann würde die Zahl der Hunde gar nicht so ungemein gestiegen erscheinen, daß eine Steuererhöhung geboten wäre. Die Schwierigkeiten, die aus der Annahme meines Antrages entspringen könnten, halte ich für sehr gering. Sollte der Magistratsantrag angenommen werden, so beantrage ich ferner, die Steuer für zweite und folgende Hunde auf 40 M. zu erhöhen, wie es in Charlottenburg Rechtens und also doch wohl auch durchführbar ist.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Auf die Statistik einzugehen, kann ich mir schenken, ich bedauere nur, daß uns dieses Material erst in der Ausschußsitzung gegeben wurde, eine Nachprüfung also nicht möglich war. Auf Grund dieser unzulänglichen Statistik müßte man eigentlich die Vorlage an den Ausschuß zurückverweisen, das wäre logisch, denn der Ausschuß ist damit irre geführt worden. Die Frage der Erhöhung der Steuer ist in Fluß gebracht worden durch den Kollegen Rettig, der sie bei der vorjährigen Etatberatung verlangte. Im Ausschuß hat der Magistratsvertreter zugegeben, daß die Steuererhöhung kein Schutzmittel sein wird gegen die Zunahme der Hunde. Dieser Grund kann also auch für uns nicht maßgebend sein. Betreffs der Verschmutzung der Straßen weist der Tierschutzverein sehr treffend darauf hin, daß daran die Zunahme des Automobilverkehrs sehr bedeutend mitschuldig ist, indem die Autos die Hunde von den Straßendämmen auf die Bürgersteige treiben. Ohne Ansehen der Person die Steuer normieren ist nach der Meinung dieses Vereins ein Unrecht. Deshalb sollten Sie sich wenigstens auf den Antrag Levy vereinigen; im Ausschuß hatten wir dasselbe beantragt, blieben aber allein. 1908 hatte der Ausschuß mit allen gegen 3 Stimmen die Bemessung der Steuer nach dem Einkommen beschlossen; Schwierigkeiten dagegen können nicht auftreten, denn es braucht ja nur vorgeschrieben zu werden, daß, wer nicht 30 M. zahlen will, nachweisen muß, daß er unter 3000 M. Einkommen hat. Arm und Reich darf doch nicht auf eine Stufe gestellt werden. Danach sollte der Antrag Levy eigentlich selbstverständlich sein. Als ich das vorige Jahr von dieser Stelle sprach, war es die „Post", die meldete, ich hätte die Steuer als Hundenachlaßsteuer charakterisiert, und dann hieß es: „Die weiteren Vorschläge des Stadtv. Hoffmann sind im Druck nicht wiederzugeben." Sehen Sie den stenographischen Bericht an, ob etwas dergleichen darin steht; der Vorsteher hätte mich dann auch gerügt. Die „Post" aber spricht von „ekelhaften Witzen" usw. Ich habe Hunde gemeint, aber nicht „Postesel". (Große Heiterkeit.)

Stadtv. Rettig (A. L.) bemerkt, daß die Gegner der Erhöhung zu den unglaublichsten, scherzhaftesten Vorschlägen gekommen seien, so zu dem Vorschlag der Einrichtung von Hundeklosetts; man habe auch damit graulich machen wollen, daß sich bei der Verminderung der Hunde die Katzen desto stärker vermehren würden. Im Jahre 1905 hätten die Sozialdemokraten nicht so gedacht wie heute, das ergebe sich aus der „Kommunalen Praxis" des Dr. Südekum.

Stadtv. Löser (A. L.): Wir sind im Ausschuß durch die Zahlen nicht irregeführt worden. Wer freiwillig 20 M. Steuer zahlen kann, kann auch 30 M. zahlen. Der Antrag Levy wird dadurch umgangen werden, daß Leute mit über 3000 M. Einkommen sich einfach einen Schlafburschen nehmen und diesen als Eigentümer des Hundes auftreten lassen werden.

Stadtrat Ledermann: Ich bitte, alle Anträge abzulehnen und die Vorlage unverändert anzunehmen. Daß schon drei Jahre vor Erhöhung der Hundesteuer die Angst vor der Erhöhung so stark gewirkt habe, daß in den drei Jahren 10 000 Hunde abgeschafft wurden, kann ich nicht annehmen; vielleicht liegt in dem Verwaltungsbericht ein Druckfehler vor. Es lag außerordentlich nahe, mit 1892, wo die Steuererhöhung in Kraft trat, zu beginnen. Die Statistik zeigt, daß die damalige Steuererhöhung mindestens zehn Jahre lang sehr stark auf die Niedrighaltung der Hundezahl gedrückt hat. Die Schwierigkeiten des Antrages Levy sind sehr groß und würden eine erhebliche Beamtenpersonalvermehrung bedingen. Die Differenzierung zweiter und dritter Hunde ist vom Magistrat unterlassen worden, weil er der Steuer nicht den Charakter einer Luxussteuer geben will.

Stadtv. Hoffmann: Der Magistratsvertreter ist nicht in der Lage, die Zahlen des Herrn Levy nachzuprüfen. So ging es uns im Ausschuß auch; das würde doch wiederum für Zurückverweisung in den Ausschuß sprechen. Lassen Sie sich nicht graulich machen mit der Vermehrung des Personals; das wird mit oder ohne Hundesteuer immer vergrößert werden. (Heiterkeit.) Die sonstigen Bedenken des Stadtrats könnten dadurch erledigt werden, daß in den Antrag Levy aufgenommen wird, was in unserem im Ausschuß abgelehnten Antrage stand: „soweit sie einen eigenen Hausstand haben". Muß der Hundebesitzer den Einkommensnachweis führen, dann sind wir die ganze Arbeit los; event. kann ja der vorjährige Steuersatz genommen werden. Durch die Erhöhung der Steuer auf 30 M. wird auch diie Zahl der steuerfreien Hunde zunehmen. Daß eine Verminderung der Hundezahl auf die Dauer erzielt wird, darauf rechnet ja keiner der Freunde der Steuererhöhung; da beschließen Sie doch lieber gleich, daß das Halten von Hunden in Berlin verboten sein soll, das wäre doch ein offener und ehrlicher Standpunkt.

Stadtv. Dr. Levy verwahrt sich gegen die Bemängelung seiner Zahlen, die sämtlich aus dem amtlichen Magistratsberichte stammten.

Damit schließt die Beratung. Die Erhöhung der Steuer für den zweiten Hund auf 40 M. wird abgelehnt. Die Erhöhung der Steuer auf 30 M. wird in namentlicher Abstimmung mit 72 gegen 40 Stimmen angenommen, der Antrag Levy auf event. Ermäßigung für die Hundebesitzer unter 3000 M. Einkommen abgelehnt.

An den Restaurateur Franz Bechly, der am 31. Dezember 1909 bei dem Versuch, die Eingangspforte der Markthalle IV am Reichstagsufer zu öffnen, zu Falle kam und das rechte Bein brach, soll im Vergleichswege eine Entschädigung von 800 M. gezahlt werden; auch die bisher entstandenen Gerichtskosten (ca. 300 M.) trägt die Stadt. — Die Versammlung stimmt zu.

Von der Freien Fraktion ist am 2. Februar folgender Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, folgendes Ersuchen an den Magistrat zu richten:

Die der Stadt auf dem Gebiete der Gesundheitspflege obliegenden Verpflichtungen und die von ihr auf diesem Gebiet freiwillig übernommenen Aufgaben haben in letzter Zeit einen derartigen Umfang und eine so erhebliche Bedeutung für den Stadthaushalt angenommen, daß es geboten erscheint, für den Magistrat neben dem hochverdienten, im Ehrenamt tätigen Mitgliede eine weitere, in allen einschlägigen Fragen hervorragend erfahrene Kraft zu gewinnen und ihm für längere Zeit zu sichern.

Die Versammlung ersucht daher den Magistrat um seine Zustimmung zur Schaffung der Stellung eines besoldeten städtischen Medizinalrats mit dem Gehalt technischer Magistratsmitglieder."

Ein wörtlich gleichlautender Antrag ist am gleichen Tage von der sozialdemokratischen Fraktion (Stadtvv. Dr. Arons und Gen.) gestellt worden.

Am 4. Februar hat die sozial-fortschrittliche Gruppe (Stadtvv. Deutsch und Gen.) beantragt:

„Unbeschadet der in hohem Grade verdienstlichen Tätigkeit, die seitens eines unbesoldeten Magistratsmitgliedes auf dem Gebiete des städtischen Medizinalwesens entfaltet wird, erscheint es geboten, bei dem außerordentlichen Umfange, den diese Aufgaben in unserer Kommune erlangt haben, den Posten eines besoldeten städtischen Medizinalrats als Mitglied des Magistrats zu schaffen und diesen wichtigen Posten mit einer hervorragenden Persönlichkeit zu besetzen.

Die Versammlung ersucht daher den Magistrat um eine Vorlage betr. Schaffung der Stellung eines besoldeten städtischen Medizinalrats mit entsprechendem Gehalt als Mitglied des Magistratskollegiums."

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Uns allen liegt nichts ferner, als dem Dezernenten für diesen Verwaltungszweig irgend einen Vorwurf zu machen; er hat 22 Jahre lang eine hochverdienstliche Tätigkeit entfaltet. Der Antrag ist nicht neu; er wurde schon vor 50 Jahren vom Magistrat gestellt und hier abgelehnt; in neuerer Zeit scheint das Verhältnis umgekehrt. Nach den jüngsten Erfahrungen haben die Mitglieder der Krankenhausdeputation die Empfindung, daß das Interesse für die Hygiene und das Sanitätswesen ganz anders als bisher von Stadt wegen gepflegt werden muß. Wenn es das öffentliche Interesse erfordert, muß der Magistrat, wenn er auch schon ein kleines Parlament bildet und insbesondere der Oberbürgermeister eine ausgeprägte Abneigung gegen die Vermehrung des Kollegiums hat, auch noch ein 35stes Mitglied ertragen. Es wird ja schwer sein, eine geeignete Persönlichkeit zu finden, aber noch schwerer, wenn diese Persönlichkeit zwar Leiter dieses Verwaltungszweiges, aber nicht Magistratsmitglied werden sollte. Ich bitte, unseren Antrag einem Ausschuß in dem Sinne zu überweisen, daß er uns einen wirklichen Fortschritt auf diesem Gebiete ermöglicht.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Seit einem Jahrzehnt hat unsere Krankenhausdeputation schwer darunter zu leiden gehabt, daß ihre Vorschläge, die sie in größerer Zahl gemacht hat, zum Teil bis heute vom Magistrat nicht erledigt wurden. Daneben muß aber au

hingewiesen werden auf den eigentlichen Anlaß für die Krankenhausdeputation, sich gerade jetzt zu einer Tat aufzuraffen und fast einstimmig ihren Antrag an die Versammlung zu bringen. Von den Stadtverordneten in der Deputation halten alle bis auf zwei die Schaffung dieser Stelle für dringend notwendig; die beiden Dissentierenden halten sie nur für sehr wünschenswert. Wieder einmal war ein Vorschlag der Deputation betr. Ernennung eines ärztlichen Direktors vom Magistrat kaltlächelnd zurückgewiesen worden. Das hat den Anlaß gegeben, das Sündenregister des Magistrats aufzurollen; die ostentative Nichtbeachtung unserer Vorschläge zwang uns dazu. Bis auf einen haben sich die sonst so friedfertigen Herren der Deputation veranlaßt gesehen, ihre Mandate niederzulegen; ja, es hätte nicht viel gefehlt, und die Arbeit der Krankenhausdeputation wäre arg ins Stocken geraten. Der Magistrat hat ja allerdings das formale Recht in allen diesen Fällen auf seiner Seite. Im Laufe der Jahre haben wir uns ja auch an schlechte Behandlung gewöhnt; aber diesmal riß der Faden. Für den betreffenden Posten hatten wir einstimmig einen Mann vorgeschlagen, der von der gesamten Aerzteweit als der bedeutendste Fachmann auf dem betreffenden Gebiete gerühmt war; dazu mehr der Form wegen zwei andere. Der Magistrat aber wählte einen, der **gar nicht auf der Liste stand!** Es wäre gewiß nicht unbillig und ein Zeichen weiser Selbstbeschränkung, wenn der Magistrat, der doch mit einer Ausnahme aus Laien besteht, sich auf das Urteil der Deputation verließe. Wir glauben nun, ein Mann von Urteilsfähigkeit und Tatkraft wird als medizinischer Techniker und Magistratsmitglied seine Ansicht und die Ansicht der Fachdeputation auch zur Geltung zu bringen imstande sein.

In der Fach- wie der sonstigen Presse taucht die Behauptung, daß in Berlin

Klüngelwirtschaft

und Nepotismus herrsche, anläßlich solcher Vorfälle immer wieder auf; ich mache sie mir nicht zu eigen, aber man könnte glauben, daß es sich auch in diesem Falle um ein abgekartetes Spiel gehandelt hat. Einen Generaldirektor des Sanitätswesens will man uns, wie es heißt, gnädigst konzedieren, nicht aber einen städtischen Medizinalrat, der Sitz und Stimme im Magistrat hätte. Gegen jenes Kompromiß habe ich die allerschwersten Bedenken; wir wollen ja gerade an der maßgebenden Stelle einen Mann haben, der dort seine Meinung vertritt; ein Generaldirektor des Sanitätswesens wäre für seine Ratschläge nur der Wissenschaft, aber nicht den Gemeindebehörden gegenüber verantwortlich. Warum sollen wir denn keinen medizinischen Techniker haben, wo doch an der Spitze unseres Bau- und Schulwesens ausgezeichnete Techniker stehen, die Magistratsmitglieder sind? Auch der frühere Kämmerer Runge hat 1894 einen solchen städtischen Medizinalrat, und besonders vom Standpunkt der städtischen Finanzinteressen aus, für unbedingt nötig gehalten. Will man die Sanitätspolizei für die Stadt haben, so wird man sie erst bekommen, wenn der Medizinalrat Sitz und Stimme im Magistrat hat, nicht eher. Hätten wir ihn schon, es würde eine ganze Reihe staatlicher Funktionen in Ausführung des Seuchengesetzes auf uns übergehen können. Der Oberbürgermeister wird es doch nicht im Magistrat zum Konflikt kommen lassen und etwa, weil er die Verteilung der Dezernate hat, dem von uns gewählten Medizinalrat das Dezernat der Straßenreinigung übergeben. (Heiterkeit.) Tief beklagen müssen wir, daß die verschiedenen Arten der Fürsorge in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung zersplittert sind; wir wollen ein Gesundheitsamt schaffen, an dessen Spitze der Medizinalrat stehen soll, umgeben von einem Stab von Hygienikern. Das würde uns auch ungemein viel Geld sparen. Im Interesse der ganzen Bevölkerung bitten wir Sie, nicht wieder über die Frage zur Tagesordnung überzugehen. Charlottenburg und Schöneberg sind uns in Groß-Berlin vorangegangen. Wenn unser Gemeinwesen in der Erfüllung der kulturellen Pflichten auf dem Gebiete des Gesundheitswesens rüstig fortschreiten soll, dann brauchen wir dazu eine durchgreifende, großzügige Organisation, und dazu brauchen wir einen städtischen Medizinalrat! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister **Kirschner:** Der Magistrat hat sich über die Anträge noch nicht schlüssig gemacht. Herr Dr. Weyl spricht wiederholt von einem Antrag der Krankenhausdeputation. Das ist wohl ein Irrtum; ein solcher Antrag liegt nicht vor, denn die Deputation kann nicht mit Uebergehung des Magistrats Anträge an die Versammlung bringen. Es liegen nur Anträge einzelner Mitglieder der Deputation in ihrer Eigenschaft als Stadtverordnete vor. Als deren Ausgangspunkt ist von den Vorrednern ein Konflikt zwischen der Deputation und dem Magistrat angeführt worden. Es war von Zuständen die Rede, die zu Beschwerden geführt hätten, eine Reihe von Dingen, die in der Deputation erledigt worden, wären vom Magistrat nicht erledigt worden. Es wird zweckmäßig sein, wenn man im einzelnen diese Dinge im Ausschuß bespricht, dann wird sich vielleicht ein anderes Bild ergeben. Wenn Wahlen stattfinden, ist es unvermeidlich, daß einmal der berufene Wahlkörper seine Wahl auf andere Personen als die vorgeschlagenen lenkt. Man muß die Sache von einem höheren Gesichtspunkte aus beurteilen, nicht ab irato. Die Frage ist sehr bedeutsam; die städtischen Behörden haben sich 1878 und 1885 eingehend damit beschäftigt. Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt nicht die Gesundheitspolizei hatte, trat man damals von dem Gedanken zurück. Dr. Weyl meint, man solle umgekehrt verfahren. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit teile ich seine Hoffnung nicht. Ich kann versichern, daß der bewährte Mann, der seit vielen Jahren unermüdlich und mit großer Sachkunde tätig gewesen ist, das auch anerkennt. Aber eine ganz falsche Darstellung ist, als wenn dies erst verwirklicht würde, wenn ein Mann mit Sachkenntnis, Kraft und Mut im Magistrat säße. Der Mann ist bereits da. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Na, na!) Wer das bemängelt, hat nicht die Sachkenntnis, die ihn dazu berechtigt, und kann sie nicht haben, da er nicht im Magistrat an den Sitzungen teilnimmt. An diesem Mangel liegt es also sicherlich nicht, aber erwünscht ist es, diese Kräfte zu verstärken. Ob das in der Form geschehen kann, wie die Anträge wollen, ist mir außerordentlich zweifelhaft; ich persönlich halte es nicht für möglich. Ich hoffe, es wird im Ausschuß gelingen, Sie davon zu überzeugen, daß es nicht erforderlich und der Weg nicht gangbar ist. Eine Verwaltungskörperschaft von 34 Mitgliedern ist schon sehr schwerfällig. Sie wollten auch dem Dirigenten für das Fach- und Fortbildungsschulwesen durchaus die Mitgliedschaft im Magistrat beilegen; Sie wollten auch einen Maschinentechniker im Magistrat haben, das wären schon drei, und so im Kollegium 37, und da die Unbesoldeten doch ungefähr den Besoldeten die Wage halten sollen, so hätten Sie schon 40. Mit einem solchen Verwaltungskollegium lassen sich die Geschäfte sachlich nicht mehr erledigen. Wenn etwas vermehrt werden muß in der Verwaltung, sind es die Juristen. (Widerspruch.) Das wird ganz unumgänglich sein, wenn wir den Zweckverband bekommen. Auch ich hoffe, daß die Ausschußberatung ein positives Ergebnis haben wird.

Stadtv. **Sachs** (A. L.) hält eine zweite Kraft auch für notwendig, wendet sich aber dagegen, daß man für die Wünsche, die nicht in Erfüllung gegangen seien, jetzt jemand verantwortlich mache, der ganz unschuldig sei. Er hoffe, daß der hochverdiente Geheimrat Straßmann noch lange an der Spitze des städtischen Krankenhauses stehen werde. Die neue Kraft müsse auch ein Mann sein, der Verständnis für die Steuerkraft der Bürger habe (Rufe: Aha!), kein Heißsporn auf dem Gebiet der Hygiene.

Stadtv. Dr. **Nathan** (soz.-fortschr.): Unser Antrag soll in keiner Weise eine Spitze gegen den hochverehrten Stadtrat Straßmann haben. Schon 1885 erklärte Stadtv. Spinola, wir würden uns einer Pflichtverletzung schuldig machen, wenn wir nicht einen städtischen Medizinalrat anstellten. Nach 25 Jahren sind wir jetzt endlich über diese Notwendigkeit einig. Der Streit geht jetzt nur noch darum: soll er Magistratsmitglied oder bloß technischer Berater des Magistrats sein? Die Furcht des Oberbürgermeisters vor dem Kollegium von 40 Personen braucht uns nicht zu schrecken; es handelt sich doch jetzt bloß um eine Person.

Oberbürgermeister **Kirschner:** Wenn jetzt immer wieder von den 25 Jahren gesprochen wird, innerhalb deren nichts geschehen sei, so muß ich dem doch entschieden widersprechen. Die Ereignisse der letzten Zeit lehren uns doch, daß wir nicht wohl daran tun, den Irrtum zu nähren, als ob die Berliner Verwaltung schwerfällig und rückständig sei. **Wir konnten 25 Jahre warten,** denn so lange hat uns die bewährte Kraft des Geheimrats Straßmann den Besoldeten ersetzt; wer weiß, ob wir das erreicht hätten, was erreicht worden ist, wenn wir den Besoldeten gehabt hätten!

Stadtv. Dr. **Isaac** (A. L.) spricht sich sympathisch für den Antrag aus, hält aber Ausschußberatung für unumgänglich.

Stadtv. **Cassel** verwahrt sich sowohl gegen die Hereinziehung des erwähnten „Konflikts" in die von den Anträgen berührte Frage, wie gegen die Kritik, die an den letzten 25 Jahren hinsichtlich der hygienischen Fortschritte geübt worden sei. Stadtrat Straßmann habe unvergängliche Verdienste; gleichwohl müsse jetzt etwas geschehen, um das riesige Gebiet des Berliner Sanitätswesens zu meistern; und das müsse durch eine **besoldete hervorragende Kraft geschehen.** Auch die Bau- und Schulräte seien doch Magistratsmitglieder. Der städtische Medizinalrat müsse sich im Magistrat als Gleicher unter Gleichen fühlen; es werde sich einer, der den Hoffnungen der Versammlung entspreche, überhaupt nicht finden, wenn er nicht dem Magistrat angehören dürfe.

Stadtv. Prof. **Landau** (A. L.) tritt lebhaft für die Schaffung der Stelle des besoldeten städtischen Medizinalrats ein.

Stadtv. Dr. **Weyl:** Wir wollen nicht Silbenstecherei treiben. In der Deputation hat die Mehrheit, die 10 Stadtverordneten und die 2 Bürgerdeputierten, den **Antrag zum Beschluß erhoben,** während die vier Magistratsmitglieder **sich der Abstimmung enthalten haben.** Die Zahl der Juristen im Magistrat darf nicht vermindert werden, sagte der Oberbürgermeister. Ich will das zugeben, aber wir haben doch erst jüngst einen ausgezeichneten Juristen in der Person des Dr. Preuß hineingewählt; der Posten brauchte nicht gerade mit einem Juristen besetzt zu werden. Der Oberbürgermeister hat erst heute vor acht Tagen in berechtigter Empörung von der ablehnenden Haltung des Ministeriums gegenüber wohlbegründeten Eingaben der städtischen Verwaltung goldene Worte gesprochen: „Der Geringste im Volke hat einen Anspruch darauf, die Erwägungen kennen zu lernen, die zur Ablehnung seines Antrages geführt haben."

Warum sollen wir nicht auch von den Gründen des Magistrats für seine Ablehnung unterrichtet werden?

Oberbürgermeister **Kirschner:** Die Gründe, aus denen eine geheime Wahl so oder so ausfällt, kann ich nicht mitteilen, denn ich weiß sie selbst nicht. (Heiterkeit.)

Die **Anträge gehen an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.**

Der Magistrat will die deutsche Sonderausstellung für Volkswohlfahrt und soziale Fürsorge auf der **Internationalen Industrie- und Gewerbeausstellung Turin 1911** beschicken und sucht dazu einen Kredit von 18 000 M. nach. Die Versammlung bewilligt ihn ohne Debatte.

Schluß 9 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Auf dem Wege zum Diamantentrust.

Die bekannte Firma Wernher, Beit u. Co. steht heute an der Spitze des mächtigsten Diamantenkonzerns, der De Beers Company. Die De Beers Company beherrscht seit Jahren mehr oder weniger stark den Markt. Nun sind die deutschen Diamanten dazwischen gekommen und das größere Angebot könnte ein Sinken der Diamantpreise herbeiführen. Um das zu verhindern, arbeitet man jetzt eifrig daran, einen Diamantenweltkrust zu schaffen. Die Firma Wernher, Beit u. Co. hat sich durch fortgesetzten Aktienankauf die Majorität der Premier Transvaal Mine gesichert, die kleineren Diamantenminen hat sie völlig erworben. Dasselbe geschah mit den größeren Londoner Privatfirmen, die bisher die sogenannten Riverdiamanten verkauften. Es sind dies die Edelsteine, die in alten Flußbetten gefunden werden. Jetzt kommt nur noch ein Konkurrent in Frage, und das ist die deutsche Diamantenregie. Die De Beers-Gesellschaft und ihre Hintermänner geben sich nun alle Mühe, den Konkurrenten für den Plan eines völligen Zusammenschlusses zu gewinnen. Natürlich würde das Zustandekommen des Planes eine Preissteigerung zur Folge haben, was im besonderen für den gewerblichen Verbrauch sehr nachteilig sein würde.

Die Ordnungstreuesten.

Die Schnapskonsumenten sind nicht nur in hohem Maße den Junkern und dem Staate tributpflichtig, auch den Händlern müssen sie riesige Opfer bringen. Man kann daher die Schnapskonsumenten wohl als die ordnungstreuesten Elemente ansprechen. Ueber die Höhe der Preise von Trinkbranntwein pflegen die Steuerbehörden in ihren Bezirken Ermittelungen anzustellen, deren Ergebnisse zwar keinen Anspruch auf unbedingte Zuverlässigkeit machen können, die aber doch immerhin ein ungefähres Bild über die Beträge geben, die der Konsument für den Schnapsgenuß entrichten muß. Die letzten Angaben beziehen sich auf das Jahr 1908/09. Besonders lehrreich ist ein Vergleich der Preise im Kleinverkauf mit denen, die im Ausschank genommen werden. Nehmen wir zunächst die Verhältnisse in Ostpreußen, so kostet das Liter, ein Gemisch aus rohem Kartoffelbranntwein und Wasser im Kleinverkauf 45—80 Pf. Im Ausschank aber kostet ein Fünftel Liter 10—15 Pf., ein Zehntel Liter Liter 5—10 Pf., kleinere Gläser 3—5 Pf. Das Liter kostet also im Ausschank zwischen 50 Pf. und 1 M.; bei kleineren Gläsern dürfte der Maximalpreis noch steigen. Kornschnaps aus gereinigtem Kartoffelspiritus und Wasser mit einer Alkoholstärke von 25—35 Proz. kostet im Kleinverkauf 40—90 Pf., im Ausschank aber 75 Pf. bis 1 M. Liköre aus Kartoffelbranntwein zeigen im Preise schon sehr starke Differenzen, wobei nicht nur der stärkere Alkoholgehalt, sondern auch die Zusätze zu berücksichtigen sind. Das Liter kostet im Kleinhandel zwischen 80 Pf. und 3 M. Der Ausschankpreis stellt sich auf mindestens 1,50 M. und steigt auf weit über 3 M., ohne daß eine Maximalgrenze angegeben werden könnte. Sogenannter Dänischer Korn, der im Kleinverkauf bis zu 80 Pf. das Liter heruntergeht, kostet im Ausschank mindestens 1,50 M. das Liter. Für die Provinz Posen finden sich folgende bezeichnende Preisangaben:

Es kostete 1 Liter in Pf.:	Alkoholgehalt in Proz.	Preis im Kleinhandel	Preis im Ausschank
Korn (verdünnter Kartoffelbranntwein)	25—33	60—100	70—110
Kümmel, Pfefferminz, Ingwer, bitterer	30—40	80—150	100—230
Bessere Trinkbranntweine .	30—40	150—230	150—500

Dieses Preisbild ist ganz charakteristisch. Die Ausschankpreise steigen mit der besseren Qualität der Schnäpse, während bei den billigen Schnäpsen der Aufschlag im Ausschank nicht so stark ist. Gute Durchschnittsangaben werden für Württemberg gemacht, wobei auch ziemlich gut der Preis von der Brennerei ab verfolgt werden kann. Es stellte sich für nachstehende Schnapssorten der Preis in Pfennigen für ein Liter und zwar im Durchschnitt:

	Alkoholstärke in Proz.	bei Ausgabe aus den Brennereien	im Kleinverkauf	im Ausschank
Kartoffelbranntwein	34	66	80	110
Kornbranntwein	36	80	100	160
Kirschbranntwein	45	290	335	430
Zwetschgenbranntwein . . .	44	190	230	320
Heidelbeerbranntwein . . .	46	350	380	480
Kernobstbranntwein	39	110	145	190
Obst- u. Weintrebberbranntwein	40	100	135	174
Brauereiabfällebranntwein .	36	75	93	127
Weinhefebranntwein	43	131	161	217

Am teuersten ist der Heidelbeerbranntwein, dem sehr bald der Kirschbranntwein folgt. Auffallend ist die starke Verteuerung des Kornbranntweins, dessen Preis sich im Ausschank doppelt so hoch stellt wie bei Abgabe aus der Brennerei. Die Aufschläge im Ausschank variieren in den verschiedenen Landesteilen außerordentlich; sie sind besonders hoch in Hamburg, wo sich die Ausschankpreise gegenüber den Verkaufspreisen um etwa 50—100 Proz. erhöhen.

Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Das bekannte, vom Verlage G. D. Baedeker, Essen (Ruhr) herausgegebene, von Dr. Weidtmann begründete Jahrbuch, ist soeben im 10. Jahrgange erschienen. Gegen früher ist das Werk aktueller geworden; die neue Ausgabe enthält bereits Angaben über die Abschlüsse der Werke für 1909/10 und Produktionsausweise usw. für das ganze Jahr 1910. Auch inhaltlich hat das Buch gewonnen durch Aufnahme neuer Werke, ausführliche Angaben über die verschiedenen Unternehmerverbände, speziell auch über den Zechenverband, sowie durch Erweiterung des statistischen Teiles, der Angaben über Produktion, Verbrauch, Ein- und Ausfuhr, Löhne, Preise usw. enthält. Dieser Teil beschränkt sich dabei nicht auf den rheinisch-westfälischen Bezirk, er gibt ein Spiegelbild der Montanindustrie der Welt. So wird das Buch zu einem wertvollen und durch seine Stoffanordnung bequemen Nachschlagewerk. Wer sich über die Verhältnisse der einzelnen Werke schnell und sicher unterrichten will, wer bei seiner Tätigkeit der Information über die Montanverbände, über die sozialen Organisationen und die Gesamtverhältnisse der Montanindustrie bedarf, dem wird das Jahrbuch ein sehr gutes Hilfsmittel sein. **Der Preis des Werkes ist derselbe geblieben; es kostet 12 M.**

Schwedisches Rindvieh in der Schweiz. Der erste Transport von 200 Stück Großvieh ist aus Schweden nach der Schweiz durch Deutschland eingeführt worden. Seit Jahren zum ersten Male wurde der Transport schwedischen Schlachtviehs durch Deutschland nach Basel in Rücksicht auf die günstigen gesundheitlichen Viehverhältnisse in Schweden gestattet. Die Tiere wurden in Wagen, die mit Plomben verschlossen werden, Freitag in Malmö (Schweden) abgesandt und langten mit vortrefflicher Verbindung schon Montag früh in gutem Zustande in Basel an; geschlachtet waren sie schön und gut im Fleisch. Nächsten Sonnabend geht ein weiterer gleichstarker Großviehtransport aus Malmö ab. Die importierende Firma mußte sich übrigens verpflichten, falls die Tiere erkranken, sie sofort abschlachten zu lassen, da sie keinesfalls zurücktransportiert werden dürfen.

Aus aller Welt.

Riesige Steuerdefraudationen in Italien.

Rom, den 7. Februar 1911. (Eig. Ber.)

Zu täglich neuen Ueberraschungen, neuen Verhaftungen und neuem Skandal gibt jetzt in Italien eine riesige Steuerdefraudation Anlaß, an der viele angesehene Persönlichkeiten und auch ein ministerieller Abgeordneter beteiligt sind. Ein ungeheures, weitverzweigtes Netz von Betrügereien, Beamtenbestechungen und Fälschungen ist von der staatlichen Finanzverwaltung aufgedeckt worden. Zunächst war man im Dezember vorigen Jahres darauf aufmerksam geworden, daß in Rom die Fabrikationstaxe für reinen Alkohol, die 270 Lire pro Hektoliter beträgt, bedeutend weniger abwarf als in früheren Jahren. Nachforschungen ergaben, daß die römische Gesellschaft für Spiritusdestillation viel geringere Mengen an reinem Alkohol versteuerte, als sie verkaufte, und andererseits viel mehr Denaturierungsmaterial bezog, als ihrem Verkauf an denaturiertem Spiritus entsprach. Einer genauen Haussuchung in der Fabrik gelang es dann auch, festzustellen, daß das Denaturierungsmaterial, das in Gegenwart von Steuerbeamten dem Alkohol beigefügt werden soll, beseitigt wurde. Daraufhin wurden der technische Leiter der römischen Fabrik und mehrere Finanzbeamte verhaftet. Seitdem hat jeder Tag neue Verhaftungen und neuen Skandal gebracht. Der Kammer liegt ein Antrag zur Autorisation des strafrechtlichen Vorgehens gegen den Abgeordneten Montagna vor, der als Direktor der römischen Aktiengesellschaft schwer kompromittiert ist.

Auch in Neapel ist man dem gleichen Betruge in der Gesellschaft „Süditalienische Destillationswerke" auf die Spur gekommen und hat dort den technischen Direktor, einen Chemiker und einen Finanzkontrolleur verhaftet. Es hat den Anschein, daß die Sache aus einer Steuerhinterziehung zu einem politischen Skandal werden wird, da bekannt geworden ist, daß seit dem 4. Dezember v. J. ein Protokoll über die Unterschleife den Behörden vorlag. Offenbar sind politische Einflüsse wirksam gewesen, die das Vorgehen der Behörden bis heute verhindert haben. Durch die Steuerhinterziehung sind Geldbußen verwirkt, die ans Märchenhafte grenzen. Eine einzige Gesellschaft wird schätzungsweise 4½ Millionen Lire zu bezahlen haben.

Die Betrügereien wurden in sehr verschiedener Weise bewerkstelligt. Man schaltete zum Beispiel den Meßapparat, der die Quantität des destillierten Alkohols messen soll, über Nacht aus, destillierte weiter und ließ durch eine heimlich angebrachte Nebenröhre den Alkohol in Fässer einlaufen, die in der Nacht selbst fortgeschafft wurden. Dieses System wurde in Neapel seit 1908 angewendet, was bei einer mittleren Produktion von 4 bis 5 Hektolitern pro Nacht und einer Steuerhinterziehung von 270 Lire pro Hektoliter im Laufe der Jahre ein recht anständiges finanzielles Ergebnis zeitigte. Aber nicht genug damit, brachten die Betrüger es fertig, sich auch das Rohmaterial gratis zu verschaffen. Da man nicht große Mengen Rohmaterials einführen konnte, ohne die Finanzbehörden auf das Mißverhältnis zwischen Rohmaterial und versteuertem Spiritus aufmerksam zu machen, ließ man in der Nacht aus der anliegenden Zuckerfabrik die Melasse stehlen. Ein merkwürdiger Zufall ist es, daß der Direktor der betroffenen Zuckerfabrik Mitglied des Aufsichtsrates der Destillationswerke ist. Es scheint, daß außer Rom und Neapel noch andere Städte Schauplatz der Betrügereien waren.

Im Kampfe mit Gendarmen.

Eine schwere Bluttat, in deren Verlauf es zu einem regelrechten Kampfe kam, hat am Donnerstag die Einwohner der im westlichen Frankreich gelegenen Stadt Niort in Aufregung versetzt. Ein Landwirt verübte auf seine geschiedene Frau ein Revolverattentat in dem Augenblicke, als die Ahnungslose einen Kaufladen verließ. Die Frau sank tot zu Boden. Der Attentäter flüchtete in seine Wohnung und gab auf Gendarmen, die zu seiner Verhaftung erschienen, mehrere Schüsse ab, wodurch drei Beamte verwundet wurden. Ein Gendarm tötete hierauf den Landwirt durch einen Revolverschuß.

Erneut aufs Meer hinausgetrieben.

Die Hilfsaktion für die am Montag an der finnländischen Küste auf einer Eisscholle ins Meer getriebenen 253 Fischer ist nur teilweise geglückt. Wie ein Telegramm aus Helsingfors meldet, ist die Eisscholle in mehrere Teile geborsten, ein Teil der Fischer ist gerettet, über hundert jedoch, die die Eisscholle nicht rechtzeitig verließen, wurden wieder ins Meer getrieben. Ihre Lage ist gefährlich, da die Lebensmittel verbraucht sind. Am Mittwochabend ist von Helsingfors der Eisbrecher „Samro" mit Vorräten und Aerzten aufgebrochen; er ist bisher nicht zurückgekehrt.

Kleine Notizen.

Auf dem Eise eingebrochen. In dem märkischen Orte Müllrose vergnügten sich eine Anzahl Kinder auf dem Eise. Plötzlich gab die Eisdecke nach, drei Kinder im Alter von 11, 9 und 7 Jahren brachen ein und ertranken.

Den Großvater ermordet. Der stellungslose 18jährige Gärtnergehilfe Wilhelm überfiel in der letzten Nacht in Pyritz seinen Großvater, den 81jährigen Rentner Witt. Auf die Hilferufe des Greises warf Wilhelm ihm ein Kopfkissen über den Kopf und setzte sich auf die Brust des Ueberfallenen, dem er den Brustkasten eindrückte. Hausbewohner verfolgten den Mörder und nahmen ihn fest.

Die Mordaffäre v. Krosigk. Mehrere Zeitungen hatten behauptet, daß der auf Grund seiner Selbstbezichtigung verhaftete Arbeiter Fischer nach Gumbinnen übergeführt werden solle, wo ihm der Prozeß wegen Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk gemacht würde. In Wirklichkeit ist Fischer schon vor acht Tagen in Hannover aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da auf Grund der Untersuchung keine Verdachtsmomente gegen ihn vorlagen.

Zehn Personen bei einer Explosion getötet. Nach einem Telegramm aus Smithville (Texas) explodierte der Kessel einer Lokomotive in der Reparaturwerkstatt. Zehn Personen wurden getötet und sieben verletzt.

Untergang eines Fischerbootes. Während eines Sturmes auf dem Schwarzen Meere ist eine Fischerbarkasse auf die hohe See getrieben worden und gekentert. Die Besatzung in Stärke von acht Mann ertrank.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 19. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt:

Paul Singer. — Malthusianismus und Sozialismus. Von K. Kautsky. (Fortsetzung.) — Gewerkschaftliche Verfassungsfragen. Von Adolf Braun. — Verfassungsreform für das Reichsland Elsaß-Lothringen. Von J. L. Emmel. — Literarische Rundschau: Karl Marx' „Kapital" in ethnischer Uebersetzung. Von M. Martna. Damm-Etienne, P., Das Hofkwesen. Von Hanauer, Brüssel. — Notizen: Eine Agrarier-Rechnung. Von J. K. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Handelsgesetzbuch und Wechselordnung von Justizrat J. Basch. Geb. 2.50 M. H. W. Müller, Berlin W. 35.

Zweiter Teil von Hofball und Armee. Von Rechtsanwalt O. E. Grötzner. M. Steinebach, München. 50 Pf.

Wetterbüchlein von A. Sieberg. Eine erste Einführung in die atmosphärischen Vorgänge. Geb. 1 M. — **Durch Heide und Moor** von Dr. Ad. Kölsch. 1 M. — **Sternbüchlein für 1911** von R. Henseling. Kartoniert 75 Pf. — Franckh, Stuttgart.

Kolonial-Handelsadreßbuch 1911. Herausgegeben vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee. 2,50 M. Selbstverlag.

Gemeinsame Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter 1910. 200 S. Verlag Th. Bömelburg, Hamburg.

Kurpfuscher und Kurpfuscherei von Prof. Dr. E. Schwalbe. 40 Pf. H. Barkentien, Rostock.

Der Einfluß geistiger Arbeit auf den Körper von W. Bethge. 1,20 M. C. Marhold, Halle a. S.

Die Sünden der Päpste im Spiegel der Geschichte von Dr. Th. Engert. Bd. II. 3 M. Leipzig, Krüger u. Co.

Universal-Bibliothek. Almenrausch und Edelweiß. Erzählung von H. Schmid. 40 Pf. — **Wunderliche Lebensläufe.** Novellen von M. Schnitzer. 20 Pf. — **Die Venus von Milo. Antinous** von W. Abeberg. 20 Pf. — **Die Vagabunden.** Roman von K. v. Holtei. 80 Pf. Ph. Reclam, Leipzig.

Die Arbeiterbewegung eine Kulturmacht. Vortrag von K. Frohme. 32 S. W. Witt, Berlin SO. 16.

Zwischen 14 und 18 von R. Nordhausen. 144 S. F. Eckardt, Leipzig.

Die Schwindsucht der Arbeiter. Von Prof. Dr. Th. Sommerfeld. 20 Pf. A. Schlicke u. Co., Berlin NW. 6.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 10. Februar.
Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Der Liebestrank.
Königl. Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt.
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Die Komödie der Irrungen. Die Heirat wider Willen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 7 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.
Neues Schauspielhaus. Alt-Heidelberg.
Lessing. Baumeister Solneß.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Kleines. Die verkehrten Frauenzimmer. I. Klasse. Varieté.
Neues Operetten. Die schöne Risette.
Berliner. Bummelstudenten.
Westen. Die lustige Witwe.
Renes. Mein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Hippolytes Abenteuer.
Residenz. Pariser Menu.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Schiller T. (Wallner-Theater.) Der Kaiser.
Schiller T. Charlottenburg. Nathan der Weise.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Hofgunst.
Volksoper. Zar und Zimmermann. (Anf. 8½ Uhr.)
Lustspielhaus. Das Objekt.
Ausstellungs-Theater. Meyers. (Anfang 8½ Uhr.)
Luisen. Ums goldene Kalb.
Modernes. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8½ Uhr.)
Metropol. Der Glücksschmied.
Herrnfeld. Eine verlorene Nacht. Er, Sie und Er.
Folies Caprice. Der Feldwebelhügel. (Anfang 8½ Uhr.)
Metropol. Hurra — Wir leben noch!
Kasino. Julie Wippchen.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Voigt. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Sanssouci. Spezialitäten. (Anfang 8½ Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Dacapo! (Anfang 8½ Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt. Hörsaal abends 8 Uhr: Konstrukt.-Ingenieur A. Keßner: Die Walzwerksindustrie.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Baumeister Solneß.**
Sonnabend 8 Uhr: **Die Ratten.**
Sonntag 3 Uhr: **Rosenmontag.**
8 Uhr: **Die Ratten.**

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.

Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Die geschiedene Frau.**

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.

Berliner Volksoper
Belle-Alliancestraße 7/8. — ½8 Uhr:
Zar und Zimmermann.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, 10. Februar, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Sonnabend: Chrono n. Bergerac.
Sonntag 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. 8 Uhr: Wilhelm Tell.
Montag: Wilhelm Tell.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Objekt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
Hörsaal 8 Uhr:
Konstruktions-Ingen. A. Keßner:
Die Walzwerkindustrie.

Kaiser-Panorama.
Z. 1. Male: IV. Wanderung in Venedig. 2. Woche: III. Tour im südlichen Schwarzwald.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
Drei Gänge von Georges Feydeau und Veber-Abric.
1. Gang: „52 Meter über Paris", 1 Akt von Veber-Abric.
2. Gang: „Eine Nachtsitzung", 1 Akt von Georges Feydeau.
3. Gang: „Nach dem Mäuschenball", 1 Akt von Georges Feydeau.
Sonntag, den 12. Februar, nachm. 3 Uhr: **Kummere Dich um Amelie.**

Luisen-Theater.
Benefiz des Kapellmeisters E. Uhlig:
Ums goldene Kalb.
Berliner Volksstück mit Gesang von G. Schade. Musik von E. Uhlig.
Sonnabend 4 Uhr: Rotkäppchen. 8 Uhr: Durchgegangene Weiber.
Sonntag 3 Uhr: Hamlet. 8 Uhr: Ums goldene Kalb.
Montag: Ums goldene Kalb.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Glücksschmied.
Volksstück in 5 Akten von Görner und Spannuth-Sodenstedt.
Sonnabend nachm.: Prinzessin Edeltraut. Abends, Sonntag, Montag: Lorbeerbaum und Bettelstab.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. R. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Ein sensationeller Erfolg:
? WALDON ?
Tschin Maa's heilige Changusen
8 8
9½ Uhr:
Lachen! Lachen! Lachen!
Otto Reutter.

WINTER GARTEN
Die berühmte chinesische Tragödin
Md. Chung
mit ihrem chines. Schausp.-Ensemble
„Im Reiche des Drachens"
Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten.
sowie das
drollige Faschingsprogramm.

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Monatelang total ausverkauft!
Julie Wippchen!
Ein echtes Berliner Volksstück.
Julie Wippchen!
Man lacht Tränen über
Julie Wippchen!
Sonntag 3½ Uhr: **Haß und Liebe.**

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.
Eine Tragödie in 5 Akten von Hans v. Kahlenberg u. H. Olden. E. 10½ U.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in fünf Aufzg. v. G. E. Lessing. Ende 11 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Husarenfieber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.

„CLOU"
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82 .·. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf. Heute:
Populärer Abend.
Kapelle d. Garde-Füs. Dir. Oberm. Dippel.
Montag, den 13. Februar (zum Besten des Invalidendank):
Gr. Monstre-Konzert 4 Regiments-Kapellen
unt. Mitwirkung d. Kgl. Musikdir. Prof. Grawert u. d. Soloquartetts der Stettiner Sänger.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute, Freitag: Elitetag. Windbeutel-Preisessen. Prämiier. d. Dam., m. am meist Windb. verzehren u. Präm. d. Herren, welche d. meist. saur. Gurken essen können. 6 Geldpreise.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrengruber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Außerdem: Gratisverlos. v. 100 Wertgegenständ.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße)
Das neue Wochenprogramm vom 4.—10. Februar einschl.
Das Leichenbegängnis Paul Singers.
Anfang: Sonntags 3 Uhr nachm., wochentags 6 Uhr abends.

Sport-Palast
Entree 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entree 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol".
200 Eislaufkünstler. × Prachtvolle Ausstattung.
Unerreichbare Lichteffekte. × 2 Musikkapellen.
Raum für 10 000 Personen. × Unterricht im Eislauf.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108—114
Täglich das beliebte
Bockbierfest.
Dienstags, Donnerstags und Sonntags: Großer Ball.
Anfang 7 Uhr. 3 Kapellen. Entree 30 Pf.
Sonst. 4 Uhr. Sonnt. 5 „ „ 50 „

Herrnfeld Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Zwei Schlager:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 53.
Freitag, den 10. Februar 1911:
Reif-Reiflingen.
Schwank in 5 Akten v. G. v. Moser.
Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 12. Februar 1911:
Die goldene Eva.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Schönthan und Koppel-Ellfeld.
Ritter Hans v. Schwerzingen: Dir. Hans Reiß.
Kassenöffn. 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 10. Februar 1911, präzise abends 8 Uhr:
Aufführung des Deutschen Theaters:
König Oedipus
von Sophokles.
Sonnabend, den 11. Februar, abends 7½ Uhr:
Grand Soiree high Life
Auftreten sämtlicher neuen Attraktionen.
Der große Coup
9½ Uhr. der 9½ Uhr.
Schmuggler.
Gr. Ausstattungspant. in 4 Akten.

Karl Haverland-Theater.
Anfang präz. 7½ U. Kommandantenstraße 77/79.
Das vielseitige amüsante
Februarprogramm.
Neue erstkl. Spezialitäten.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordona
der spanische Caruso.
Schneider-Duncker
Les Vignacs
u. d. kolossale Febr.-Prog.
14 neue Varieté-Attraktion.

Passage-Panoptikum.
Die Sensation des Tages!
Das sprechende Pferd
„Häns'chen"
Lebend! Lebend!
Das blaue Weib
u. die ander. Schau-Attraktionen.
Ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
8 Uhr:
Die von da drüben.
Große Gesangsposse von L. Elp.
Musik von Schottlind.
Grete Callus
Paul Förster.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groterjan. Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 149. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U., Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechs. Programm.

Walhalla-Theater.
(Rosenth. Tor.) Weinbergsw. 20
Allabendlich 8¼ Uhr:
Bravo! Da Capo!
Eine Allerweltis-Revue.
Sonntagsnachm. 3½ Uhr:
Unsere Don Juans.
Kleine Preise.

Zirkus Busch.
Freitag, 10. Febr., abds. 7½ Uhr:
Großer Gala-Abend.
Zum 50. Male:
„Armin."
Vorh.: Miß Serene Nord, Schwimm- und Tauchkünstlerin. Herr Direktor Pierre Althoff und Frau, Freiheitsdressuren.
Käti Sandwina! Lady Herkules!
Frl. Martha Mohnke, Schulreit.
Hons, Amonus, Champion im Hochspringen.
Die urkomisch. Fratellinis und das
großes Gala-Programm.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil:
Feldwebelhügel.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Gänzlich neues Programm mit Frans Sobanski.
Leop. Rosser, Elsa de Planque, Geschwister Bernhardy, Miß Eugenie, The Blanke usw.
Ein Berliner Milchmädchen.
Wochent. Anf. 8, Sonntags 6½ Uhr

Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 132/133 — Sellerstr. 35
Paul Singers Begräbnis.
Das Eisenbahnunglück am Baumschulenweg
sowie das
übrige Glanz-Programm.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Theater „Groß-Berlin".
Freitag, den 10. Februar, im Artushof, Moabit, 8¼ Uhr:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Aufzg. v. E. Aunpach.
Preise 50—100 Pf. Auf Vorzugskarten billiger. Inserate gelten als Vorzugskarten. — In Vorbereitung: Der Störenfried.

Bosporus am Moritzplatz.
8 Uhr:
Das neue Varieté-Programm.
Das Varieté-Konsum-System.
Entree frei. Sie lösen nur 1 Programm pro Person 20 Pf., damit haben Sie 1 Glas Bier bezahlt.
Von 11—2 Uhr: Bockbiertrubel.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß, neu!
Kubliekes Varieté-Theater.
Burleske von Meysel.

Anfang wochentags 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Wie diese Palme

das auf der Erde wandelnde Tierreich überragt, so überragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen.
Palmin zum Kochen, Braten und Backen.
Palmona als Brotaufstrich.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: **Willi Maaß,** Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Wegen Abbruch unserer Geschäftsräume Alexanderstr. 12:
Billiger reeller

Räumungsverkauf von **Arbeiter-Berufskleidung!**

Große Vorteile für jeden Käufer.
Auf unsere bekannten billigen Preise geben wir jetzt noch einen
Extra-Rabatt bis zu **25 Proz.**
Kohnen & Jöring, Alexanderstr. 12.
Größtes Spezialgeschäft für Arbeiter-Berufskleidung.

Peek & Cloppenburg

Kaufhaus für moderne
Herren- und Knabenbekleidung

Gertraudtenstraße 25, 26, 27
Roßstraße 1 u. 1a

Fertig am Lager:
Tadellos passende moderne
Beinkleider

Preise: 6 | 7 | 8 | 9⁵⁰ | 11 | 12⁵⁰ | 15 | 17⁵⁰ | 20 | 22⁵⁰ Mark.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Muster-Coupons-Reste, wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Ulster, Kostüme etc., Meter 3.—, 4.—, 5.—. Strichhaar-Loden, imprägniert für Wetter-Pelerinen, Meter 1.50, 2.—. Tuchlager Gertraudtenstraße 20-21. Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H., ein-3-viertel Petrikirche.

Schallplatten Verleih-Institut.
Versand auch nach auswärts.
Prospekt gratis und franko.
Karl Borbs, Berlin 50,
Neue Königstraße 38.

Vorbeugung der Syphilis durch
Ehrlich-Hata 606.
Aufklärungsbuch über Vorsichtsmaßregeln u. Erkennung d. Lustseuche von Dr. Zikel. Für M. 1,— franco d. d. Medizin Verlag E. Schweizer & Co., Berlin NW 87a.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weinmeisterstraße 2. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 2065R*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Staunendbillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenpaletots. Herrenhosen. Extrabilliger Bettenverkauf. Wäscheverkauf. Teppichverkauf. Gardinenverkauf. Steppdecken. Plüschtischdecken. Riesenauswahl Schmucksachen. Taschenuhren. Wanduhren. Vorteilhafte Einkaufsquelle. Pfandleihhaus Hermannplatz. Auch Sonntags geöffnet. †58*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig! Skalitzerstraße 99, Barschauerstraße 67. *

Glossen zu Poes Gedichten und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllbettdecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtsleisern zehn Prozent Sonntags geöffnet 2486R*

Gaskronen, dreiflammig 4,50, Bronzekronen 7,50, Gaszuglampen 7,00, Gasuhren 1,40, Gaswandarme 0,55. Teilzahlungen gestattet. Kronenlager Große Frankfurterstraße 92; Filiale Ravenéstraße 6. 1301R*

Vorjährige elegante Gehrockanzüge, Frackanzüge und Smokings aus feinsten Maßstoffen enorm billig. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1764R*

Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 8,50, große Schlafdecken, grausarbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Inventur-Räumungspreise nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franko. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1998R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Damenhemden mit handgestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. *

Auswanderus wegen verkaufe Grundstück billig, Biesdorf-Süd (Bahnhof Sadowa). Köpenickerstraße 13/14, Tischendorf. 455b*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Würfelbude, sehr billig, verkauft oder verpachtet Schulze, Lichtenbergerstraße 8, vorn parterre. †33

Geschäftsverkäufe.

Eckdestillation, reelles Geschäft, Rosenthaler Vorstadt, aufgabehalber preiswert verkäuflich. Zu erfragen Sebastianstraße 39, Hofrestaurat. *

Kohlengeschäft, gutgehend, zu verkaufen Rixdorf, Mahlowerstraße 3.

Ecklokal im nahen Vorort Berlins, reelles Geschäft, mehrere Vereine, auch Wahlverein. Billige Miete. Offerten unter J. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts". 37b*

Friseurgeschäft, gutgehendes, Eckhaus, Süden, weil zwei, sofort verkäuflich. Postlagernd S. 14. 800. *

Möbel.

Möbel ohne Geld bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung; auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4, Schlesischer Bahnhof. 1951R

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, am Rosenthaler Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Küchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Uebereinkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. *

Möbelangebot! Sofas, Garnituren, Kleiderspinde, Vertikos, Büfetts, Schreibtische, Spiegel, Bettstellen, Küchenmöbel, Pianinos, ganze Einrichtungen spottbillig, große Gelegenheit, Riesenauswahl, 5 Etagen. Möbelspeicherei Neue Königstr. 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 240/19*

Nußbaummöbel umständehalber, 2 Zimmer, fast neu, Teppich, Kranz, Bilder, moderne Küchenmöbel, 200,00, nur Privatleuten. Weinmeisterstraße 1 b—2, – Verwalter. 21/5

Nur bis 15. Februar! verkaufe ich gediegene Speise-, Herren-, Wohn-, Schlafzimmer, Salons; moderne Küchen, Sofas, Umbauten, Garnituren, Chaiselongues bis 30 Prozent unter regulärem Preis. Riesig günstig für Verlobte! Lagerung, Transport frei. Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Wenig gebrauchte Kücheneinrichtung verkauft veränderungshalber für 55 Mark Witwe Hamann, Neue Grünstraße 20 IV. 406

Fahrräder.

Herrenfahrrad, erstklassiges, 25,—, verkauft Schrader, Weddingstraße 3 (Rettelbeckplatz). 21/4*

Musik.

Pianino, hohes, goldgraviert, 125,— (Teilzahlung) Turmstraße 8 I.

Verschiedenes.

Kunststopfe rei von Frau Kolosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Platinabfälle, Silberabfälle, Rückstände, Zahngebisse, Quecksilber, Metalle höchstzahlend, Goldschmelze Rieper, Köpenickerstraße 30a (gegenüber Manteuffelstraße). 2995R

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 1965R*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Platinabfälle, Gramm 4,50, Zahngebisse, Silber, Altgold kauft Blümel, Auguststraße 19, III. †115*

Schatzgräber, Platina, Bruchgold, Silber, Edelsteine, höchstzahlend, Werner, Pappelallee 3. 1894R*

Breslauer treffen sich jeden Sonnabend im Vereinslokal Morgensonne, Engelufer 1. †150

Saal nebst Bühne Sonnabends, Sonntags frei. Brauerei Germania, Frankfurter Allee 53. 42b

Handwerker erhalten technischen Unterricht. Ausbildung: Werkmeister, Techniker. Tages- und Abendkurse. Offerten „Ingenieur", Postamt 21.

Zinn, altes, kauft zu höchsten Preisen Fehrbellinerstraße 45, Quergebäude IV. 445*

Vermietungen.

Laden für gangbare Schuhmacherei, möglichst an unverheirateten Schuhmacher sofort zu vermieten Witzleben-straße 1. †138

Zimmer.

Möblierte Stube, Herr oder Fräulein. Mangler, Freiligrathstraße 9, parterre. †137

Sofort kleines, leeres Gartenzimmer, 12 Mark, Zorndorferstraße 21.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Parteigenosse. Buchbinder, 23 Jahre, verheiratet, sucht irgendwelche Beschäftigung. Offerten „P. B. 78" Postamt 4, Charlottenburg. †60

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft kostenlos. Hermann Wolf, Zwickau, Nordstraße 30. 2006R*

Tüchtige Zimmerleute, Zementierer, Einschaler und Bauarbeiter stellt ein Poller Förster, Kabelwerk Gartenfelde bei Haselhorst. 204/1*

Korbmacher auf Rohrarbeit, dauernd, Manteuffelstraße 59. †137

Plätterin für eine Dampf-Wäsche-Annahmestelle gesucht. L. 100, Postamt 61. 435

Mamsells auf schwarze Paletots und Kostüme, Jacken, 4 Mark bis 7 Mark, sofort verlangt F. Holz, Oranienstraße 10/11. 18/14*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Achtung!
Mützen- und Hutmacher!
Gesperrt für Mützen- und Hutmacher die Firma S. Gärtner u. Co., Markusstr. 50. 102/2*
Deutscher Kürschnerverband, Filiale Berlin.
Zentralverband der Hutmacher, Filiale Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). Zahlmorgen für Buchdruckerei-Nachtarbeiter: Sonntag, den 12. Februar cr., bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103. Da am Sonntag die Demonstrationsversammlungen ausfallen, findet die Sitzung ordnungsgemäß statt und erwartet rege Beteiligung

Der Vorstand.

Wannsee. Morgen, Sonnabend, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstenhof“: Wahlvereinsversammlung.

Britz-Buckow. Sonntag, den 12. Februar, 8 Uhr früh: Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Lichtenrade. Sonnabend, den 11. Februar, abends 8½ Uhr, bei Herrn Rudolf Deter: Generalversammlung des Wahlvereins.

Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Wirtshaus Lichtenrade (R. Deter): Volksversammlung. Referent: Gen. Kubig-Pankow.

Reinickendorf-Ost. Morgen (Sonnabend) abend feiert der Wahlverein sein 13jähriges Stiftungsfest im „Schützenhaus“, Residenzstr. 1/2, in Gestalt eines Walkotte-Abends. Billetts, die auch zur Teilnahme am nachfolgenden Ball berechtigen, sind noch bei den Bezirksführern zu haben.

Buch (Bezirk Französisch-Buchholz). Am Sonnabend, abends 8½ Uhr, bei Starke: Zahlabend.

Rudow. Sonntag, den 12. Februar, findet im Lokale von August Palm, Köpenicker Straße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Die Versammlung beginnt pünktlich 5 Uhr.

Nieder-Schöneweide. Sonnabend, den 11. Februar, veranstaltet der Wahlverein in Gemeinschaft mit dem Gesangverein „Eintracht“ (M. d. A.-S.-B.) in den Gesamträumen des Restaurants „Kyffhäuser“ ein Alpenfest. Anfang 8½ Uhr. Entree inkl. Tanz 50 Pf.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Es soll also in Berlin nun wirklich teurer werden, sich einen Hund zu halten. Die Erhöhung der Hundesteuer, die der Magistrat wünscht, ist gestern in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Gegen sie stimmte die sozialdemokratische Fraktion. Die Gründe ihrer ablehnenden Haltung wurden dargelegt von unserem Genossen Hoffmann, der mit Recht hervorhob, daß diese Steuererhöhung für viele Familien **geradezu ein Hundeverbot bedeutet.** Von den Freisinnigen stimmte gegen die Erhöhung nur eine ganz kleine Gruppe, geführt von dem Stadtverordneten Lewy. Sie machte auch den Versuch, gewisse Milderungen durchzusetzen, fand aber nur die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Freunde der Steuererhöhung verhinderten die Annahme dieser Milderungsanträge.

Die seit Jahrzehnten oft und immer wieder erörterte Frage, ob nicht Berlin einen besoldeten Stadtmedizinalrat nötig hat, scheint jetzt ihrer Lösung näher zu rücken. Gestern standen auf der Tagesordnung nicht weniger als drei hierauf bezügliche Anträge, die von verschiedenen Gruppen der Versammlung, auch von der sozialdemokratischen Fraktion, eingebracht worden waren. Die eingehende Debatte, die sich daran knüpfte, zeigte im wesentlichen eine erfreuliche Uebereinstimmung und den ziemlich allseitigen Wunsch, dem Gesundheitswesen unserer Stadt einen Leiter von hervorragender Tüchtigkeit zu geben. Daß ohne einen solchen die unserem Gesundheitswesen dringend notwendige **großzügige Organisation** nicht möglich ist, legte besonders unser Genosse Weyl dar. Dem Magistrat hielt er ein Sündenregister vor, dessen Aufrollung dem Oberbürgermeister Kirschner sichtlich sehr unbequem war. Herr Kirschner machte einen mißlungenen Abwehrversuch. Vor dem kommenden Stadtmedizinalrat wird er vielleicht nicht länger mehr den Magistrat bewahren können, aber er möchte ihm dann wenigstens seine Stellung nicht in, sondern nur neben dem Magistrat angewiesen sehen. Beachtung verdient, daß schließlich auch Stadtverordneter Cassel, der Führer der „Alten Linken“, die keinen eigenen Antrag gestellt hatte, sich dahin aussprach, der zu wünschende Leiter des Gesundheitswesens der Stadt müsse Mitglied des Magistrats sein. Stadtverordneter Sachs, der gewohnheitsmäßige Lobredner aller Gesundheitspflegeeinrichtungen Berlins, äußerte die Befürchtung, daß der Stadt da ein hygienischer **„Heißsporn“** aufgepackt werden könnte. Der Mann, der bisher im Magistrat den sachverständigen Leiter des Gesundheitswesens gespielt hat, der Stadtrat Straßmann, ist allerdings das Gegenteil eines „Heißsporns“. Ihm wurden gestern vom Oberbürgermeister und von den Rednern des Freisinns wieder die üblichen Lobreden gehalten, so daß er nun bald selber glauben wird, er habe sich tatsächlich um die Förderung unserer öffentlichen Gesundheitspflege ganz außerordentliche Verdienste erworben. Treffend erwiderte Genosse Weyl, daß die Fortschritte, die Berlin auf diesem Gebiete in den letzten Jahrzehnten wirklich gehabt hat, großenteils gegen Straßmann durchgesetzt worden sind. Die Anträge wurden einem Ausschuß überwiesen. Hoffen wir, daß sie nicht in ihm begraben werden.

Die Nimmersatten.

Berlin, wie es sich amüsiert, hat immer seinen Reiz. Mag nun das Vergnügen in den unteren Schichten als gelegentliches und bescheidenes, wenig kostspieliges Aequivalent für die wochenlange Schufterei im modernen Frondienst zu finden sein, als Ausfluß reinster Volksfreude, oder in den Kreisen der oberen Zehntausend, die gewohnheitsmäßig von einer Sinnenlust zur anderen flattern und in ihrer Herzensöde nicht wissen, wie sie ihr erwuchertes Geld und ihre nutzlose Zeit besser totschlagen sollen. Wer beobachtet, wie in der jetzigen Hochsaison der Hausbälle, Herrendiners, Fünfuhrtees und ähnlicher Abfütterungen Berlin WW. sich amüsiert und dem Teufel verschreibt, könnte zweifeln daran, daß unser herrliches Deutsches Reich vor dem Staatsbankerott steht. Weitblickende meinen, daß diese Ueberreizung der Vergnügungssucht und des häuslichen Luxusgepränges das sicherste Anzeichen gesellschaftlichen Verfalles sei. Gewissenhaft berichtet das Zimmerstraßenblatt der journalistischen Schleimsieder jetzt täglich, daß Baron X., Graf Y., Geheimrat Z. ein großes Diner mit soundsovielen Gedecken gegeben habe, wer alles eingeladen war und beinahe als Hauptsache, wie die anmutigen Damen — in hochstehenden Kreisen sind auch die ältesten Schrauben „anmutig“ — angezogen gewesen seien. Der alte Ludwig Pietsch von der „Tante Voß“, der jahrzehntelang als liebenswürdiger Festschwerenöter und bis zum Korsett genauer Toilettenbeschreiber für unübertrefflich galt, kann futterneidisch werden bei der scharfen Konkurrenz, die ihm die Konfektionsartikler des Scherl-Blattes machen. Aber einen gewissen Wert haben diese Kleiderverherrlichungen, hinter denen nach Ansicht von Kennern des Rummels noch etwas mehr als bloß Speichelleckerei stecken soll, doch. Man ersieht daraus, welcher ungeheure Garderobenluxus in diesen Kreisen getrieben wird, wie die Damen der sogenannten Gesellschaft mit raffiniertester Klügelei sich gegenseitig auszustechen suchen. Direkt aus Paris verschriebene Toiletten, die ohne den Juwelenschmuck zehntausend Mark und mehr kosten, also etwa so viel, als eine ganze Arbeiterfamilie in sieben bis acht Jahren knapp erwirbt, sind hier gar nichts Seltenes. Es wird erzählt von sehr hoch gestellten Damen, die bei solchen Festlichkeiten noch viel größere Vermögen auf dem Leibe tragen. Der Lobhudeljournalist nennt das dann ein „Gedicht“ in Seide, Samt und Pelz. Wir nennen es Wahnsinn. Schade, daß den feudalen oder der Geldaristokratie zugehörigen Trägerinnen dieser kostbaren Roben nicht auch auf den Leib geschrieben ist, was die bis aufs Nagelblut gepeinigten und in ihrer Arbeitskraft bis zur Schwindsucht ausgebeuteten Näherinnen an diesem sträflichen Toilettenluxus, der dem Geschäftskapitalismus unerhörten Gewinn einbringt, verdient haben.

Auf derselben Höhe der Genußsucht steht die Magenweide. Auch hier ein Ueberbieten in Protzentum. Der Koch muß ein wahrhafter Künstler sein, um derartige von Jugend an verwöhnte Geschmäcker, denen trockenes Brot nur als Armenrecht gilt, zu befriedigen. Dazu gehören Nerven . . . Zungennerven. Und der größte Dreck schmeckt ja oft dem Gourmand am allerbesten. Der vornehme Chinese bietet seinem bevorzugten Gaste verfaulte Eier, die jahrzehntelang im Erdboden gelegen haben, an. Auch der Küchenzettel der Vornehmen im Zopflande Preußen wird immer chinesischer. Wer die Auslagen der Delikatessenhandlungen im Berliner Westen studiert, steht kopfschüttelnd vor kulinarischen Genüssen, die er nie gesehen und nicht für möglich gehalten hat. Welche ekelhaften Prozesse mögen manche dieser Seltsamkeiten durchmachen, ehe sie auf die besonders trainierte Zunge gelangen. Wahre Magenakrobatik gehört dazu, sich allabendlich durch solche Menüs mit sechs, acht und noch mehr Gängen durchzufüttern und mit den erlesensten Weinmarken nachzuspülen. Ja, Michel, das ist etwas anderes als Dein unsterblicher Hering mit Pellkartoffeln! Das Tollste sind die Preise, die verlangt und willig bezahlt werden. Diners, die für nur ein Dutzend Personen 1000 Mark kosten, ohne Weine, sind noch nicht mal der Gipfelpunkt des modernen Tafelluxus. Birnen und Trauben werden um diese Jahreszeit das Stück mit 3 bis 5 Mark, echte Importen noch teurer bezahlt. Das muß dann auf andere Art wieder herausgeschunden werden. Förmlich Sport ist es hier oben auf den Höhen der Lebensfreude, in kleinen Dingen möglichst filzig zu sein. An Tafeldeckern, Lohndienern, Musikanten und ähnlichen Arbeitskategorien, die von der Ballsaison in „feinen Häusern“ für Monate hinaus leben wollen, wird bis zum Geiz geknausert. Dummköpfe sagen immer, je mehr die begüterten Kreise das Geld verschwenden, desto mehr kommt das Geld unter die Leute. Auch vom Vergnügen der Nimmersatten schöpft der Geschäftskapitalismus das Fett ab. Die Millionen, die Kraft und Saft hergeben, ehe der Luxus Orgien feiern kann, erhalten Brocken, die vom Tische fallen.

Städtische Arbeiterfragen.

Dieser Tage hat der von der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung der Lohnsätze städtischer Arbeiter eingesetzte Ausschuß wieder eine Sitzung abgehalten. Den Ausschußmitgliedern lagen Auszüge über die in den einzelnen Betrieben gezahlten Löhne und festgesetzten Arbeitszeiten vor, um eine Uebersicht über die Verschiedenheiten der Lohnhöhe und der Arbeitszeiten in den verschiedenen Betrieben zu erhalten, mit besonderer Berücksichtigung des Zeitpunktes, wann die letzte Lohnerhöhung erfolgt ist.

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende Kenntnis von einer Resolution, die eine Versammlung der Straßenreiniger gefaßt hat und die ihm zugegangen war. Er bedauerte das und bemerkte, daß es nicht Aufgabe der Kommission sei, der in der Resolution enthaltenen Frage der Behandlung des Arbeiterausschusses und dergleichen näher zu treten.

Die Verhandlungen des Ausschusses wandten sich zunächst der Urlaubsfrage zu. Es wurden die erheblichen Verschiedenheiten der Urlaubsordnung mit denen der Vororte verglichen und festgestellt, daß dabei Berlin an zweitletzter Stelle rangiere. Dazu käme, daß auch die Berliner Urlaubsordnung durch Magistratsverfügungen durchlöchert sei, was insbesondere auf die Handwerker zuträfe. Der Vertreter des Magistrats erklärte, daß man im Magistrat der Ansicht sei, daß eine Regelung der Urlaubsfrage einheitlich vorgenommen werden müsse. Weil aus verschiedenen Verwaltungen in dieser Hinsicht Anträge auf Abänderung des Urlaubes vorlägen, habe der Magistrat eine Kommission eingesetzt, die erneut diese Frage prüfen soll. Dieselbe Kommission soll sich auch mit der Frage der Arbeiterausschüsse befassen. In den Ausschuß waren die Meinungen über die Urlaubsgewährung sehr geteilte. Während Mitglieder, die in ihrem Berufe der Großindustrie zugehören, eine Ausdehnung des Urlaubs bekämpften, wurde von sozialdemokratischer Seite die Forderung verfochten, nach einjähriger Dienstzeit eine Woche Urlaub zu gewähren. Diesem Verlangen wurde wieder von anderer Seite entgegengehalten, daß seine Erfüllung nicht möglich sei. Wolle man etwas erreichen, müsse man das Mögliche fordern. Schließlich verdichteten sich die Ansichten zu verschiedenen Anträgen. Zur Annahme gelangte gegen 3 Stimmen ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, bei Abänderung der Urlaubsordnung folgende Regelung eintreten zu lassen: Nach 3 Jahren (bisher 5 Jahre) 3 Tage, nach 5 Jahren 7, nach 10 Jahren 10 Tage Urlaub zu gewähren.

Hierauf wurde die Lohnfrage erörtert und bei der Entlohnung der Arbeiter in den Gaswerken eine längere Debatte über Wochen-, Tag- und Stundenlohn geführt, wobei sich Unstimmigkeiten über die Richtigkeit der vorliegenden Lohnordnung herausstellten: Bei dieser Gelegenheit entwickelte wieder ein Großindustrieller der Metallindustrie seine Ansichten über die Entlohnung der Arbeiter und stellte die Stundenbezahlung als das Ideal hin, das auch in den städtischen Betrieben überall verwirklicht werden möchte. Dem wurde von anderer Seite lebhaft widersprochen und der Wochenlöhnung, mindestens aber der Tageslöhnung der Vorzug gegeben. Ein Antrag, den nicht im Wochenlohn tätigen Arbeitern nach einer Beschäftigung von sechs Monaten die gesetzlichen Feiertage mit dem Grundlohn zu bezahlen, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit und wurde abgelehnt.

Um die Debatte nicht zu verzetteln, stellte nunmehr der sozialdemokratische Vertreter einen Antrag, nach dem die Entlohnung der städtischen Arbeiter und Angestellten eine generelle Regelung erfahren soll unter Zugrundelegung eines Minimallohnsatzes für ungelernte und gelernte Arbeiter. Die Erörterung dieses Antrages wurde vertagt, um den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zu geben, den Inhalt des Antrages bis zur nächsten Sitzung schriftlich zuzustellen. Bis dahin soll auch festgestellt werden, inwieweit die Behauptung über die auf ihre Richtigkeit hin angefochtene Lohnordnung der in den Gaswerken Beschäftigten richtig ist.

Die Aufnahme von Kindern in die Taubstummenschule findet anfangs April und anfangs Oktober statt. Eltern und Vormünder taubstummer schulfähiger und noch nicht eingeschulter Kinder haben Anmeldungen zum bevorstehenden Sommersemester bis spätestens 1. April d. J., bei dem Direktor Schorsch, Markusstr. 49, anzubringen.

Die Schleifenausstellung im Gewerkschaftshause ist nur bis Sonnabendnachmittag 2 Uhr geöffnet.

Neue Baupolizei-Gebührenordnung. Eine neue Baupolizei-Gebührenordnung für den Landespolizeibezirk Berlin tritt am 1. April in Kraft. Für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen sind bei Neubauten für 100 Kubikmeter 3 M., mindestens 30 M. zu entrichten. Beim Neubau von Gebäuden untergeordneter Bedeutung wie Stallgebäuden usw. betragen die Sätze 1 M. und 10 M., bei Schuppen und Buden von nicht mehr als 30 Kubikmeter Rauminhalt mindestens 5 M. Für Kräne, Turmdächer und dergleichen werden für die Tonne Eisengewicht 5 M., mindestens 20 M. erhoben, bei allen sonstigen Herstellungen und Umbauten geringeren Umfanges 5 M. Besondere Gebühren werden außerdem für die Prüfung und Beaufsichtigung von Verbundkonstruktionen, künstlichen Gründungen erhoben. Sie betragen für 100 Quadratmeter 5 M., mindestens 20 M. Für neue statische Berechnungen wird die Hälfte, mindestens 10 M. erhoben. Eine Verlängerung der Baugenehmigung kostet jedesmal ein Fünftel, ein Dispens vom Bezirksausschuß 20 M., sonst 10 M. Gebührenfrei sind die Bauten für Rechnung der Mitglieder des königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses (natürlich!), des preußischen Staates und des Deutschen Reiches.

Für die Entnahme von Eis aus öffentlichen Gewässern hat der Regierungspräsident in Potsdam eine neue Polizeiverordnung erlassen. Danach hat, wer in das Eis öffentlicher Gewässer Löcher einhauen und wer Eis ihnen entnehmen will, hierzu außer der in letzterem Falle erforderlichen Genehmigung der Wasserbauinspektion auch die Erlaubnis der zuständigen Ortspolizeibehörde einzuholen. Das Einhauen von Löchern und die Entnahme von Eis darf nur abseits solcher Strecken erfolgen, die zur Herstellung von Eisbahnen oder Uebergängen freigegeben sind. Vor Beginn der Arbeiten ist die anzueisende Fläche mit einer Einfriedigung zu versehen, welche mindestens einen Meter vom Rande der aufgeeisten Fläche entfernt bleiben muß, dauernd zu erhalten ist und nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde weggenommen werden darf. Die Kreis- und Ortspolizeibehörden sind zu weitergehenden Bestimmungen ermächtigt.

Joseph Meier. Ein braver, treuer Parteigenosse des 5. Kreises ist am Mittwoch morgen verschieden. Joseph Meier war in der Kleinarbeit seines Kreises einer der Allertätigsten. Jahrzehntelang sah man den alten Genossen bei jeder Flugblattverbreitung, unermüdlich beim Bon-Verkauf und für Heranschaffung von Munition sorgend, bei keiner Versammlung fehlend und im Wahlkampfe mit seiner Stentorstimme des öfteren in die Diskussion eingreifend. Er war Parteigenosse mit Leib und Seele. Vor Jahresfrist beging er sein 50jähriges Gesellenjubiläum als Schlosser. Er hatte im Vorjahre noch die Genugtuung, daß ihn die Genossen des Kreises zum Magdeburger Parteitage delegierten, so seinem Wirken die gebührende Anerkennung zollend.

Nun ist er, der nahezu bis zu seinem Tode der harten Arbeitsfron obliegen mußte, aus unseren Reihen geschieden. Die Partei und der fünfte Kreis werden ihm, dem allzeit Getreuen, ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Erreger der Hackfleischepidemien. Man schreibt uns: In dem Rudolf-Virchow-Krankenhause erregten mehrere ziemlich kurz hintereinander folgende ruhrartige Epidemien unter dem Hilfs- und Pflegepersonal in den Jahren 1908 und 1909 allgemeine Beunruhigung. Die genauen Untersuchungen, veranlaßt durch die höchste preußische Medizinalbehörde, die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen, ergaben nun, daß weder Unvorsichtigkeit noch sträfliches Versehen die Erkrankungen verursacht haben. Der Grund lag in dem Genusse von rohem Hackfleisch, das an sich tadellos frisch und unverdorben, aber mit Mikroorganismen, den sogenannten Paratyphusbazillen, verunreinigt war. Wie diese in das Fleisch gelangten, ist unklar geblieben. Ob die Fleischhackmaschine die Krankheitskeime enthielt oder ob eine bei der Zerkleinerung beschäftigte Person Bazillenträger war, ließ sich nicht mehr feststellen. Der preußische Minister für Medizinalangelegenheiten hat daraufhin die Verabreichung rohen Hackfleisches in öffentlichen Krankenanstalten ein für allemal untersagt.

Ein Ehedrama hat sich gestern abend im Südosten der Stadt abgespielt. Im vierten Stockwerk des Quergebäudes des Hauses Manteuffelstr. 69 wohnte der Kutscher Jähner mit seiner 33jährigen Ehefrau. Zwischen beiden kam es zu Streitigkeiten. In ihrer Verzweiflung rannte Frau J. nach der Küche und trank dort eine Flasche Lysol aus. Auf Veranlassung des Bruders der Frau wurde ein Arzt herbeigeholt. Dieser veranlaßte die Ueberführung der Bewußtlosen nach dem Urban-Krankenhause, doch war es bereits zu spät. Auf dem Transport erlag Frau J. den Wirkungen des Giftes.

Duell Thyssen-Dr. Borchardt. Die behördlichen Organe haben es nicht verhindern können, daß das Duell zwischen Thyssen jun. und Dr. Borchardt zum Austrag gebracht wurde. Das Berliner Polizeipräsidium hatte am Dienstag eine anonyme Anzeige erhalten, daß der Ehrenhandel am Mittwoch in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags in Rüdersdorf stattfinden solle. Die Anzeige stammte anscheinend aus derselben Quelle, durch welche die Polizei das erstemal Kenntnis von dem beabsichtigten Duell erhalten hatte, und zwar ist diese Quelle wahrscheinlich weder unter den Gläubigern noch in Verwandtenkreisen der beiden Duellanten zu suchen. Die Polizei benachrichtigte den zuständigen Amtsvorsteher in Rüdersdorf. Dieser hat aber durch seine Beamten nicht verhindern können, daß das Duell zum Austrag gebracht wurde. Es verlief trotz dreimaligem Kugelwechsel unblutig. Die hiesige Polizei hat nun der zuständigen Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, und diese wird das Strafverfahren gegen die Duellanten einleiten.

Auf der Straße verstorben. Einen plötzlichen Tod erlitt gestern der 71jährige Rektor der 89. Berliner Gemeindeschule Wilhelm Rücker. Als der alte Herr, der in dem Schulgebäude Schwedter

Straße 232 wohnt, gegen 5 Uhr nachmittags seinen üblichen Spaziergang unternahm, wurde er plötzlich vor dem Hause Schwedter Str. 5 von einem heftigen Unwohlsein befallen und sank ohnmächtig zur Erde. Passanten sorgten dafür, daß der Erkrankte mittels Droschke nach der Unfallstation in der Gaudystraße übergeführt wurde, wo jedoch nur der auf dem Transport eingetretene Tod infolge Herzschlages festgestellt werden konnte. Rektor Rücker hatte im vorigen Jahre sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum begehen können.

Zur Vorsicht mit Kneipbekanntschaften mahnt wieder einmal das Mißgeschick, das einem hiesigen Bäckermeister widerfuhr. Dieser traf auf einer Bierreise einen ihm ganz unbekannten Mann und hatte nichts dagegen, daß der sich ihm anschloß. Die Reise endete damit, daß der Zechgenosse sich in einem Café der Friedrichstraße empfahl und den schwer betrunkenen Meister sitzen ließ, nachdem er ihm das Portemonnaie mit 460 M. aus der Gesäßtasche stibitzt hatte, ohne daß er etwas merkte.

Unter der Maske eines Stellenvermittlers treibt seit einiger Zeit ein dreister Gauner sein Unwesen. Der Schwindler brandschatzt ärmere Frauen. Er sucht solche Familien auf, in denen Aufwartestellen gesucht werden und behauptet, er habe derartige Posten zu vergeben. Länger als nötig hält sich der Bursche in den Wohnungen auf und dabei sucht er günstige Gelegenheiten zur Ausführung von Diebstählen. Die bestohlenen Frauen suchen am nächsten Tage vergeblich nach der von dem Diebe angegebenen Adresse und nachher müssen sie schließlich noch die unangenehme Entdeckung machen, daß der freche Betrüger den Trick mit dem Stellenangebot nur zu dem Zwecke angewandt hat, um Diebstähle ausführen zu können.

Erschossen hat sich gestern nachmittag gegen 1 Uhr in seiner Selchower Str. 7, vorn 4 Treppen belegenen Wohnung, der 40 Jahre alte Kaufmann Hippelt. H. soll die Tat wegen lang andauernder Krankheit verübt haben.

Festgestellt ist die Person der Greisin, die am Mittwochabend in der Landsberger Allee von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde. Es ist eine 83 Jahre alte Arbeiterwitwe Karoline Wallinda geb. Schwann, die bei ihrem Schwiegersohn in der Ebertystr. 3 wohnte. — Auch jener Mann ist erkannt, der am Kottbuser Ufer aus dem Landwehrkanal gelandet wurde. Es ist ein 47 Jahre alter Kohlenhändler Hermann Fragerstern aus der Pettenkoferstraße 19, der seit dem 27. November vermißt wurde. Der Mann hatte 16 Jahre lang ein Kohlengeschäft in der Markusstraße, gab es aber vor einem halben Jahre auf, weil er für seinen Keller 5 M. monatlich mehr Miete zahlen sollte. Er mietete dann einen Kohlenplatz in der Pettenkoferstraße. Dieser wurde ihm jetzt gekündigt, weil auf dem Grundstück eine Schule gebaut werden soll. Fragerstern, der außerdem lungenkrank und nervös war, machte sich nun Sorgen um die Zukunft und ging aus Verzweiflung ins Wasser.

Der mit schweren Verletzungen in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf der Potsdamer Chaussee zwischen Zehlendorf und Nikolassee tot aufgefundene Arbeiter ist anscheinend der Arbeiter Gustav Schönfeld aus Werder. Sch. war bei dem Fuhrherrn Böttcher in Werder seit dem 1. d. M. in Stellung und wird seit Montagnacht vermißt. Er begleitete in der fraglichen Nacht den Fuhrherrn Böttcher mit einem Möbelwagen nach Berlin. Von Wannsee an ging er neben dem Wagen und wurde von Böttcher angeblich erst in Steglitz vermißt, der annahm, daß Schönfeld nach Werder zurückgekehrt sei. Ist der Tote Schönfeld, so bleibt es unklar, wie er zu den Verletzungen gekommen ist. Dies festzustellen muß Aufgabe eingehender Ermittelungen sein, da ein so lebhafter Wagenverkehr auf dieser Strecke in der Nacht nicht herrscht.

Krankheit und Nahrungssorgen haben den 49 Jahre alten Handlungsgehilfen August Hiepel aus der Sehlower Straße Nr. 7 in den Tod getrieben. Der Mann hatte durch ein Nervenleiden seine Stellung verloren und fürchtete, eine neue nicht mehr zu finden. Gestern mittag um 12 Uhr schoß er sich auf dem Hausboden eine Revolverkugel in die rechte Schläfe und war sofort tot.

Wegen eines gefährlichen Wohnungsbrandes wurde der 21. Löschzug am Donnerstag nach der Schulzendorfer Straße 17, alarmiert. Da die Räume schon total verqualmt waren, wurde über einen vom Hause errichteten Streckleitergang durch die Fenster vom Hofe aus eingedrungen und Luft gemacht. Durch kräftiges Wassergeben konnte dann eine weitere Ausdehnung verhütet werden.

Um den Abschluß einer Liebestragödie scheint es sich bei dem Tode eines Paares zu handeln, das gestern nachmittag in einem Hotel in der Invalidenstr. 118 entseelt aufgefunden wurde. Dort kehrte vorgestern abend ein etwa 80jähriger Mann mit einer 20jährigen Begleiterin ein, die er für seine Frau ausgab. Er nannte sich Kaufmann Schulz aus Bernau, nahm mit seiner angeblichen Frau ein Zimmer im zweiten Stock und erzählte, daß er nach Berlin gekommen sei, um Besuche zu machen. Gestern nachmittag wunderte sich der Wirt, daß das Paar noch nichts von sich hatte hören lassen, und ließ endlich das Zimmer öffnen. Jetzt fand man die Frau regungslos auf dem Bett liegen und den Mann an einem Kleiderhaken neben dem Bette hängen. Aerzte, die gerufen wurden, konnten nur noch den Tod beider feststellen. Die Frau hat Würgemale am Halse. Ob sie mit dem Manne freiwillig in den Tod gegangen oder wider ihren Willen umgebracht worden ist, steht noch dahin. Die Persönlichkeiten konnten noch nicht festgestellt werden.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Bei der Verlosung anläßlich des Stiftungsfestes sind auf nachstehende Nummern Gewinne gefallen: 53, 96, 130, 232, 379, 476, 652, 660, 823, 862, 865, 876, 877, 881, 889, 896, 975, 1084, 1086. Die Gewinne sind bei Frau Glaue, Tilsiter Str. 13, abzuholen.

Zeugengesuch. Die Frau, welche am Donnerstag, den 19. Januar, früh 7¾ Uhr, in der Dieffenbachstraße einen älteren Mann, der von einem Privatauto umgefahren wurde, mit aufgehoben hat, wird dringend gebeten, ihre Adresse an P. Seranowitz, Rixdorf, Friedelstr. 1 abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch zunächst eine Anzahl von Nachbewilligen und eine Reihe kleinerer Vorlagen. Unter anderem erklärte sie sich damit einverstanden, daß die Stadt auf ein Legat von 15 000 M. verzichtet, weil die Erblasser in dürftigen Verhältnissen lebende Verwandte haben, gegen die sie ihre Pflicht verletzen.

Eine größere Debatte rief die Magistratsvorlage betr. Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot hervor. Die Anträge des Magistrats lauten:

I. 1. Von Versuchen einer Einwirkung auf den Fleischmarkt wird abgesehen.

2. Es sollen in hiesigen Gemeindeschulen nach eingeholter Zustimmung der Schuldeputation Kochkurse über die Zubereitung von Seefischen durch geeignete städtische Lehrerinnen des Fortbildungsschulwesens für die gesamte Bevölkerung abgehalten werden. Die Einrichtung dieser Kurse übernimmt die Deputation für Gesundheitspflege im Einvernehmen mit der Schuldeputation.

3. Zur Deckung der Kosten dieser Kurse (Entgelt für die Lehrerinnen, die Schuldiener, Anzeigen usw.) werden 1000 M. aus dem Dispositionsfonds, und zwar 500 M. für die Monate Januar bis März, 500 M. für die Monate Oktober bis Dezember 1911 bewilligt.

II. Der Fischereigesellschaft „Nordsee" wird das Fleischschauamt Spreestraße für einen Tag in der Woche unentgeltlich auf der Grundlage eines besonderen Vertrages überlassen.

III. Das statistische Amt wird beauftragt, durch den Pressedienst laufende Mitteilungen über die Preisbewegung auf dem Fleischmarkt, getrennt nach Tierart, Fleischsorten, Schlacht- und Marktpreisen in der Tagespresse zu veröffentlichen.

IV. Die Aufgaben der gemischten Deputation zur Beratung von Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot werden für erledigt erklärt. Die weitere Behandlung dieser Frage wird der Deputation für Gesundheitspflege als ständige Aufgabe übertragen.

Namens der Sozialdemokraten übte Genosse Gebert scharfe Kritik an diesen Vorschlägen, die tatsächlich so gut wie nichts bedeuten. Vor allem tadelte er es, daß die gemischte Deputation aufgehoben werden soll und daß der Magistrat jeden Versuch einer Einwirkung auf den Fleischmarkt unterlassen will. Unser Redner wies nach, was andere Gemeinden getan haben und verlangte energische Maßnahmen zur Hebung der Fleischnot. Die meisten Redner waren mit der Magistratsvorlage einverstanden. Doch gingen einer Minderheit, als deren Wortführer der kürzlich gewählte Obermeister der Schlächter-Innung, Herr Paschke auftrat, selbst diese Maßnahmen zu weit. Herr Paschke bestritt der Gemeinde das Recht, in die Rechte einzelner Gewerbetreibender einzugreifen, er behauptete, daß nur die Schlächter etwas von Volksernährung verstehen, stimmte ein Lamento über die Not der Schlächter an und sprach die Befürchtung aus, der Magistrat könnte im Laufe der Zeit sogar städtische Warenhäuser errichten. Außer dem Bürgermeister Matting trat diesem sonderbaren Heiligen auch Genosse Hirsch entgegen, der die Behauptungen des Herrn Paschke als irrig nachwies, unseren grundsätzlichen Standpunkt betonte und zum Schluß auf die Notwendigkeit hinwies, daß Bürgertum und Arbeiterklasse zusammenzustehen haben, um den agrarischen Lebensmittelwucher zu bekämpfen.

Das Resultat der Debatte war die Annahme der Magistratsvorlage. Die Charlottenburger Hausfrauen werden nun also Fische kochen lernen, und sie werden ihre Kenntnisse verwerten können, vorausgesetzt, daß sie das nötige Kleingeld haben, sich die Nahrung kaufen zu können. So hat die Stadtvertretung wieder einmal den Pelz gewaschen, ohne ihn naß zu machen.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 12. d. M., findet eine Besichtigung des Museums für Meereskunde statt. Treffpunkt pünktlich 8½ Uhr vormittags Straßenbahnhaltestelle Wilhelmsplatz. Kinder unter neun Jahren sind von der Beteiligung ausgeschlossen. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß am Montag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, ein großer öffentlicher Vortragsabend stattfindet. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Sußmann: „Die Aufgaben der Schule im Kampfe gegen die Tuberkulose". Freie Aussprache.

Steglitz-Friedenau.

In der Sitzung der Unterkommission erstattete der Obmann Bericht über die Tätigkeit des Kartells im Jahre 1910. Hervorzuheben sind die Krankenkassenwahlen beider Orte, die in Steglitz trotz des Sieges für die organisierte Arbeiterschaft unter unerfreulichen Begleiterscheinungen vor sich gingen, weil das Kartell eine Liste zu bekämpfen hatte, die die Namen organisierter Parteigenossen und Gewerkschaftler enthielt. Durch das energische Eingreifen der Kartelleitung konnte eine Stimmenzersplitterung vermieden werden. Die Petition an die Gemeindevertretung Friedenaus um Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte scheint trotz des halbablehnenden Bescheides des Gemeindevorstandes doch berücksichtigt zu werden, denn im Etat für 1911 sind die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt. Allerdings würde die Nichtbeachtung der gestellten Forderung auch gegen die klaren Bestimmungen der Gewerbegerichtsordnung verstoßen. — Die Auskunftsstelle des Kartells wurde in 18 Fällen benutzt. Der Kassenbericht wies bei einer Einnahme von 821,40 M. und einer Ausgabe von 271,10 M. einen Bestand von 50,80 M. auf. — Genosse Schmidt berichtete sodann von der Tätigkeit des Jugend- und Bildungsausschusses im vorigen Jahre. Dieser zeigt eine sehr günstige Entwickelung, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Am 26. März finden die Gewerbegerichtswahlen für Steglitz statt. Eine in Kürze einzuberufende Kartellsitzung wird sich mit der Aufstellung der Kandidaten befassen, die für Steglitz und Friedenau gemeinsam geplante Frauenversammlung findet am 19. März, nachmittags 1½ Uhr, im Rheinschloß, Friedenau, statt. Zur Unterkommissionsleitung wurden gewählt Gen. R. Hagen, Obmann, H. Pöhlmann, Kassierer, K. Okonsky, Schriftführer, ferner als Revisoren die Gen. Paulus und Zöllner, Delegierte des Jugend- und Bildungsausschusses sind die Gen. Schmidt, Anders und Okonsky.

Ober-Schöneweide.

Spediteur des „Vorwärts" ist von jetzt ab der Genosse Bader, Wilhelminenhofstr. 17, vorn II. Obmann der Beschwerdekommission ist der Genosse Brey, Frischenstr. 21, vorn III.

Treptow-Baumschulenweg.

Die Wahlen der Beisitzer für das zu errichtende Kaufmannsgericht finden für Kaufleute (Arbeitgeber) am 23. März d. J., nachmittags von 1 bis 5 Uhr, im Rathause, Neue Krugallee 1—3, Zimmer 50 und für Handlungsgehilfen am 24. März d. J., von nachmittags 4 bis 9 Uhr, ebenda statt.

Die Wählerlisten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer liegen während der Zeit vom 13.—20. Februar 1911 im Rathause, Neue Krugallee 1—3, Zimmer 52, in den Dienststunden von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, am Sonntag von 9 bis 10 Uhr vormittags zur Einsichtnahme öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit derselben, insbesondere wegen nicht erfolgter Eintragung, sind während der Dauer der Auslegung beim Gemeindevorstande zu erheben. Kaufleute und Handlungsgehilfen, welche nicht in den Wählerlisten verzeichnet sind, sind nicht wahlberechtigt.

Weißensee.

Die Errichtung einer Schulküche stand auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevertretersitzung. Der anwesende Kreisschulinspektor Schulrat Dühring begründete die Vorlage. Nicht nur die höheren Schulen, sondern auch die Volksschule habe ein Interesse daran, die Mädchen in den Pflichtenkreis des Hauses einzuführen. Während in den Familien der besser situierten Kreise die Mutter die genügende Zeit habe, die Tochter in hauswirtschaftlichen Dingen zu unterweisen, seien die Mütter der Gemeindeschulkinder, da sie meistens dem Broterwerb mit nachgehen müßten, beim besten Willen nicht in der Lage, ihre Töchter zu unterrichten. Daher sei es Aufgabe der Schule, helfend einzugreifen. Die Schulküche solle die Mädchen des letzten Schuljahres in der ordnungsmäßigen und sparsamen Führung eines Haushaltes unterweisen. Es solle gelehrt werden: Einkaufen, Kostenberechnung, Vorbereitung zum Kochen, Nährwert der Speisen, Kochen, Reinigen der gebrauchten Geräte, Instandhalten der Küche, Tischdecken, Putzen, Scheuern usw. Die zu beschaffenden Möbel und Geräte kosten 1000 M., wozu die Regierung eine Summe von 400 M. zur Verfügung stellt. Die laufenden Kosten betragen jährlich 800 M. ausschließlich der Entschädigung für die Lehrerin. Hieran schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der sich alle Redner für eine solche Einrichtung aussprachen. Von unseren Genossen wurde verlangt, daß die Schulküche erweitert werden müsse, damit die Schülerinnen aller Schulen an diesem Unterricht teilnehmen können; sie beantragten daher, die Mittel dementsprechend zu erhöhen. Da die Mehrheit der Versammlung sich dieser Ansicht anschloß, wurde die Vorlage nochmals an eine Kommission verwiesen. Im Anschluß hieran wurde auch für die besser Situierten etwas geschaffen, nämlich die Einrichtung von Frauenschulklassen in Verbindung mit dem höheren Lehrerinnenseminar. Schulrat Dühring betonte, daß der Lehrerinnenberuf überfüllt sei und ein Ersatz für diesen Erwerbszweig geschaffen werden müßte; und da die Frau in den verschiedensten sozialen Einrichtungen gesucht werde, so könnten ohne viel Kosten Frauenschulklassen und Lehrerinnenseminar zu einem Lyzeum verbunden werden. Die Zöglinge der Frauenschulklassen sollen praktisch in den Pflichtenkreis des häuslichen wie des weiteren Gemeinschaftslebens, in die Elemente der Kindererziehung und Kinderpflege, in Hauswirtschaft, Gesundheitslehre, Wohlfahrtskunde eingeführt werden. Das Schulgeld für diesen Unterricht soll jährlich 140 M. betragen. Ohne weitere Diskussion wurde diese Vorlage einstimmig angenommen.

Petershagen bei Fredersdorf.

In der Gemeindevertretersitzung wurde nochmals über den Anresp. Umbau des neuen Schulhauses verhandelt. Nach der jeweiligen Schätzung würde sofort eine vierte Klasse voll werden und durch den zu erwartenden Zuzug eine fünfte auch bald gefüllt sein. Um aber nicht in kurzer Zeit wieder vor derselben Kalamität wie jetzt zu stehen, beantragten unsere Genossen, gleich so zu bauen, daß vier neue Klassenräume geschaffen werden, wovon ein Raum eventuell für die Gemeindesitzungen hergerichtet werden könnte. Dem Antrage unserer Genossen stand aber ein anderer gegenüber, gestellt von einem verbissenen Feind jedes Fortschrittes, nach welchem die Klassenräume nur um zwei vermehrt werden sollen. Der Beschluß wurde ausgesetzt, es sollen erst Kostenanschläge beschafft werden. Wegen eines Neubaues verlangte der Gastwirt Brelecke die ausnahmsweise Bewilligung, an ungepflasterter Straße bauen zu können, die Straßenparzellen will er kostenlos an die Gemeinde auflasten, dafür will er aber keine Pflasterkosten zahlen. Der Antrag wurde mit 7 gegen 4 Stimmen angenommen. Weiter wurde beschlossen, für die Weiterpflasterung der Bruchmühler Straße die auf die Gemeinde entfallenden Kosten zu übernehmen. Die Uebernahme von vier Straßenparzellen um den Platz L. von der Firma Nitsche u. Nieschalke soll durch die Gemeinde erfolgen, sobald die hierfür von genannter Firma zugesagten 1000 M. bezahlt sind.

Alt-Glienicke.

Die Gemeindevertretung setzte in ihrer letzten Sitzung den Gemeindehaushalts-Voranschlag für 1911 in zweiter Lesung fest. Der Etat balanciert, einschließlich des Betrages für die Kanalisationsverwaltung in Höhe von 12 600 M., in Einnahme und Ausgabe mit 339 000 M. Der Anstellung einer Lehrerin per Oktober 1911 wurde zugestimmt und die Mittel für den anzumietenden Klassenraum bewilligt. — Der Steuerbedarf für 1911 wurde folgendermaßen festgesetzt: 140 Proz. Gemeindeeinkommensteuer; 250 Proz. Gemeindegewerbesteuer für die Klassen I und II und 150 Proz. für die Klassen III und IV; 4 Proz. Gemeindegrundwertsteuer für unbebaute, 2½ Proz. für bebaute Grundstücke. — Der Antrag Winkelmann und Genossen, den Gemeindevorsteher zu ersuchen, den Sitzungsbeginn der Gemeindevertretungen nicht vor 6 Uhr abends anzusetzen, wurde nach längerer Debatte mit zehn gegen drei Stimmen angenommen. In namentlicher Abstimmung wurde zum Mitgliede der Schuldeputation mit 8 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung der Genosse Winkelmann gewählt. Ueber den Entwurf des Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin äußerte sich der Gemeindevorsteher, der an der in Rixdorf stattgefundenen Versammlung von Delegierten der Vorortgemeinden teilgenommen hatte. Die Vertretung sprach sich für das Zustandekommen eines solchen Gesetzes aus in der festen Erwartung, daß die Frage der Schullasten und der Gleichstellung aller Lehrer im Interessengebiet von Groß-Berlin einheitlich geregelt werde; ferner beschloß man einstimmig, sich den Petitionen der Vororte Niederschöneweide, Adlershof und Grünau an die beiden Häuser des Landtages anzuschließen.

Nowawes.

Der Gemeindevertretung lag zunächst ein Antrag auf Annahme einer Stiftung vor. Eine Frau Vogel geb. Döring in Crimmitschau hat zur Erinnerung an ihre hierselbst im Jahre 1910 verstorbenen Eltern der Gemeinde 5000 M. vermacht, mit der Bestimmung, daß zirka 1000 M. zur Beschaffung zweier würdiger bunter Fenster im Altarraum der Friedrichkirche verwandt werden und die Zinsen der weiteren 4000 M. alljährlich am 11. Oktober, dem Geburtstage ihrer verstorbenen Mutter, in Geldgeschenken nicht unter 25 M. pro Person an würdige alte arme Leute beiderlei Geschlechts der Friedrichgemeinde unter dem Namen Auguste-Döring-Stiftung zur Verteilung gelangen. Bei dringendem Bedürfnis, über dessen Vorliegen der Gemeindevorstand jedesmal entscheiden soll, kann die doppelte Summe, also 50 M. gespendet werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, jedoch soll der Gemeindevorsteher versuchen, eine Aenderung der Bestimmungen dahin zu erwirken, daß Angehörige des gesamten Gemeindegebiets berücksichtigt werden können. — Ferner lag ein Gesuch des Fabrikbesitzers Hugo Levy vor um Verleihung des Gemeinderechts vor Ablauf der einjährigen Mindestfrist. Dem Gesuch, dem hauptsächlich der Wunsch zugrunde lag, in die Wählerliste für die Gemeindevertreterwahlen aufgenommen zu werden, wurde stattgegeben.

Die von der Aufsichtsbehörde geforderte Regelung der Bezüge der hauptamtlich beschäftigten Lehrkräfte der gewerblichen Fortbildungsschule fand ihre Erledigung durch Annahme eines vom Vorstand dieser Schule aufgestellten Normalbesoldungsplans. Jedoch soll abweichend von diesem den hauptamtlich an der Schule tätigen Lehrern, die aus der Volksschule hervorgehen, und den technischen Lehrern eine gleiche Funktionszulage gewährt werden. — Zum 1. April d. J. soll die Erhebung von Schulgeld für die gewerbliche Fortbildungsschule eingeführt werden, da hiervon die Gewährung eines höheren Staatszuschusses abhängig gemacht wird. Die Höhe des Schulgeldes richtet sich nach der Gewerbesteuerklasse des Lehrherrn. — Zur Entlastung bezw. Stellvertretung des Gemeindebaumeisters soll zum 1. April d. J. die Stelle eines Bausekretärs geschaffen werden; die Besoldung desselben erfolgt nach der Sekretärklasse.

Eingegangene Druckschriften.

Die Zuckerkrankheit von Dr. F. Hinz. 1 M. — **Ueber Sauerstoff-Therapie und Sauerstoff-Nährmittel** von Dr. Köcher. 24 S. — „Konopta", Berlin 24.

Ritterromantik. Mittelalterliche Kulturideale II. Von Dr. Wald. Bebel. („Aus Natur und Geisteswelt".) 293. Band. B. G. Teubner, Leipzig. 1 M., geb. 1,25 M.

Verlogene Wahrheiten. Dichtungen von F. Gründbaum. 85 Pf. Halm u. Goldmann, Wien I.

Briefkasten der Redaktion.

H. 100. 1. Nichts. 2. Nein. 3. Die königliche Familie. 4. Im wesentlichen Unterstützungsverein. Näheren Aufschluß gibt eine in der Vorwärts-Buchhandlung erhältliche Broschüre von Sassenbach. — **A. B. 19.** Antrag an das Polizeipräsidium. — **A. R. 60.** Vielleicht in der Musikalienhandlung von Röhle, Moritzplatz, oder Rd. Hoffmann, Blumenstraße 22. — **Otto 48.** Teilen Sie dem Wirt die Tatsache mit mit der Anfrage, ob er unter den Umständen den Vertrag fortsetzen will. Sie selber haben kein Recht zur Lösung des Vertrages. — **Ernst. Anna 15.** 2 Mark pro Kalenderjahr. — **E. P. 1.** Vom 1. des Monats ab, der demjenigen gefolgt ist, in dem Sie in Arbeit getreten sind. — **H. B., Gr.-Lichterfelde 48.** Nein. — **H. H. 100.** Das können wir leider nicht feststellen. — **K. T. 59.** Ja. — **D. L., Schivelbeiner Str.** Ja. — **A. B. 77.** Verjährung tritt erst in zehn Jahren ein. Die Klage muß durch einen Rechtsanwalt erhoben werden. — **E. B. 9.** Sie haften nicht. — **Kochhannstr. 43.** Nach § 68 Strafgesetzbuch unterbricht jede Handlung des Richters die Verjährungsfrist. Hat der Richter vor Ablauf der drei Monate den Strafbefehl verfügt, — auf den Tag der Zustellung kommt es nicht an — so liegt Verjährung vor. — **Kaiserstr. 18.** Verein für Feuerbestattung, Breitestr. 5. — **Lichtenberg R. W.** Wenn Radieren nicht hilft, versuchen Sie es mit Salzsäure oder Chlorkalklösung. — **M. R. 1.** Ja. — **Stern.** Jüdisch. — **F. B. 288.** Leider läßt sich infolge der Fristversäumnis nichts tun. — **Gr. 55. R.** Die Kosten betragen 150 M. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung erfolgen. Von Ihrer Heimatbehörde ist ein Ausweis über Ihre Staatszugehörigkeit zu beschaffen. Das Verfahren dauert einige Monate.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr ausreichend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft etwas lebhafter, Preise normal. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr schwach, Geschäft anfangs sehr still, später lebhafter, Preise unwesentlich verändert.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.